

Politische Berichte



18. Juni 1982
Jg. 3 Nr. 13

G 7756 D Preis:
2,50



Mayer-Vorfelder, Oberleutnant d.R. und baden-württembergischer Kultusminister, zwingt das Lehrpersonal, die „deutsche Frage“ im Unterricht „groß-deutsch“ zu beantworten.



Hungerstreik von Türken und Kurden: Gegen die Folterdiktatur und ihre Unterstützung durch NATO und BRD
Seite 8



NATO-Gipfel: Die „Friedensbewegung“ zeigt sich versöhnlich, das NATO-Bündnis um so härter
Seite 10



Libanon-Invasion: Erfolge der Palästinenser gegen Israel – darüber schweigt die bürgerliche Presse
Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Abrüstung: Die BRD stellt Bedingungen an „den Osten“ und will militärische Vorteile erwirken, um den Krieg besser führen zu können	Seite 3
Die NATO plant den Blitzkrieg: Atomwaffen zur Erpressung, Panzer für den Sieg	Seite 4
Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet	Seite 6
Bundeshaushalt 1983: FDP, CDU/CSU verlangen noch stärkere Belastungen der Arbeiterbevölkerung	Seite 7
USA: BRD-Banken fordern Revision der Bankgesetze ..	Seite 7
Hungerstreik von Türken und Kurden: Gegen die Folterdiktatur und ihre Unterstützung durch NATO und BRD	Seite 8
BRD und EWS: DM-Vormarsch, Sparprogramme erzwungen	Seite 9
VR China: Für die NATO und für die Friedensbewegung?	Seite 9
NATO-Gipfel: Die „Friedensbewegung“ zeigt sich versöhnlich, das NATO-Bündnis um so härter	Seite 10
Krankenpflegegesetz: ÖTV lehnt reaktionären Neuentwurf ab	Seite 11
Reformismus: Zur Bewertung der Politik Heinz Klunckers	Seite 12
Großbritannien: Der Malwinen-Krieg wird teuer für die britischen Arbeiter — „Friedensbewegung“ ohne Opposition gegen Aggressionskrieg	Seite 13
Dokumente westdeutscher und westeuropäischer Gewerkschaften zum Malwinen-Krieg	Seite 14
EG: Kolonialistisch von Anfang an	Seite 16
Dokumente der UNO und der OAS zu den Malwinen...	Seite 17
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	Seite 18
Fichtel & Sachs: Betriebsrat will neue MTM-Betriebsvereinbarung	Seite 19
Bosch-Betriebsrat: Erfolgreicher Kampf um Höhergruppierungen	Seite 19
Hamburger Aluminium Werk: Betriebsrat untersucht den Gesundheitszustand der Belegschaft	Seite 20
Kieler Woche: 100 Jahre Kriegspropaganda	Seite 21
Göttingen: „Geheime Stadtpolizei“ mit Fahndungscomputer	Seite 21
BDA-Schwerbehindertenplan: Der „Flucht in die Behinderung“ zu Leibe rücken	Seite 22

Schwerbehindertengesetz und Forderungen	Seite 23
NRW: Städte finanziell am Ende	Seite 23
Regelanfrage: „Um die Schafe von den Böcken zu scheiden“	Seite 23
„Stahlhelm“: Zusammenarbeit von Neonazis und CSU ..	Seite 24
Westberlin CDU: Kindertagesstätten zu Bewahranstalten	Seite 24
Schulen: „Anspruch auf Einheit der deutschen Nation“ bewußt machen — Anstrengungen des CDU-Kultusministers Baden-Württemberg	Seite 25
GEW, Junge Union und Jusos zur Deutschlandpolitik ..	Seite 26
Stichwort: Die deutsche Frage	Seite 27
Internationale Nachrichten	Seite 28
Libanon-Invasion: Erfolge der Palästinenser gegen Israel — darüber schweigt die bürgerliche Presse	Seite 29
Azania: BRD-Monopole steigern den Kapitalexport	Seite 29
Kolumbien: Auf dem Land herrscht immer noch Militärrecht	Seite 30
NATO-Verstärkung: Spanien — Gibraltar, Stützpunkt in Spanien	Seite 30
Italien: Die Kapitalisten suchen die Entscheidung	Seite 31
Jugoslawien: Mehr „Marktorientierung“ gefordert	Seite 31
DDR: Von BRD-Reaktion verteuerte Planwirtschaft steigert die Produktion	Seite 32
Mangelhafte Selbstversorgung führt zu Verschuldung bei westlichen Imperialisten	Seite 33
Aus Kultur und Wissenschaft	Seite 34
Ausstellung Hamburger Arbeiterkultur um 1930: „Vorwärts — und nicht vergessen“	Seite 34
Märkische Junkermärchen	Seite 34
Lübbes Monte-Cassino-Buch: schlimm	Seite 35
Francesco Rosi's „Die drei Brüder“	Seite 35
E. Winter: Der Einfluß der Großunternehmen auf die Kommunen	Seite 35
Buchbesprechung: Patriotismus mit Turbo: „Der Frieden — das ist die Nation“	Seite 36
Mode für reiche Frauen: Der keineswegs diskrete Charm des großen Geldbeutels	Seite 37
Unternehmensstatistik: Beschäftigte, Lohnkosten und Umsatz	Seite 38



„Deutsche Fregatten“, verbreiten die Militärs, sollen besser sein als britische. Die erste F-122 ist im Einsatz.

Abrüstung

Die BRD stellt Bedingungen an „den Osten“ und will militärische Vorteile erwirken, um den Krieg besser führen zu können

Zwei Vorschläge zur Abrüstung sind in den letzten Wochen von dem F.D.P.-Politiker Jürgen Möllemann und dem Sozialdemokraten Egon Bahr öffentlich bekannt geworden. Beide befassen sich mit dem Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone. Möllemann schlägt der F.D.P. vor, dafür einzutreten, „daß die NATO dem Warschauer Pakt die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone im gesamten Geltungsbereich der KSZE-Schlußakte anbiete.“ Das bedeutet eine vollständige atomare Abrüstung in Europa und Nordamerika. Bahr schlägt zusammen mit 16 Politikern, die Mitglieder der „Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit“ sind, im „Palme-Bericht“ vor:

„Die geographische Ausdehnung der Zone sollte Gegenstand von Verhandlungen sein und wichtige örtliche Gegebenheiten berücksichtigen. Der Anschaulichkeit halber sei zunächst einmal eine Breite von 150 km auf beiden Seiten angenommen.“

Auch wenn beide Abrüstung bei den Atomwaffen besonders betonen, unterbreiten sie in dem Zusammenhang auch Vorschläge für die Reduzierung konventioneller Waffen. Möllemann schlägt vor:

„Für den Fall einer beträchtlichen Reduzierung der sowjetischen Kampfpanzerverbände bietet der Westen ferner eine Reduzierung um weitere 2000 taktische Atomwaffen an“, nachdem er vorgeschlagen hat, ähnlich wie mit dem NATO-Doppelbeschluß beschlos-

sen, 1000 nukleare Kurzstreckenwaffen der NATO „einseitig“ abzuschaffen. Die Vorschläge Möllemanns und Bahrs sehen beide vor, daß die Truppenstärke im Reduzierungsgebiet auf 700000 Soldaten je Pakt herabgesetzt werden soll. Die US-Soldaten, die im Krisenfall in kurzer Zeit mit der viel erprobten Luftbrücke einfliegen, sind in den Vorschlägen nicht berücksichtigt – stattdessen aber der Großteil der sowjetischen Truppen, die weitgehend in Europa stationiert sind.

Beide Vorschläge stellen Bedingungen an „den Osten“, die er erfüllen muß, sonst beschleunigt die NATO die Aufrüstung. Werden die Bedingungen nicht erfüllt, bleibt der Doppelbeschluß in Kraft, die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen findet im nächsten Jahr statt. Daß heute die BRD Bedingungen stellt, kommt nicht von ungefähr. In einem Aufsatz im „Europa-Archiv“ schreiben vier bekannte amerikanische Politiker, unter ihnen McNamara und Gerard Smith:

„Damals (1977) wurde der Bedarf von europäischer und in erster Linie von deutscher Seite angemeldet; die im Entstehen begriffene Parität bei den weitreichenden strategischen Systemen, so hieß es, schaffe die Notwendigkeit eines Gleichgewichts unterhalb der interkontinentalen Ebene. Das amerikanische Interesse entwickelte sich relativ langsam, aber da es um amerikanische Raketen ging, übernahmen die amerikanischen Planer

schließlich die führende Rolle bei der Ausarbeitung des Projekts.“

Die Bonner Parteien wenden sich mit ihren Positionen, Bedingungen an „den Osten“ zu stellen, direkt an die Friedensgruppen. Oft können sie sich sogar auf ähnliche Ziele einiger Gruppen beziehen. Das hat keinen geringen Einfluß auf die ideologische Zersetzung von Teilen der sogenannten „Friedensbewegung“. Oft hört man aus den Reihen der Sozialdemokraten und Christen, die Bundesregierung soll aktiv handeln, Verhandlungen erzwingen, zu denen sich „der Osten“ verhalten soll. Dies sei die Pflicht der Bundesrepublik, weil mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen das „Gleichgewicht“ wieder hergestellt werde. Danach dürfte das „Gleichgewicht“ bereits seit fünf Jahren nicht mehr bestehen – fünf Jahre, die die Sowjetunion nicht zum Angriff auf die NATO genutzt hat!

Eine angebliche konventionelle Überlegenheit der Staaten des Warschauer Vertrages verbreitet, zeitgleich mit den Abrüstungsvorschlägen in die Öffentlichkeit geworfen, der „NATO-Kräftevergleich“. Dort kommt der NATO-Generalsekretär Luns zu dem Ergebnis, daß sich das Kräfteverhältnis „langsam, aber sicher zugunsten des Warschauer Paktes“ verschiebt. Diese Propagandatrickschere zählt nur die Truppen in Europa. Fern der Öffentlichkeit gehen die Militärfachleute in ihren Erörterungen von der NATO-

Die NATO plant den Blitzkrieg: Atomwaffen zur Erpressung, Panzer für den Sieg

Wohl selten zuvor ist es den Imperialisten in solchem Ausmaß gelungen, eine allgemeine Kriegsangst als Dekkung für ihre konkreten Kriegsvorbereitungen zu nutzen, wie ihnen dies heute gelingt. NATO-„Nachrüstung“ und die „atomwaffenfreie Zone“ beherrschen die öffentliche Diskussion – und lenken fast vollständig ab von den gigantischen konventionellen Aufrüstungsprogrammen der in der NATO verbündeten Imperialisten. Pershing (die neuen, noch nicht stationierten, weniger die alten, schon einsatzbereiten) und SS-20 verbreiten Angst und Schrecken – und versöhnen schon fast mit der gewaltigen, vergleichsweise aber harmlos erscheinenden konventionellen Streitmacht, die die Imperialisten bereithalten. Altgediente Generäle und berufsmäßige Friedensforscher hausieren mit Vorschlägen zu „alternativer“ – konventioneller – „Verteidigung“ und betreiben damit das Geschäft derer, die zu bekämpfen sie vorgeben. Denn die „Angst“ vor dem „Knopfdruck“ können die Imperialisten gelassen ertragen, solange sie nur darauf rechnen können, ihre Panzer, Kriegsschiffe und Flugzeuge auch zu bemannen, wenn sie sie dann in Marsch setzen.

Der bürgerliche Militärtheoretiker Clausewitz hat über den Krieg geschrieben, er sei „ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung

unseres Willens zu zwingen“. (1) Sollte diese einfache, in Jahrhunderten bestätigte Wahrheit heute ihre Gültigkeit verloren haben? Sollten die Imperialisten, die die Welt beherrschen wollen, diese zerstören anstatt dem Gegner ihren Willen aufzuzwingen zu wollen? Im „nuklearen Zeitalter“, so jedenfalls will der Generalinspekteur der Bundeswehr J. Brandt weismachen, „(hätte) die Anwendung von Gewalt in der militärischen Auseinandersetzung die Selbstvernichtung zum Preis“. (2) Solcherlei ist jedoch für die Öffentlichkeit bestimmt. In den der Öffentlichkeit



Leopard für die Panzertruppen und Marder für die Panzergrenadiere: Aufrüstungsschwerpunkte der westdeutschen Armee

nicht oder nur schwer zugänglichen Dokumenten sprechen die Bourgeois und ihre militärischen Fachleute ganz andere Töne. Hier befassen sie sich ausgiebigst damit, ihre Mittel der Gewalt für ihre „Anwendung in der militärischen Auseinandersetzung“ zu überprüfen. So paradox dies scheinen mag: Seit die in der NATO verbündeten Imperialisten den Beschluß zur Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen in Westeuropa faßten, betonen sie in der militärischen Fachliteratur die wachsende Bedeutung der konventionellen Streitkräfte. Stellvertretend für viele entsprechenden Stellungnahmen und Äußerungen sei hier auf eine gemeinsame Erklärung des US-Staatssekretärs für die Armee, Marsh, und des Stabschefs der US-Armee, General Meyer, von Anfang 1981 verwiesen, in der sie feststellten, „daß im Rahmen möglicher militärischer Konflikte ein Nuklearkrieg die am wenigsten wahrscheinliche Kriegsform sei. Damit ist auch die Bedeutung der konventionellen Streitkräfte gestiegen.“ (3)

Natürlich haben in der Kriegsplanung der NATO auch die atomaren Raketen ihren Platz. Im letzten „Weißbuch“ der Bundesregierung heißt es zur offiziellen Militärstrategie der NATO: „Nuklear-strategische Kräfte, nukleare Kräfte in und für Europa und konventionelle Kräfte bilden eine Triade, eine Dreiheit als Ganzheit ... Die NATO hält Nuklearwaffen für Abschreckung und Verteidigung bereit, nicht weil sie damit einen Nuklearkrieg führen, sondern jeden Krieg ver-

Überlegenheit aus. Der bereits oben genannte Artikel der vier US-Politiker geht von einer „sichtlichen Schwächung“ des Warschauer Paktes aus und schreibt: „Im übrigen besteht seit vielen Jahren eine Tendenz, die relative konventionelle Stärke der Sowjetunion zu überschätzen und die Tatsache zu unterschätzen, daß die Sowjets sich der enormen Kosten und Risiken jeder Art von Aggression gegen die NATO sehr wohl bewußt sind.“ Diese Aussage ist aber weniger eine Zustandsbeschreibung, sondern vor allem eine offen ausgesprochene Bewertung der Erfolgsaussichten eines Überfalls der NATO auf den Warschauer Pakt.

Die Abrüstungsvorschläge von Möllemann und Bahr beschränken die Expansionsinteressen der BRD und der NATO in keiner Weise. Der „Palme-Bericht“ will die Ursachen des Krieges aus dem Dasein von Atomwaffen erklären. Der Krieg ist aber die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln – auch heute. Die BRD betreibt nicht nur wirtschaftliche Infiltration in die

Länder Osteuropas, sondern politische Einmischung in großem Umfang. Diese imperialistische Politik betreiben die BRD und die EG nicht ohne Ziel. Sie wollen das Sagen haben und die „Tyrannei“, wie sich Reagan ausdrückt, stürzen.

Die „Sicherheit“ wird durch die BRD und die NATO bedroht, vor allem auch deshalb, weil die BRD die DDR nicht anerkennt und die Wiedervereinigung als Verfassungsauftrag erhebt. Die DDR hat keine diesbezüglichen „Gemeinsamkeiten“, weil sie die BRD anerkennt und ihre eigene Anerkennung fordert. Die Frage der Anerkennung der bestehenden Grenzen wird in den Abrüstungsvorschlägen nicht aufgeworfen. Diese Bedingung, über die völkerrechtliche Anerkennung der Grenzen nicht zu sprechen, hat die BRD den Staaten des Warschauer Vertrages bereits diktieren können und somit ihre territorialen Ziele bei den Abrüstungsverhandlungen abgesteckt. Die NATO geht jetzt noch einen Schritt weiter, in dem sie in der „Bon-

ner Erklärung“ vom NATO-Gipfel das Ziel der Wiedervereinigung in noch nicht dagewesener Dringlichkeit erhebt, was den ausgefallenen Tagungs-ort Bonn erklärlich macht.

Die Bundesrepublik will mit den Abrüstungsverhandlungen militärische Vorteile erwirken. Die völlige Abschaffung der Atomwaffen in Europa und Nordamerika und eine atomwaffenfreie Zone in Europa werden in der SPD und F.D.P. erwogen. Aber auch die CDU steht mit ihren Positionen dem nicht grundsätzlich entgegen. Der Hamburger Parteitag beschloß im November 81: „Das wichtigste aktuelle außenpolitische Ziel ist die allseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstungen und ihr Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau – unter der Voraussetzung unverminderter Sicherheit.“ Die Abschaffung der Atomraketen würde auf einen ausschließlich konventionellen Kräftevergleich hinauslaufen. Die technisch besseren Waffen der NATO könnten so einem Vergleich standhalten bzw. zu

hindern will. Die am Ende unberechenbare Zerstörungskraft nuklearer Waffen soll davor abschrecken, den Krieg noch als ein Mittel der Politik zu begreifen.“ (4) Der oben zitierte Generalinspekteur der Bundeswehr Brandt ist da allerdings deutlicher: „Eine Funktion nuklearer Gewalt liegt aber auch darin, daß es nicht erst der physischen Anwendung bedarf, um einen potentiellen Gegner in seinen Handlungsoptionen zu beeinflussen. Nukleare Potentiale muß eine erhebliche psychologische Wirkung zugeschrieben werden. Hier liegen im Rahmen einer Drohhpolitik Nutzungsmöglichkeiten zum Einwirken auf den Verteidigungswillen der anderen Gesellschaften ...“

(2)

Die „psychologische Wirkung“ der Atomraketen ist auf eine Schwächung des Verteidigungswillens „der anderen Gesellschaften“ nicht beschränkt. Sie zielt auf deren *Verteidigungsfähigkeit*. Über die militärische Bedeutung der atomaren Potentiale der NATO schreibt der hohe US-Regierungsbeamte Cotter: „Die NATO-TNF (Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen in Westeuropa – Red.) und die der NATO-Triade zugeteilten Elemente der strategischen Streitkräfte der USA (v.a. die U-Boot-gestützten Atomraketen – Red.) erhalten den Auftrag, die Offensivkräfte des WP (Warschauer Paktes – Red.) unter dem Risiko des Atomschlages zu halten und sie dadurch zur Auflockerung zu zwingen, Führung, Mobilität und Massierung von Kräften zu behindern und sie nicht-nuklearen Angriffen gegenüber

verwundbarer zu machen.“ (5)

Das bedeutet: Mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen in Westeuropa bezweckt die NATO, die Erfolgsaussichten eines nicht-nuklearen, also konventionellen Angriffs zu verbessern. In ihrem „Weißbuch 1979“ umschreibt die Bundesregierung diese Kriegsplanung entsprechend dem NATO-Sprachgebrauch mit dem Begriff der „Vorneverteidigung“: „Vorneverteidigung bedeutet grenznahe, zusammenhängende Verteidigung mit dem Ziel, möglichst wenig Gebiet zu verlieren und Schäden möglichst zu begrenzen. Das schließt die Rückgewinnung verlorengegangenen Territoriums ein.“ (4) Was da „Vorne“ heißt, präzisiert in einer Studie für die Westeuropäische Union (WEU) der westdeutsche General a.D. de Maizière: „so weit ostwärts wie möglich“ (5) – „ostwärts“ haben gerade die westdeutschen Imperialisten in der Tat Ansprüche auf „Rückgewinnung verlorengegangenen Territoriums“ zu „verteidigen“. Daß die NATO die „Vorneverteidigung“ in Form eines Blitzkrieges zu planen beginnt, das deuteten nicht nur der US-Staatssekretär Marsh und der US-Armeestabschef Meyer in ihrer gemeinsamen Erklärung an: „Die Hauptfunktion der Armee ist es, Truppen zu organisieren, auszubilden und auszurüsten, um schnelle und kräftige Kampfoperationen durchzuführen, um die feindlichen Landstreitkräfte zu vernichten und Landgebiete zu erobern, zu besetzen und zu verteidigen.“

(3) Das verdeutlichen auch die konventionellen Aufrüstungsprogramme der



Aufrüstungsschwerpunkt der USA: Ausbau der Lufttransportkapazitäten, Vorratslager in Westeuropa

in der NATO verbündeten Imperialisten, die den Schwerpunkt vor allem auf die Stärkung der Panzerwaffe legen. Ein zweiter Schwerpunkt dieser Programme ist die Anlage großer militärischer Vorratslager der USA in der BRD und die Verbesserung der Lufttransportkapazitäten, die es erlauben sollen, schnellstmöglich und in großem Maßstab Nachschubkräfte aus den USA „so weit ostwärts wie möglich“ in die Schlacht zu werfen.

(1) Carl von Clausewitz, Vom Kriege; (2) Jürgen Brandt, Aspekte der sicherheitspolitischen und militärstrategischen Lage im Bündnis, in Europäische Wehrkunde 5/81; (3) Meeting the Challenge of the 1980's, wiedergegeben und zitiert nach Österreichische Militärische Zeitschrift 3/81; (4) Bundesminister der Verteidigung, Weißbuch 1979, Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, Bonn 1979; (5) Ulrich de Maizière, Verteidigung in Europa-Mitte, München 1975

einem deutlichen militärischen Vorteil führen. Möllemann berücksichtigt in seinem „Positionspapier zur Rüstungskontrolle“ aber auch die Anzahl der konventionellen Waffen, indem er die

Aufrechnung der sowjetischen Panzer mit den nuklearen Kurzstreckenwaffen der NATO vorschlägt und eine Reduzierung der sowjetischen Panzer erreichen will. Die Vorschläge Möllemanns

und Bahrs nach gleicher Truppenstärke in Europa von NATO und Warschauer Pakt, einschließlich Truppenreduzierung, würde einen weiteren militärischen Vorteil für die BRD und NATO bedeuten, da die US-Truppen per Luftbrücke binnen weniger Stunden nach Europa transportiert werden können und in der Bundesrepublik auf ein umfangreiches Waffenarsenal treffen, das die NATO errichtet hat und mit dem neuen Abkommen zwischen den USA und der BRD, dem „Host Nation Support“, möglich wird.

Mit diesen militärischen Vorteilen würde die NATO Bedingungen geschaffen haben, die ihr einen Blitzkrieg ermöglichen, mit dem Ziel, die DDR, Polen und die CSSR einzuverleiben. Der Sowjetunion bleibt der Schutz der Tiefe ihres Landes. Besonderer Nutznießer in der NATO wäre die BRD, die an die DDR grenzt.

Quellenhinweis: J. Möllemann, Positionspapier zur Rüstungskontrolle und Abrüstung; Der Palme-Bericht, Severin und Siedler Verlag; Rüstungskontrolle und Abrüstung, CDU-Dokumentation 19; Europa-Archiv 7, 11/82; FAZ v. 11. und 12.6.82



Truppenschau der Bundeswehr – „Unverminderte Sicherheit“

Bundesinnenminister Baum reizt hoch

Dem sogenannten Beteiligungsgespräch mit Gewerkschaften und Beamtenbünden am 8.6. präsentierte Baum als Kabinettsvorlage für das Besoldungsgesetz 82: 1. Aussetzung der Erhöhung der Beamtenbezüge um 3,6% bis zum 31. Juli; 2. Einmalzahlung für fünf Monate 40 DM; 3. Rücknahme der in Verbindung mit dem 2. Haushaltsstrukturgesetz bereits beschlossenen Kürzung der Beamtenbezüge um 1%. Die Delegierten des DGB-Bundeskongresses protestierten einstimmig gegen diesen Versuch Baums, mit Hilfe des Beamtenrechts die Lohnauseinandersetzungen in den öffentlichen Diensten zu entscheiden. Im besonderen richtet sich dieser Angriff gegen die Gewerkschaften der Post und Eisenbahn. So sind ca. 80% der Postbeamten im einfachen Dienst. „Ihr monatli-

ches Einkommen liegt durchschnittlich unter 2500 DM brutto“, erklärte der DPG-Vorsitzende des Bezirkes Bremen-Weser-Ems. Bei Durchsetzung der geplanten Besoldungsvorlage müßten diese Beamten nicht bloß eine Inflationsrate von immerhin mehr als 5% ganze fünf Monate ohne Ausgleich verkräften. Die Beamtenbezüge würden grundsätzlich von den Löhnen und Gehältern in den öffentlichen Diensten getrennt. Die von den Gewerkschaften gerade verstärkt erhobenen Forderungen nach „vollen Arbeitnehmerrechten für Beamte“ würden unterlaufen. Und es ist ja jedem Beschäftigten in den öffentlichen Diensten klar, daß für ihre weiteren Lohnsenkungs- und Rationalisierungspläne die öffentlichen Arbeitgeber einen spürbaren Schlag gegen die Gewerkschaftsfront

dringend brauchen. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stehen somit im Zugzwang. DGB, Post- und Eisenbahngewerkschaft, ÖTV, GEW und die Polizeigewerkschaft beraten gegenwärtig ihr weiteres Vorgehen. Gewiß werden in diesen Beratungen Überlegungen eine nicht geringe Rolle spielen, der sozialliberalen Regierung eine Niederlage zu ersparen. Aber abgesehen davon, was denn außer Lohnsenkung die Hunderttausende von Beamten in niedriger Bezahlung davon hätten: würde denn eine sozialliberale Regierung, die sich die Fähigkeit der brutalen Erpressung mittels Beamtenrecht an den Frack stecken kann, gegenüber der Zielsetzung der CDU/CSU „besser“ bestehen? Bloß, wenn sie es als Verdienst ansieht, die von der konservativ-liberalen Meute lange geforderte grundsätzliche Wende auch in der Beamtenpolitik selber eingeleitet zu haben.

CDU: Ausweisung ohne Widerspruch

Für den unverhohlenen Einzug des Rassismus und die Beseitigung jedes Anklangs an „Rechtsstaatlichkeit“ macht sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einem Gesetzentwurf vom 1.6.82 zur Änderung des Ausländergesetzes stark: „Das geltende Ausländerrecht ... reicht nicht aus, um in allen Fällen rechtswidriger Gewaltanwendung durch ausländische Extremisten oder bei schwerwiegenden Verletzungen des Vereinsrechts und des Versammlungsrechts eine vor allem aus Gründen der Generalprävention regelmäßig gebotene Ausweisung von Ausländern zu ermöglichen.“ Zu den Ausweisungstatbeständen soll ausdrücklich hinzukommen: Aufruf zur oder Anwendung von Gewalt aus politischen Gründen; Verstoß gegen Versammlungs- oder Vereinsrecht; Mitgliedschaft in dem Vorstand eines unanfechtbar oder per sofortiger Vollziehung verbotenen Ausländervereins. Für die Ausweisung sollen die Staatsorgane von jeder Rechtfertigung entlastet werden: Wenn ein Ausländer die FdGO oder die Sicherheit der BRD gefährdet, aus politischen Gründen Gewalt anwendet oder dazu aufruft oder im Vorstand eines verbotenen Aus-

ländervereins war, so ist er auszuweisen, und zwar ohne daß rechtliche Schritte dagegen noch aufschiebende Wirkung haben sollen. Diese spezielle Gesetzgebung „zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens gegen Ausländer“ wird von der CDU mit der Wirksamkeit der „Generalprävention“ begründet, d.h. um „andere Ausländer zur Vermeidung der ihnen sonst drohenden Ausweisung zu einem ordnungsgemäßen Verhalten während ihres Aufenthalts im Geltungsbereich des Ausländergesetzes zu veranlassen“. (H.H. Heldmann, Ausländerrecht) Nach Feststellung des Rechtsanwaltes Heldmann ist diese Rechtssprechung nicht mit dem Grundgesetz vereinbar und in ihrer Anwendung auf EG-Angehörige durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs untersagt.

IMB verlangt Gewerkschaftssolidarität

Vorstand und Zentralkomitee des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) haben am 11. Juni je zwei Mitgliedsverbände in der Türkei und in Südafrika ausgeschlossen. Die beiden türkischen Verbände Türkiye Dok Gemi Is und Türk Metal Sendikası mit zusammen 80000 Mitglie-

dern gehören dem nicht verbotenen, gegenüber der Militärherrschaft loyalen Verband Türk-Is an. Wiederholten Aufforderungen des IMB zum Widerstand gegen die Unterdrückung der Gewerkschaftsrechte und die Verfolgung der Gewerkschafter durch Militärherrschaft waren die beiden Mitgliedsverbände bisher nicht gefolgt. — Die Bewegung der azanischen Gewerkschaften ist in den vergangenen Jahren in einer Reihe von schweren Kämpfen erstarkt. U.a. wurde das Ergebnis des Streiks gegen VW — zwei Rand (2,40 \$) Mindestlohn für ungelernte Arbeit — inzwischen gegen eine Reihe weiterer Konzerne durchgesetzt; gegen die Unterdrückung der schwarzen Gewerkschaften durch das Kolonialregime konnten Erfolge erreicht werden. Die bestehenden Gewerkschaften dokumentierten, daß sie dem Siedlerregime näher stehen als der jungen azanischen Gewerkschaftsbewegung. Zwei dieser Verbände, die Amalgamated Engineering Workers und die Electrical Workers Union (Siemens Südafrika), wurden nun vom IMB ausgeschlossen, nachdem sie an der Ablehnung der „vollwertigen Mitgliedschaft von Schwarzen“ festhielten. Dies bedeutet eine Stärkung der azanischen Gewerkschaften im IMB.

Hamburg: CDU kann keinen Senat bilden

Obwohl die CDU als stärkste Partei aus den Bürgerschaftswahlen in Hamburg hervorging, überwiegen die Stimmen gegen die CDU, so daß Kiep keinen Senat bilden kann. Die FDP, parlamentarische Stütze der CDU in Westberlin, ist in Hamburg nicht über die 5% gekommen, eine Quittung für ihre Wende nach rechts. Die Faschisten, die mit ihrer HLA (Hamburger Liste für Ausländerstopp) ihren ersten Erfolg bei den Kommunalwahlen in Kiel ausbauen wollten, sind in keinem Stadtbezirk an 1% herangekommen (insgesamt 6197 Stimmen, 0,7%).

Die Ergebnisse sind im einzelnen: Bei einer Wahlbeteiligung von 77,8% (1978: 76,6%) wurden 966011 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielt die CDU 43,2% (+5,6% gegenüber 1978), die SPD 42,7% (-8,8%), die GAL (Grün-Alternative-Liste) 7,7%; also 56 Sitze für die CDU, 55 für die SPD und 9 für die GAL.

Die FDP bekam 4,9%. Die DKP erreichte mit 5546 Stimmen 0,6%. Die KPD, auf deren Liste auch zwei Mitglieder des BWK kandidierten (siehe gemeinsame Wahlerklärung in Politische Berichte 7/82, S.4), erhielt 716 Stimmen (1978: KPD: 880, KBW: 686 Stimmen).

Die GAL hat sich eindeutig gegen die CDU ausgesprochen und einem SPD-Minderheits-senat Unterstützung zugesagt falls er Entgegenkommen zeigt hinsichtlich Arbeitsplatzbeschaffung, Sanierung der Elbe, Ausstieg aus der Kernenergie und Rücknahme der Sparbeschlüsse im Sozial- und Bildungsbereich. Zu befürchten ist, daß sich die SPD lieber Unterstützung von der CDU sucht. Kiep beansprucht dagegen den Bürgermeisterstuhl für sich. Er ersucht gegenwärtig Kirchen, Gewerkschaften und andere „große Verbände“, ihm „Bürger“ für einen Senat zu stellen, eine Spaltung der SPD-Fraktion im Auge.

Die FDP droht, die Bonner Koalition sei gefährdet, wenn sich die Hamburger SPD mit der GAL einlasse. Alle bürgerlichen Parteien bereiten Manöver gegen die GAL vor, um sie zur Anerkennung der „Zwänge“ der kapitalistischen Gesellschaft zu zwingen, damit sie als „vernünftige Realpolitiker“ im Parlament mitwirken.

FDP, CDU/CSU verlangen noch stärkere Belastungen der Arbeiterbevölkerung

Am 7. Juni 1982 beabsichtigt die SPD/FDP-Bundesregierung, den Haushaltsentwurf für das Jahr 1983 zu verabschieden. Ein Ausgabevolumen von 253 Mrd. DM wurde vom neuen Finanzminister Lahnstein angekündigt. Die fehlenden 12 Mrd. DM sollen durch Kreditaufnahme (4 Mrd. DM), Kürzung von Subventionen oder Streichung von Steuererleichterungen und durch Eingriffe in Leistungsgesetze (zusammen 8 Mrd. DM) aufgebracht werden.

Die Differenzen zwischen SPD und FDP ergeben sich nicht aus unterschiedlichen haushaltspolitischen Zielsetzungen. Der Bundeshaushalt soll nach dem Willen der Regierungs- und Oppositionsparteien der westdeutschen Wirtschaft die nötigen Triebkräfte verleihen, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden könne. Die Differenzen ergeben sich dadurch, daß die FDP und die Unionsparteien die Finanzierung dieses Haushalts und der zusätzlichen Haushaltsmittel ausschließlich der Arbeiterbevölkerung aufbürden wollen und die SPD mehr die Taktik verfolgt: „Die Bürger müssen mit weiteren Belastungen rechnen. Wenn sie aber gerechter verteilt werden, haben die meisten Bürger auch Verständnis dafür ... Wir wissen doch, daß die großen Beiträge dadurch aufkommen, daß die kleinen Leute kleine Beiträge zahlen.“ (Arbeitsminister Westphal)

Zur Förderung des Warenexportes der Kapitalisten erhalten diese bei der Ausfuhr die Umsatzsteuer erstattet.

Hierdurch fehlen 1982 1 Mrd. DM und 1983 1,4 Mrd. DM an Umsatzsteuereinnahmen. Durch Verabschiedung des Investitionsprogramms sind 1983 weitere zwei Milliarden Steuerminderungen zu erwarten.

Neben dieser finanziellen Unterstützung der Expansion der westdeutschen Imperialisten mittels haushaltspolitischer Gesetze des Bundestages soll die Kriegsvorbereitung der BRD weiter vorangetrieben werden. Eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes um eine Milliarde DM ist geplant, und es ist in der Debatte des Deutschen Bundestages zu erwarten, daß die Unionsparteien den Posten für die Aufrüstung noch weiter in die Höhe treiben wollen. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU Dr. Werner Marx hat in einem Artikel der „Frankfurter Allgemeinen“ zum Ausdruck gebracht, daß die Seemacht BRD jetzt auf der Tagesordnung stünde: „Die Stationierung der britischen Flotte im Südatlantik und deren Verluste haben ja im Nordatlantik bereits eine Lücke aufgerissen. Das hat Konsequenzen ...“ Die Union formuliert das Interesse der westdeutschen Imperialisten: Die Bundesmarine soll im Nordatlantik diese Schwäche der NATO ausgleichen und mit ihrem militärischen Gewicht die Expansion westdeutschen Kapitals absichern.

Neben dieser militärischen Absicherung lassen die Kapitalisten ihren Warenexport noch durch „Ausfuhrbürgschaften“ sichern. Allein von 1980 auf 1981 sind die Bürgschaften und Garan-

tien der Bundesregierung für die Exporte westdeutscher Kapitalisten um 41,2% auf 178,9 Mrd. DM gestiegen.

Finanzminister Lahnstein hat angekündigt, daß dieser Haushalt nur finanziert werden könnte, wenn bestehende Leistungsgesetze geändert werden. Seine Idee: In Zukunft zahlt die Arbeitslosenversicherung für die Arbeitslosengeldempfänger nicht mehr den Beitrag an die Rentenversicherung berechnet auf den ganzen Bruttolohn, der zuletzt erhalten wurde, sondern auf 68% des Bruttolohns. Dieser „Gewinn“ von 3,5 Mrd. DM pro Jahr für die Kriegskassen der westdeutschen Imperialisten wird sich nicht schnell bei den Arbeiterhaushalten bemerkbar machen, sondern auf längere Sicht wirken. Die am häufigsten in die industrielle Reservearmee gestoßenen, schlecht verdienenden Lohnabhängigen werden Renten erhalten, die unter dem Existenzminimum liegen.

Die FDP und die Unionsparteien geben sich jedoch mit dieser Belastung der Arbeiterbevölkerung nicht zufrieden. Die Profitmacherei soll nicht nur über den Haushalt, sondern direkt gesteigert werden. 1980, beklagen die Kapitalisten, hätten sie 27,2 Mrd. DM aufbringen müssen, um den „Sozialmißbrauch“ der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu finanzieren. Dieser relative Schutz der Arbeitskraft soll beseitigt werden. Die Erfolge der Kapitalisten bei der Intensivierung der Arbeit haben Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der Arbeiterbevölkerung, und die Ausgaben der Kapitalisten für die Lohnfortzahlung werden eher noch steigen müssen.

Quellenhinweis: FAZ 5.6.82, 11.6.82; Handelsblatt 4./5.6.82; Bulletin der Bundesregierung

USA

BRD-Banken fordern Revision der Bankgesetze

„In der Drittelstärke eines Infanterie-zuges“ sei die Delegation der Deutschen Bank „ins Gefecht gezogen“, meldete jüngst das Handelsblatt über eine Pressekonferenz der Deutschen Bank in New York. Anlaß waren Pläne der Deutschen Bank zum Ausbau ihres US-Geschäfts. Schon jetzt verfügt ihre New Yorker Niederlassung über Forderungen an US-Kapitalisten von zusammen 2,5 Mrd. \$. Durch die Lohnsenkungen, die die US-Kapitalisten den Lohnabhängigen beibringen konnten, angelockt, will die Deutsche Bank ihr Kreditgeschäft in den USA „zügig ausbauen“, verkündeten ihre Sprecher.

Aber nicht nur deswegen waren sie „ins Gefecht gezogen“. Seit Jahren fordern die BRD-Imperialisten eine Re-



IG Metall-Kundgebung für Lohnfortzahlung

vision der US-Bankgesetze. Diese verlangen von jeder ausländischen Bank, daß sie vor Erwerb einer Beteiligung bzw. vor Bildung einer Holding-Gesellschaft zwecks Erwerb solcher Beteiligungen vorher sämtliche Industriebeteiligungen in anderen Ländern sowie verdeckte Reserven vor der US-Steuer- und Fusionskontrolle offenlegt. Die BRD-Banken empfinden das als unerträgliche Schikane. Sprecher der Deutschen Bank erneuerten deshalb in New York ihre Forderung nach Beseitigung dieser Geschäftsbehinderungen. Sie erklärte, mit Blick auf ihre Unternehmensbeteiligungen vor allem in der BRD: „Wir beabsichtigen auch hier nicht, darüber Angaben zu machen.“

Kein Wunder. Denn die wachsenden Auslandsgeschäfte der BRD-Banken verschaffen diesen nicht nur einen klingenden Zinsertrag. Sie sind auch der sumpfige Boden, auf dem sämtliche übrigen BRD-Kapitalisten einen Großteil ihrer Waren- und Kapitalexperte vorbereiten. Mit jedem Kredit, den westdeutsche Banken an ausländische Kapitalisten oder Regierungen leihen,

verbessern sie auch die Geschäftsmöglichkeiten für ihre Vettern von der Industrie. Sei es, daß diese den ausländischen Kapitalisten, dessen Bilanz sie nun genau kennen, gleich ganz aufkaufen und in ihr „Tochterunternehmen“ verwandeln, sei es, daß der ausländische Kapitalist oder die Regierung zu „Gefälligkeiten“ gedrängt wird, sprich zu Aufträgen für westdeutsche Industriekapitalisten, mit denen die BRD-Banken bekanntlich über Aufsichtsräte, Beteiligungen usw. engstens verbunden sind. Solche Geschäfte wollen sich die BRD-Imperialisten, gerade wo ihre Exportoffensive so richtig in Schwung kommt, jetzt auf keinen Fall verderben lassen. Zumal sie inzwischen selbst in den USA auf diese Weise ein reichliches Geschäftsgebiet glauben erschlossen zu haben: Ende März schuldeten US-Kapitalisten westdeutschen Banken zusammen 33,5 Mrd. DM, fast 6 Mrd. DM mehr als umgekehrt westdeutsche Kapitalisten von US-Banken geliehen hatten.

Quellenhinweis: Handelsblatt 1.6.82, Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik Mai 1982

Hungerstreik von Türken und Kurden Gegen die Folterdiktatur und ihre Unterstützung durch NATO und BRD

Seit dem 24.5. sind türkische und kurdische Arbeiter, Angestellte und Studenten in 13 Städten der BRD und in sieben weiteren Städten Westeuropas im Hungerstreik gegen die türkische Militärjunta und deren Unterstützung durch NATO und Bundesregierung. Im folgenden Auszüge aus einem Gespräch mit Vertretern des Hungerstreik-Komitees in Hannover:

Wie viele nehmen in der BRD an dem Hungerstreik teil, und was ist der Anlaß?

„306 Menschen sind das zusammen. In erster Linie will man auf die Zustände in der Türkei in den Gefängnissen aufmerksam machen. ... In Istanbul im Gefängnis Metris sind seit dem 10. Mai über 1000 politische Gefangene im Hungerstreik. Sie protestieren gegen die unmenschlichen Haftbedingungen, denen sie im Militärgefängnis unterworfen sind. Die politischen Gefangenen haben hier wie in allen Militärgefängnissen den Status von Soldaten. Sie müssen täglich acht bis zwölf Stunden an einer sogenannten militärischen Erziehung teilnehmen, d.h. also: Laufen im Gefängnishof, Absingen von nationalistischen Märschen, Atatürk-Lektionen und anderes. Damit ist der Tag voll ausgefüllt, und somit bleibt für sie keine Vorbereitung auf ihre Verteidigung übrig. Einmal haben sie in der Woche die Möglichkeit, mit ihren Anwälten zu sprechen, und das nur

fünf Minuten unter Bewachung. Dadurch soll die Verteidigung quasi unmöglich gemacht werden. ... Im Gefängnis selbst wird auch gefoltert, und alle Versuche der Gefangenen, während der Prozesse Beschwerde einzulegen und Untersuchungen der zuständigen Gefängnisse zu beantragen, werden vom Gericht zurückgewiesen mit der Begründung, dafür sei die Gefängnisverwaltung zuständig. Alle Briefe, Anträge und Beschwerden werden vom Gefängnisdirektor zensiert, bevor sie überhaupt nach draußen gelangen. So-

mit ist den Gefangenen überhaupt keine Gelegenheit gegeben, sich gegen Verletzungen ihrer Rechte zu wehren. ... Man kann damit rechnen, daß während der Sommerzeit viele Hinrichtungen durchgeführt werden. Für 4094 Oppositionelle ist die Todesstrafe beantragt, und die Militärjunta geht zur Zeit so vor, daß nicht nur ein oder zwei oder drei Leute hingerichtet werden, sondern die Zahl hat sich so gesteigert, daß da zehn, zwanzig, dreißig Leute auf einmal ermordet werden. Es ist zu erwarten, daß die Zahlen noch gesteigert werden.“

Was sind die vorrangigen Ziele, die ihr mit dem Hungerstreik erreichen wollt?

„Die unmittelbaren Forderungen des Hungerstreiks sind einmal: Aufklärung über die Ermordung politischer Gefangener in den Militärgefängnissen Diyarbakir und Alemdag in Istanbul, dann: Entsendung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Massaker und Menschenrechtsverletzungen, dann: Behandlung der Menschenrechtsverletzungen in einer Fragestunde im Deutschen Bundestag und: Beobachtung der politischen Massenprozesse in der Türkei und Türkisch-Kurdistan. Darüber hinaus wird gefordert die sofortige Einstellung jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe an die Folterdiktatur durch die Bundesregierung.“

Welche Unterstützung hat die Aktion bisher gefunden?

Am Beispiel Hannover werden 35 Gruppen und Initiativen genannt. An vielen Orten unterstützen die GEW und Amnesty International den Hungerstreik. In Duisburg, Stuttgart, Mannheim und Nürnberg haben sich IG Metall und DGB solidarisch erklärt. An verschiedenen Orten unterstützen Studentengemeinden und haben Geistliche die Hungerstreikenden



Unterstützung des Hungerstreiks auf der Demonstration am 5.6.82 in Hannover.

besucht. Zum Teil sind auch örtliche und regionale Parteienvertreter gekommen und haben versprochen, sich für die Forderungen einzusetzen.

Welche konkrete Bedeutung hat eurer Meinung nach die Unterstützung der NATO und die Türkeihilfe der BRD für die Junta?

„Am 12. September 1980 putschte der türkische Generalstab im Rahmen eines NATO-Manövers und übernahm als Junta die Macht ... 1971 wie auch bei diesem Militärputsch ist die Anwesenheit der NATO-Streitkräfte als politische Geste des Westens zu verstehen. Westliche Politiker resümieren, daß es in der Türkei endlich wieder einen zuverlässigen NATO-Verbündeten von unschätzbarem Wert gibt. Immerhin hätten sich in der letzten Zeit außerhalb des vertraglich fixierten Wirkungsbereichs der NATO Umwälzungen ergeben, besonders in Afghanistan, am Persischen Golf, im Nahen Osten oder in Afrika, die die Interessen der USA und der NATO tangieren. Unter dem Vorwand, den Terror von rechts und links einzudämmen, fielen abertausende vermeintliche Terroristen Massenhäftnissen zum Opfer. Inzwischen gibt es 170000 politische Gefangene. Folgendes Beispiel zu den Verfolgungen: Zur Zeit wird in der Türkei in Celtek ein Prozeß durchgeführt gegen Arbeiter. Es ist wohl in der türkischen Geschichte der größte Prozeß gegen Arbeiter; 689 Arbeiter sind dort angeklagt, und man erfährt fast nichts davon in der Presse. Wahrscheinlich deshalb nicht, weil das Durchschnittsalter der Leute bei 50 Jahren liegt. Dann wäre das eigentlich nicht so leicht, den Leuten zu sagen, 'das sind Terroristen'. Da würde man sich denken, 'so alte Menschen als Terroristen abzustempeln?' Da würde man sich schon irgendwie Gedanken machen.“

„Die Militärjunta wird nach wie vor von der NATO gestützt und finanziert. So beträgt die Militär- und Wirtschaftshilfe der BRD 2,4 Milliarden DM in zwei Jahren. Der Europarat hat aufgrund von Protesten seine türkischen Mitglieder ausgeschlossen, allerdings nur die vor dem Putsch gewählten Delegierten, während die Junta-Vertreter weiter zugelassen sind. An der NATO-Gipfeltagung am 10. Juni in Bonn werden türkische Militärs und der Ex-General Ministerpräsident Ulu-sut teilnehmen. Türkische und kurdische Arbeiter sind eben auch aus diesen Gründen gemeinsam in den Hungerstreik getreten, um gegen Massaker, Hinrichtungen und Folter in der Türkei und Türkisch-Kurdistan zu protestieren. Anlaß sind die sich erneut verschärfende Lage in der Türkei und besonders die anstehenden Hinrichtungen antifaschistischer Oppositioneller. Gleichzeitig richtet sich der Protest gegen die NATO-Gipfeltagung.“

BRD und EWS DM-Vormarsch, Sparprogramme erzwungen

Faktisch um 10% ist der französische Franc, um 7% die italienische Lira, und um 4,25% sind die anderen Währungen des Europäischen Währungssystems (EWS) seit dem Wochenende gegenüber der DM und dem niederländischen Gulden abgewertet. Das ist die sechste Wechselkursänderung seit Gründung der EWS 1979, dem mit Ausnahme Griechenlands und Großbritannien alle EG-Länder angehören. Im EWS sind feste Kurse der Währungen untereinander festgelegt; bei Kurschwankungen der einzelnen Währungen um mehr als 2,25% (ital. Lira: 6%) an den Devisenmärkten sind die Zentralbanken zum Eingreifen verpflichtet (z.B. durch Ankauf einer „schwachen“ Währung gegen DM, um den Kurs dieser Währung wieder in die Höhe zu treiben); bei andauernden Kursveränderungen am Devisenmarkt werden Auf- bzw. Abwertungen fällig. Nach außen, z.B. zum Dollar, besteht kein festes Umtauschverhältnis. Unmittelbares Ziel des EWS – seine Gründerväter waren Schmidt und Giscard – ist die Erleichterung des Außenhandels und des Kapitalverkehrs der EWS-Mitglieder untereinander durch Abkoppelung der westeuropäischen Währungen von den Schwankungen des Weltgeldes Dollar. Für die BRD-Imperialisten, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen und der entsprechenden DM-Stärke im EWS unbestritten das Sagen haben, ging es von vornherein um mehr: um Intervention in die Wirtschaftspolitik der anderen Länder über den Zwang der gegenseitigen Anpassung der Währungspolitik.

Bundesregierung und Bundesbank erklärten sich zur DM-Aufwertung um 4,25% – zusammen mit der Franc-Abwertung um 5,75% ergibt sich die Paritätsänderung von 10% – nur bereit, weil die französische Regierung ein Stabilitätsprogramm vorlegte: Lohn-Preis-Stopp für zunächst vier Monate, wodurch die Inflation von 14% auf unter 10% gebracht werden soll; Kürzung der Sozialleistungen um 30 Mrd. FF (= 11,8 Mrd. DM) bei gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge; Kürzungen im Staatshaushalt von ca. 20 Mrd. FF. Auch Italien soll „wirtschaftspolitische Maßnahmen“ versprochen haben. Und Belgien – im Bundesbank-Jahresbericht gemahnt, die „entschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen“ auch durchzusetzen – blieb von Abwertung nur verschont, weil die Regierung weitere Sparmaßnahmen zusagte.

Den BRD-Imperialisten reichen die Maßnahmen der französischen Regierung noch nicht: „Solange in Frankreich keine ausreichende Stabilitätspolitik betrieben wird, muß auch der Franc schwindstüchtig bleiben.“ (FAZ 14.6.) Abschaffung der Mindestlöhne, Streichung von Versicherungsleistungen, Abbau der Devisenkontrollen und Streichung der Staatssubventionen für bestimmte Industriezweige (Stahl) sind die Forderungen, die den überlegenen BRD-Kapitalen die weitere Offensive auf dem französischen Markt erleichtern, den Kapitalexport profitabler



Wirtschaftsgipfel: Rückendeckung für BRD-„Stabilitätspolitik“ in Europa

machen und lästige Konkurrenz auf dem Weltmarkt abschütteln sollen. Die BRD-Imperialisten spekulieren darauf, daß die Franc-Abwertung kaum ein Steigen der französischen Exporte bewirkt, daß das französische Außenhandelsdefizit 82 100 Mrd. FF – davon die Hälfte mit der BRD – betragen wird. Dann sind neue zinsträchtige Stützungsmaßnahmen der Bundesbank für den Franc fällig, gegen harte Bedingungen, versteht sich.

Quellenhinweis: Geschäftsbericht der Bundesbank 1981; Handelsblatt, 7. – 14.6.; FAZ, 14.6.

VR China

Für die NATO und für die Friedensbewegung?

Noch im Januar 82, in einem Artikel über weltpolitische Ereignisse 1981, warnte die Beijing-Rundschau unter dem Titel „Pazifistische Strömung in Westeuropa“ vor der Friedensbewegung, die sie als Reaktion auf das Wettrüsten USA – SU, auf die Widersprüche USA-Westeuropa, auf die hohen Militärausgaben und die Kürzungen von Sozialleistungen durch die westeuropäischen Regierungen und auf die „Friedensoffensive“ der SU erklärte. Unklar bleibt, welche Position als pazifistisch gekennzeichnet wird, vermutlich die radikale Forderung nach

bedingungsloser, einseitiger Abrüstung. Doch: „Immer mehr einfache Menschen werden sich klar darüber, woher die Gefahr kommt. Sie sind für die jährliche Erhöhung der Militärausgaben um 3%, für die Erneuerung der Kernwaffen und unterstützen die Maßnahmen der USA ... Im Ganzen gesehen, behalten jedoch die Regierungen der westeuropäischen Länder einen klaren Kopf.“ Im Herbst 81, bei einem Genscher-Besuch in Peking, hatte die chinesische Regierung sich ebenfalls für die Erfüllung des NATO-Beschlusses über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, für die Stationierung von Neutronenbomben in Europa und für die Stärkung der EG starkgemacht.

Im Mai 82 hieß es jedoch: „Die Friedensbewegung in Westeuropa ist keine pazifistische Bewegung, wie von manchen im letzten Jahr behauptet wurde. Es gibt einige Pazifisten in der Bewegung ... Aber viele Menschen nehmen an der Friedensbewegung teil, weil sie gegen die Stationierung der neuen Kernwaffen durch die USA sind. Andere bekämpfen die nukleare Aufrüstung von beiden, den USA ebenso wie der SU. Andere kämpfen gegen die Aggression und Expansion der Sowjetunion ... Obwohl die Ziele der Friedensbewegung verschieden sind, wollen die meisten Teilnehmer doch den Krieg verhindern ... In dieser Hinsicht spielt die Bewegung bei der Eindämmung der Aufrüstung zwischen den Supermächten eine Rolle.“

Der Schwenk ist offenkundig und steht in merkwürdiger Harmonie zur Politik z.B. der SPD/FDP-Regierung, die die Friedensbewegung als Vehikel der westeuropäischen Imperialisten unter Bonner Führung gegen die USA und die SU, zur ideologischen Infiltration in die Staaten Osteuropas und die DDR einsetzt und nationalistische, pro-europäische Strömungen in der Bewegung fördert. Das entspricht dem chinesischen Interesse an einer Stärkung der „Stimme Europas“ in der Welt, der fälligen Ablösung der „bipolaren Welt“-Ordnung von Jalta. Das Kriegsbündnis mit den USA soll dabei aber erhalten bleiben. So hieß es in der Beijing-Rundschau zum Bonner NATO-Gipfel: „Für Reagan ist das eine gute Gelegenheit, mit den westlichen Führern zusammenzutreffen und ihre Politik zu koordinieren, besonders eine gemeinsame Politik und Strategie gegen die SU auszuarbeiten.“

Die Unterstützung der VR China für die Friedensbewegung richtet sich also gerade *nicht* gegen den Expansionismus der westeuropäischen Imperialisten und gegen die NATO-Raketenbeschlüsse, sondern nach dem Motto „Abrüstung in Ost und West“ vorrangig gegen die Sowjetunion.

Quellenhinweis: Beijing-Rundschau, Jg. 82; Xinhua, Mai – Juni 82

NATO-Gipfel

Die „Friedensbewegung“ zeigt sich versöhnlich, das NATO-Bündnis um so härter

80000 bis 100000 demonstrierten am 5.6. auf Aufruf von CDU und CSU in Bonn bzw. München für NATO und „deutsch-amerikanische Freundschaft“. Mehrere Hunderttausend beteiligten sich zwischen dem 5. und 11.6. an Demonstrationen gegen den NATO-Gipfel in Bonn.

Allein rund 350000 versammelten sich am 10.6. auf den Bonner Rheinwiesen. Unter der offiziellen Parole „Aufstehen! Für den Frieden“ fanden sich die unterschiedlichsten Auffassungen in versöhnlichem Nebeneinander. General a.D. Bastian konnte als Kundgebungsredner die Politik Schmidts, der immerhin großen Anteil am Zustandekommen des NATO-„Nachrüstungs“-beschlusses hat, rechtfertigen – wenngleich unter Pfiffen – und sich für die Abrüstung fremder Mächte stark machen. Ermutigt durch solche Kräfte, deren Hauptanliegen die Förderung einer „Friedensbewegung“ in der DDR ist, konnten sich sogar Faschisten in der Kundgebung tummeln und fast unbehehlt großdeutsche Propaganda treiben. Anderen waren glücklich, wenigstens auf ihren mitgeführten Transparenten den Austritt der BRD aus der NATO fordern, sich gegen die westdeutsche und NATO-Unterstützung für die türkische Militärjunta oder gegen die Kürzungsmaßnahmen gegen die Arbeiterbevölkerung zwecks Finanzierung des Rüstungshaushaltes stellen zu können.

Die bürgerliche Öffentlichkeit blieb – angesichts der immerhin größten Demonstration seit Gründung der BRD fast erstaunlich – gelassen. Schmidt gab die Parole aus, man müsse und könne mit der „Friedensbewegung“ leben. Nun ist der Mann nicht dumm und weiß, daß die Interessen und Wünsche der vielen, die da in Bonn demonstrierten, mit den Absichten der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer Verbündeten unvereinbar sind. Nur: die sind kaum beeinträchtigt durch eine „Friedensbewegung“, die sich so lammfromm und versöhnlich zeigt wie am 10.6. auf den Rheinwiesen. So fiel es Reagan tags zuvor in seiner Rede vor dem Bundestag leicht, sich an die Spitze der „Friedensbewegung“ zu setzen: „Auch ich fühle mich jenen verbunden, die für den Frieden marschieren. Wäre ich überzeugt, daß Marschieren allein eine sichere Welt herbeiführen könnte, würde ich sogar die Parade anführen.“

Daß nun die Bourgeois glücklich über die CDU-Demonstration wenige

Tage zuvor waren, läßt sich auch nicht behaupten. So schwarz-rot-gold diese Veranstaltung auch war: Die Mobilisierung *für* ihre Expansionsziele, *für* den Krieg, den sie vorbereiten, ist nicht gelungen. Ob das biedere, vorwiegend kleinbürgerliche Publikum ihnen bedingungslos folgen würde, kann nach unserem Eindruck bezweifelt werden – Kohl jedenfalls hielt es für angebracht, den „Friedenswillen“ herauszustreichen. Leicht säuerlich kommentierte die „FAZ“ die vorherrschende Familienausflugs-Stimmung: „Ist all das eine Kirmes ...?“

So sind, auf unterschiedliche Weise, die „Friedensbewegung“ schlecht gerüstet und die CDU/CSU nicht gut ausgestattet. Das NATO-Bündnis ließ mit seiner Schlußerklärung keinen Zweifel, welchen „Frieden“ die Sowjetunion und die unterdrückten Klassen in den imperialistischen Ländern haben können. Unter dem Stichwort „wirkliche Entspannung“ und „friedlicher Fortschritt“ stieß das Bündnis weitreichende Drohungen gegen die Länder des Warschauer Paktes aus: daß jedenfalls diese die Menschenrechte nicht der Staaträson opfern dürften, daß sie freien Gedankenaustausch an die Stelle einseitiger Propaganda setzen müßten, daß sie die Freizügigkeit der Menschen zulassen müßten usw. Es, das Bündnis, unterstrich ausdrücklich den territorialen Anspruch der BRD auf die DDR und polnische und sowjetische Gebiete und beschwor die „wirtschaftliche und soziale Stabilität unserer Länder“, damit die hierzulande äußerst relative Wichtigkeit von Menschenrechten etc. klar bleibe.

Die bloße Angst vor dem Sterben, die gegenwärtig die „Friedensbewegung“ noch beherrscht, ist jedenfalls der blutigen Entschlossenheit der in der NATO verbündeten Imperialisten nicht gewachsen. Mit ihrem versöhnlichen „Ja, aber“ – man ist gegen die NATO, aber auch gegen den Warschauer Pakt, man ist gegen den imperialistischen Krieg, aber nicht gegen den imperialistischen Frieden – wird die „Friedensbewegung“ nicht verhindern können, daß sie als Kanonenfutter eingeplant – und eingesetzt wird. Ausgesprochen ermutigend war, daß nach Angaben der ARD über 10000 auf der Demonstration der Marxistischen Gruppe, die auch vom BWK unterstützt wurde, ihre Gegnerschaft gegen NATO und imperialistische Kriegsallianz ohne jedes Wenn und Aber unterstrichen.



Bonn, 10.6. Demonstration der Marxistischen Gruppe „gegen den NATO-Imperialismus und die „deutsch-amerikanische Kriegsallianz“



Bonn, 10.6. Unter den 350000 auch Soldaten der Bundeswehr



Westberlin, 10.6. Rund 60000 demonstrierten. Einige von ihnen brachten zum Ausdruck, wie sie zur Losung „Für den Frieden“ stehen

Krankenpflegegesetz ÖTV lehnt reaktionären Neuentwurf ab

Die Ausbildung in den Krankenpflegeberufen soll europäischen Maßstäben angepaßt werden. Das wird mit einem entsprechenden Europäischen-Übereinkommen von 1967 verlangt. Seit zehn Jahren versucht die Bundesregierung, das Krankenpflegegesetz (KrPflG) von 1965 dementsprechend zu ändern. Im April 82 hat sie ihren neuesten Gesetzentwurf vorgelegt. Die ÖTV lehnt diesen Entwurf ab: Er erfüllt nicht ihre Anforderungen nach Qualitätsverbesserung der Ausbildung und sichert nicht den arbeitsrechtlichen Status der Auszubildenden durch volle Anwendung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG).

Über 80 Jahre wird in der Gewerkschaft um Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für Pflegekräfte gekämpft, mit denen sie anderen abhängig Beschäftigten gleichgestellt wären. Daneben setzten sich von Mutterhäusern losgelöste, sog. Freie Schwestern für die Anerkennung der Krankenpflege als Beruf ein. Sie forderten für sich Bedingungen, die sie als Voraussetzung zur Erfüllung ihres Auftrages in der Krankenpflege ansahen. Als es schließlich 1907 im preußischen Staat zu einer ersten Ausbildungsordnung kam, kommentierten Schwesternverbände wie der vom Roten Kreuz arrogant: „Daß die Staatsprüfung das Niveau der ‚wilden‘ Pflegerinnen im allgemeinen gehoben hat, wird dankbar anerkannt; ob sie aber für die ‚Schwestern‘ und insbesondere unsere Verbandschwestern die Umstände und Kosten lohnt, scheint fraglich.“

Auf die von gewerkschaftlich und berufsmäßig organisierten Pflegekräften erkämpften Verbesserungen hin meldeten auch Mutterhäuser u.ä. Schwesternschaften ihrerseits Forderungen beim Staat an. Daß im neuen Gesetzentwurf mit einem Paragraphen dreizehn andere, die im wesentlichen Pflichten des Auszubildenden und Rechte der Auszubildenden enthalten, außer Kraft gesetzt werden, wenn die Auszubildenden „Mitglieder geistlicher Gemeinschaften oder Diakonissen oder Diakonieschwestern sind“ (Entwurf, §26), kommt aus dieser Ecke.

Die Bundesregierung nutzt die Engstirnigkeit von Berufsverbänden, mit der diese die in der Krankenpflege Beschäftigten durch eine überzogene Berufsethik von anderen Lohnabhängigen abspalten. Abweichend vom BBiG enthält der Entwurf z.B.: eine Probezeit von 4 statt höchstens 3 Monaten, höchstens 12 Wochen Fehlzeiten in 3 Jahren und Vollendung des 17. Le-

bensjahres bei Beginn der Ausbildung. Praktische Ausbilder mit entsprechender Qualifikation und Qualifikationsmerkmale für Unterrichtsschwestern sind nicht beschrieben.

Trotz großer Jonglierkünste ist es der Bundesregierung nicht gelungen, aus den Widersprüchen zwischen Gewerkschaften, Berufs-, konfessionellen und Wohlfahrtsverbänden als Gewinner hervorzugehen. Alle, Gewerkschaften und Verbände, lehnen den Entwurf ab. Den Verbänden sind noch zu viele Elemente beruflicher Bildung enthalten und die ÖTV fordert, „nicht länger an überholten Strukturen und Traditionen festzuhalten, sondern die Qualität der Ausbildung in der Krankenpflege endlich zu verbessern“ und mit der vollen Anwendung des BBiG eine Eingliederung der Krankenpflegeausbildungen in das bestehende Bildungssystem der BRD und damit Abschaffung des Sonderstatus der Auszubildenden in Krankenpflegeberufen. Abgesichert werden sollen so Ausbildungs- bzw. Arbeitsbedingungen und das Vertretungsrecht durch Personal- oder Betriebsrat.

Reformismus

Zur Bewertung der Politik Heinz Klunckers

Dann und wann zieht sich ein langgedienter Gewerkschaftsfunktionär zurück, und bei den betroffenen Mitgliedern keimt die Hoffnung, es käme was Besseres nach. Das ist im Falle Heinz Klunckers nicht so. Die offizielle Presse übt sich in der Kunst freundlich verpackter Hinterhältigkeiten. Wie gehässig? So, daß wie auf Vereinbarung niemand die Hoffnung auf eine Genesung des schwer Erkrankten auszusprechen nötig fand, ein denkwürdiges Ereignis in einer so dick aufgeschmierten auf menschliche bedachten Gesellschaft. Aus der Presse zusammengeklaut, was letztlich hängenbleibt: Nach der Bildzeitung ist Kluncker selber schuld in seiner Krankheit, er habe sich beim Essen nicht beherrschen können und vollen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung sagt, auch von seinen Vorgesetzten sei er eher gefürchtet als geschätzt worden, ein Zug von Maßlosigkeit habe seinen Stil gekennzeichnet. Der Spiegel sagt, er habe trotz seiner labilen Gesundheit nie daran gedacht, in seiner 18jährigen Amtszeit einen Nachfolger heranzuziehen. Klar, das ist bei Diktatoren immer so. Andere Zeitungen halten mehr an sich, im Ganzen ist die bürgerliche Öffentlichkeit froh, Heinz Klunckers ledig zu sein, und hofft, es möge dies so bleiben.

Der Zeitraum, in dem Heinz Kluncker die Geschäfte der ÖTV führte, umfaßt einen wechsellvollen Abschnitt der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in der BRD, zu dessen Beginn die Illusionen über die Annehmlichkeit des Adenauer-Kapitalismus schwanden und neue, fast uferlose über die Reformierbarkeit des Kapitalismus unter einer SPD-Regierung entstanden. Kluncker hing einer sehr bestimmten Vorstellung über die reformerische Entwicklung des Kapitalismus an. Er hat nicht sehr viel geschrieben, sprach aber für viele, und oft sehr deutlich.



Streikbewegung 1974: Beschäftigte der Mannheimer Nahverkehrsgesellschaft

Die Vorstellungen, die damals in der ÖTV gang und gäbe waren, ruhten auf folgenden Überlegungen: Wenn der öffentliche Dienst so wächst, wie er geschichtlich wächst (und besonders in dieser Zeit gab's ja einen richtigen Wachstumsschub), zeigt das nicht deutlich die Grenzen, die dem privaten Wirtschaften gesetzt sind? Aus jener Zeit existieren Dokumente, die in Gedanken der Einverleibung immer weiterer Wirtschaftsbereiche in Regie der öffentlichen Hand geradezu schwelgen. Und zweitens, verliert nicht der Staat bei Gelegenheit dieses Geschehens zunehmend seinen hoheitlichen Charakter, verwandelt sich zuerst in ein Dienstleistungsunternehmen und sodann in eine demokratische Einrichtung zur planvollen Erledigung von wirtschaftlichen Aufgaben? Zusammengefaßt wurzelte Heinz Klunckers politische Strategie auf der Überlegung, der öffentliche Dienst erledige Wirtschaftstätigkeiten, und zwar planmäßig, er wachse, wie ja zu sehen sei, andauernd weiter. Es fehle ihm allerdings an rechtlichen Möglichkeiten, die Vorstellungen der unmittelbar betroffenen Arbeiter und Angestellten zu realisieren. Die Möglichkeiten zur Einführung einer weitreichenden Mitbe-

stimmung seien jedoch unter der Bedingung einer SPD-Regierung ausgezeichnet. — All dies sollte sich in kleinen Schritten abspielen, unauffällig, gemäß der objektiven Entwicklung. Man kann nicht sagen, daß diese Vorstellungen in den anderen Gewerkschaften auf Gegenliebe gestoßen wären. Für die Funktionäre der ÖTV, die ihnen verhaftet waren, boten sie jedoch einen Ausgangspunkt zu oft recht heftiger Kritik an Zuständen der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Doktrin besagt nämlich immerhin, daß der privat wirtschaftende Kapitalist ein mächtiges, aber doch zum Aussterben verurteiltes Ungeheuer sei, etwa ein Tyrannosaurus.

Die Hoffnungen, die sich nach Regierungsübernahme durch die SPD/FDP-Koalition aus alledem ableiteten, zerbrachen. Zunächst fand keineswegs irgendetwas in Richtung Umkehrung des Staatsapparates aus einem hoheitlichen in ein dienstleistendes Unternehmen statt. Das Wachstum der öffentlichen Dienste konzentrierte sich in Aufstockung von Polizei und Bundesgrenzschutz. Politisch wurde durch die Berufsverbotskampagne der SPD, immerhin leitete Brandt die Angelegenheit ein, der hoheitliche Charakter des Staatsapparates hervorgekehrt und geltend gemacht. An irgendeine sachliche ausufernde Mitbestimmung war überhaupt nicht gedacht. Vielmehr blieb das Personalvertretungsrecht, welches in vielen Punkten eine Entrechtung selbst gemessen am Betriebsverfassungsgesetz darstellt.

In dieser Krise sozialdemokratischer Vorstellungen tat sich 1974 ein Scheideweg auf. Heinz Kluncker beschloß, am rechten Rand des linken Pfades zu wandeln. Er war für Sicherung der Lebenslage jener, die mit Löhnen vegetieren müssen, die nicht ausreichen. Es kam zum Streik 1974. Das Ergebnis dieses Streiks ist heute noch spürbar: Schlechtgezahlte Arbeiten sind im öffentlichen Dienst besser bezahlt als in der freien Wirtschaft. Frauen verdienen im öffentlichen Dienst relativ besser als Frauen in der Industrie. Da die Überlegung vom unvermeidlichen Wachstum der öffentlichen Dienste aber falsch war, sah sich die ÖTV der Drohung und Praxis der Reprivatisierung ausgesetzt.

Den gewöhnlichen Weg des Erkaufs politischer Rechte durch unverbrüchlich gehaltenes Versprechen des Nicht-Gebrauches beschritt die ÖTV, auch diesmal unter der Führung Heinz Klunckers, im letzten Jahr. Sie rettete das Tarifrecht und ließ die Tarife zurück. Damit wechselte Heinz Kluncker auf die linke Seite des rechten Entwicklungspfad des sozialdemokratischen Politik. Immerhin: Liebe zum Kapitalismus war und bleibt ihm, hoffentlich noch lange, fremd.

Der Malwinen-Krieg wird teuer für die britischen Arbeiter – „Friedensbewegung“ ohne Opposition gegen Aggressionskrieg

Auf jeden Fall könne man aus dem Falkland-Konflikt lernen, daß es in Großbritannien ein gesundes Nationalgefühl gebe, das hierzulande oft unterschätzt werde, sagte CDU-Vorsitzender Helmut Kohl vor drei Wochen anerkennend auf einer Veranstaltung zum „Dialog mit der Jugend“ in Köln. Die Betonung der angeblichen nationalen Einheit hinter der Regierung Thatcher bei ihrer Aggression gegen Argentinien ist ein Lieblingsthema der westdeutschen Kriegsberichterstattung aus London.

Die Gewerkschaftsbeschlüsse gegen die Truppenentsendung und für einen Waffenstillstand, die Demonstrationen an drei Sonntagen in London (mit jeweils mehreren tausend Teilnehmern) werden dabei verschwiegen. Ein gutes Beispiel für die Presselügen ist die Berichterstattung über die Nachwahl im Wahlkreis Merton am 3. Juni. „Falkland ist gut für Wahlsiege“, überschrieb die „Welt“ ihren Bericht. Die konservative Partei gewann die Nachwahl. „Es war nicht nur ein Erfolg für die Kandidatin Angela Rumbold, son-



„Jobs, keine Bomben“ – Demonstration der CND am 6. Juni in London

dern für Margaret Thatcher.“ Angela Rumbold erhielt 13306 Stimmen – das sind 7744 *weniger* als bei der letzten Wahl 1979, bei der sie verlor. Die Wahlbeteiligung lag diesmal bei 48,75%. Ein Stimmenrückgang um ein Drittel – wirklich eine großartige „Bestätigung der harten Haltung zur Falkland-Frage“, die der „Kölner Stadtanzeiger“ gesehen haben will.

Und doch steckt etwas Wahres hinter diesen Lügen. Denn möglich sind sie überhaupt nur, weil der britische

Imperialismus seit acht Wochen im Südatlantik einen blutigen, ungerechten Aggressionskrieg führt, *ohne daß sich eine starke Bewegung der britischen Arbeiter dagegen erhoben hat.*

Diese beunruhigende Tatsache bestätigte sich am 6. Juni. Mehr als 230000 Demonstranten beteiligten sich an einem Marsch der Kampagne für nukleare Abrüstung (CND) anlässlich des Reagan-Besuchs in London. Die Demonstration richtete sich vor allem gegen die Stationierung von Cruise Missiles in Großbritannien und gegen die Neuausrüstung der britischen Atomraketen-U-Boote – nicht gegen den imperialistischen Krieg, den die Regierung Thatcher gerade führt. Sogar Tony Benn vom linken Flügel der Labour-Partei, dem man zugute halten muß, daß er von Anbeginn gegen die Entsendung der Flotte war und zu Demonstrationen dagegen aufrief, erwähnte in seiner Rede auf der CND-Kundgebung den Malwinen-Krieg nur nebensächlich.

Die Probleme der britischen Arbeiterbewegung bei der Bekämpfung der Aggression gegen Argentinien haben ihre Wurzeln in ihrer „Friedenspolitik“ in den letzten Jahren.

Die größte Organisation gegen die Kriegsvorbereitung ist die Kampagne für Nukleare Abrüstung (CND), der sich mehrere Gewerkschaften angeschlossen haben, d.h. alle ihre Mitglieder sind Mitglieder der CND. Von der Labour-Partei bis zu revolutionären Gruppen arbeiten politische Organisationen in der CND. Aber die CND richtet sich ausdrücklich nur gegen die nukleare Aufrüstung und die Stationierung von US-Atomwaffen. Entsprechend rief die CND zu der Demonstration am 6. Juni vor allem unter der Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa auf. Mehrere Labour-Parlamentsabgeordnete, die der CND nahestehen, brachten am 4.3. im Unterhaus ein Gesetz ein, nach dem „es verboten ist, daß nukleare Waffen, die von einem anderen Land besessen und kontrolliert oder gemeinsam kontrolliert werden, in Großbritannien stationiert sind“. Die CND hatte erst im letzten Jahr die Schottische Kampagne gegen Trident (die neue Atomrakete) gegründet.

Diese Beschränkung auf den Kampf gegen Atomwaffen – vor allem gegen amerikanische – zeigt jetzt ihre reaktionäre Seite. Schließlich führt die Thatcher-Regierung ihre Aggression

gegen Argentinien gerade mit Waffen durch, gegen die die CND *nicht* antritt. Unter dem Druck der Falkland-Hysterie ließen sich Führer der CND wie Bruce Kent zu Äußerungen bewegen, wonach „die Mitglieder der CND die wahren Patrioten“ sind.

Faktisch liegt die CND damit auf einer Linie mit den Teilen der Tory-Partei, die gegen das teure Nuklearprojekt sind und stattdessen lieber die konventionelle Marine und die Armee ausgebaut sehen wollen, man sehe jetzt ja, wozu das nütze.

Die Haltung des Gewerkschaftsbundes TUC ist nicht viel fortschrittlicher. Auf seinem letzten Kongreß beschloß er, von der Labour-Partei die Aufnahme der folgenden Forderungen in ihr Wahlprogramm zu verlangen:

- Sofortige Schließung aller britischen Atomwaffenbasen,
- Vollständige Gegnerschaft zu einer britischen Verteidigungspolitik, die auf dem Einsatz von Atomwaffen beruht,
- Senkung der Rüstungsausgaben,
- Regierungsunterstützung für die Schaffung anderer Arbeitsplätze für



Streikposten der Krankenhausbeschäftigten, Anfang Juni, Birmingham

diejenigen, die wegen dieser Politik ihre Arbeitsplätze verlieren“.

Auch dieser TUC-Beschluß legt das Hauptgewicht auf die Atomwaffen, und er greift in keiner Zeile an, daß die Zwecke der Aufrüstung nicht die Zwecke der arbeitenden Klassen, sondern der Kapitalisten sind.

Die Taktik der konservativen Partei und der Regierung bestand zu Beginn der Aggression darin, Großbritannien als Verfechterin der Freiheit gegen eine faschistische Diktatur darzustellen, als

Vorkämpferin für das Selbstbestimmungsrecht der „Falkländer“. Thatcher erklärte im Parlament als Prinzipien ihrer Politik: „Man darf nicht zulassen, daß eine Aggression Erfolg hat, internationales Recht muß aufrechterhalten bleiben, die Souveränität darf nicht durch Invasion verändert werden, und die Freiheit der Falkländer muß wiederhergestellt werden.“ Begleitet wurden die Rechtfertigungen der Regierung von Vergleichen mit dem 2. Weltkrieg, dem Kampf gegen Hitler, der schließlich auch nötig und gerecht gewesen sei. Möglich war diese Rechtfertigung nur, weil bis heute in der britischen Arbeiterklasse die Vaterlandsverteidigung im 2. Weltkrieg als gerechte Sache angesehen wird.

Michael Foot, der parlamentarische Vorsitzende der Labour-Partei und ein

früheres Führungsmitglied der CND, konnte sich Thatcher bei diesem Argument voll anschließen. Am Tag, als die Flotte auslief, sagte er: „Ich bin internationaler demokratischer Sozialist und glaube daran, die Demokratie in der ganzen Welt zu schützen. Die argentinische Diktatur hat Zehntausende in Gefängnisse eingesperrt und gefoltert. Wenn Diktatoren in Argentinien oder sonstwo zu der Schlußfolgerung kommen, daß sie jemandem sein Territorium wegnehmen können und dabei ungestraft wegkommen – das würde doch die Welt noch viel gefährlicher machen.“

Mit dieser chauvinistischen Linie setzte sich Foot in der Labour-Führung durch. Am 26. Mai kam es im Präsidium zu einer Kampfabstimmung, die Foot mit 15 zu 9 Stimmen

gewann. Neun Mitglieder unterstützten eine Resolution, die für die UN-Friedensvorschläge und einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand eintraten.

Foot konnte sich so glatt durchsetzen, weil seine Haltung mit keinem Beschluß der Labour-Partei, der CND oder des TUC zusammenstieß – denn keiner dieser Beschlüsse behandelt die Frage des Krieges als Frage der Interessen, die die Bourgeoisie damit verfolgt, und keiner dieser Beschlüsse tritt für eine Niederlage der eigenen Bourgeoisie ein.

Aber diese Beschlußlage bzw. der politische und ideologische Zustand der Arbeiterbewegung, den sie ausdrückt, macht auch den Gegnern des Krieges erhebliche Schwierigkeiten. Zunächst sprachen alle von einem

Dokumente westdeutscher und westeuropäischer Gewerkschaften zum Malwinen-Krieg

Im folgenden habe wir einige Erklärungen und Artikel westeuropäischer Gewerkschaften zum Malwinenkrieg zusammengestellt. Auch wenn diese Zusammenstellung keinesfalls den Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann – wichtige Gewerkschaften wie die französischen, italienischen, griechischen, spanischen oder portugiesischen Gewerkschaften fehlen –, so schlagen sich darin doch typische Positionen nieder, wie sie gegenwärtig vor allem von sozialdemokratischen Vertretern in den Gewerkschaften vertreten werden. Die Dokumente sind – mit Ausnahme des letzten – erschreckend. Kein Wort zu den von der EG verhängten Sanktionen gegen Argentinien, kaum ein Wort zu der Unverschämtheit des Anspruchs aller in der EG vereinten westeuropäischen Imperialisten auf die Malwinen und die umliegenden Gewässer. Wo wollen solche Leute enden, wenn sie schon bei dieser Straf-, Rückeroberungs- und Niederwerfungsexpedition *aller* westeuropäischen Imperialisten gegen Argentinien mit einer derart „souveränen“ Geste es fertig bringen, auch nicht den Funken eines Gedankens auf die *Interessen* zu verwenden, die ihre jeweils *eigene* herrschende imperialistische Ausbeuterklasse in diesem Krieg verfehlt? Geschweige denn darauf, wie diesen Interessen entgegengetreten und dieser imperialistischen Kriegsexpedition eine Niederlage bereitet werden könnte? Wäre es nicht insbesondere für die westdeutschen Gewerkschaften besser, statt über die „Absurdität“ dieses Krieges und seine angebliche „Ablenkungsaufgabe“

von den inneren Widersprüchen sich zu ergehen, ihn zum Anlaß zu nehmen, den Territorialansprüchen und „Wiedervereinigungs“-zielen der westdeutschen Finanzbourgeoisie um so entschiedener entgegenzutreten, jetzt, wo der Übergang von solchen scheinbar antiquierten Ansprüchen in einen blutigen imperialistischen Krieg offenbar schneller geschehen kann, als mancher sich das hat träumen lassen?



Port Stanley nach einem britischen Luftangriff

IG Metall: „Es wäre wohl verfehlt, der Regierung Thatcher generell unlautere Motive vorzuwerfen.“

„... Makaber einfach erschien es für die Regierenden im Pampa-Staat zu sein, von der schweren Wirtschaftskrise abzulenken. Selbst Leute, die gegen Gewaltherrschaft und von oben fabrizierten Hunger gekämpft hatten, schie-

nen den Militärs gegenüber milde gestimmt nach der Anzettelung des Kriegsabenteuers. Erklärungen dafür sind schwierig. Eine Rolle mag der Mangel an Erfolgserlebnissen spielen, den die Argentinier seit mehr als einem Vierteljahrhundert mit sich herum-schleppen ...

Thatchers Hämmer ... Parolen wie ‚Wir geben Diktatoren nicht nach‘ oder ‚Aggression darf nicht belohnt werden‘ dienten mit ihrer ans 19. Jahrhundert erinnernden Wortwahl der Rechtfertigung eines ehernen Grundsatzes. Des Grundsatzes von der absoluten Unverletzbarkeit britischen Territoriums auf der Welt. Ein Prinzip, daß Margret Thatcher genauso un-nachgiebig zu verfolgen scheint wie innenpolitisch beispielsweise ihren wirtschaftspolitischen Katastrophenkurs ... Es wäre wohl verfehlt, der Regierung Thatcher generell unlautere Motive vorzuwerfen. Noch nicht einmal Oppositionspolitiker wollten bisher so weit gehen, wenn man einmal von Tony Benn absieht, der Margret Thatcher verdächtigte, von Anfang an eine militärische und keine politische Lösung des Konflikts anzustreben ...“ (Metall 10/82 vom 12. Mai 1982)

IG Druck und Papier: „Schwerer wiegt, daß für Großbritannien die Demokratie streitet.“

„... Was in der hiesigen Berichterstattung leicht unter den Tisch fällt: Die Falkland-Inseln stehen Argentinien zu. Großbritannien hat sie vor 150 Jahren besetzt und sich einverleibt. Dies war schon damals völkerrechtswidrig; daran hat sich bis heute nichts geändert. Offenkundig fällt es auch hierzulande immer noch schwer, mit der Beendigung kolonialer Beutepolitik fertig zu werden. Sicher, der gewaltsame Handstreich der Invasion durch argentinisches Militär ist gleichfalls nicht gerechtfertigt, solange die Möglichkeiten

„verrückten Krieg“, den Thatcher wie Galtieri anzettelte, um von internen Problemen abzulenken.

„Bei dem Krieg geht es nicht um das Schicksal der Inselbewohner, sondern um einen Krach zwischen zwei sehr unpopulären Regimes über koloniale Besitzungen, in beiden Fällen, um ihr wankendes Regime aufzudonnern“, schrieb am 9. April der „Labour Herald“, der aber „Widerstand gegen die Tory-Kriegspläne“ forderte.

Verschiedene Gewerkschaften sprachen sich für einen Waffenstillstand und den Rückzug der Truppen aus, so der schottische TUC (der den Rückzug der britischen und argentinischen Truppen forderte). Ähnlich die Gemeinde-Angestelltengewerkschaft NALGO, die Druckergewerkschaft SOGAT

und die Gewerkschaft der Ladenbeschäftigten. Gegen die Überstundenarbeit für die Falkland-Flottenausrüstung äußerte sich Ken Gill, Generalsekretär der Angestelltengewerkschaft TASS (Metallbereich). „Der Ausbruch von Chauvinismus wegen der Falkland-Inseln wird dem britischen Volk teuer zu stehen kommen“, sagte Gill. „Es ist beschämend, daß die, die für Frieden sind, von denen Verräter genannt werden, die Waffen an die argentinischen Faschisten verkaufen.“ Ein Mitglied des Vorstandes der Gewerkschaft der Handelsmarine-Offiziere forderte in einer Resolution (die nicht angenommen wurde), daß Mitglieder der Gewerkschaft nicht auf beschlagnahmten Handelsschiffen in den Südatlantik fahren. „Sie sind alle freiwillig da bei den Falklands, aber ihre

Alternative ist die Arbeitslosigkeit“, sagte er.

Es dauerte mehrere Wochen, bis sich Stimmen Gehör verschafften, die sich ausdrücklich für die Souveränität Argentiniens einsetzten. So schrieb der erst vor kurzem neu gewählte Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft NUM, Arthur Scargill: „Großbritannien hat überhaupt kein Recht, auf die Souveränität über die Inseln Anspruch zu erheben, die 15000 km von London entfernt sind. Man will uns als Kanonenfutter in einem internationalen Konflikt verwenden, der allein auf diplomatischem Weg gelöst werden kann durch Verhandlungen. Die Streitkräfte hätten niemals geschickt werden dürfen, die britischen Truppen müssen sofort zurückgezogen werden. Das Problem muß über die UNO gelöst

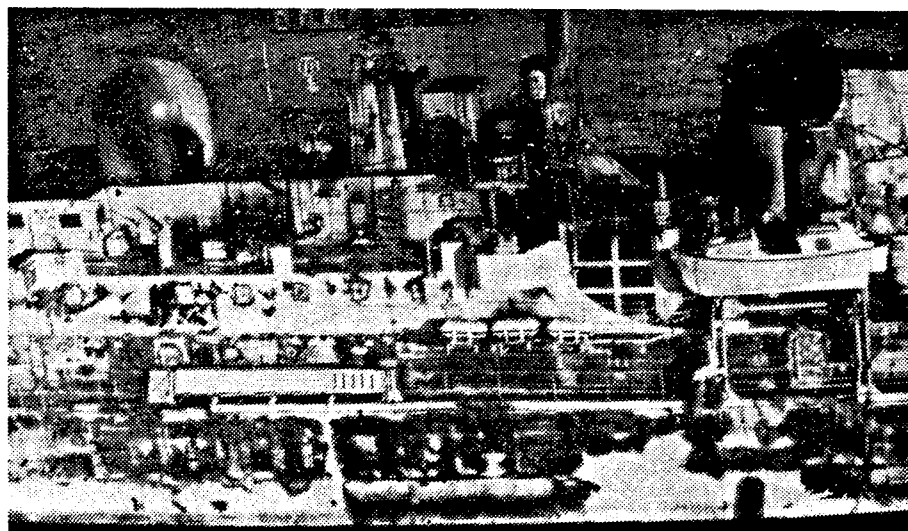
einer friedlichen Konfliktlösung nicht erschöpft sind ... Schwerer wiegt, daß für Großbritannien die Demokratie streitet. Den betroffenen Einwohnern der Inselgruppe ist es schlechterdings nicht zuzumuten, unter die Herrschaft einer Militärdiktatur zu geraten. Doch wie wäre es mit dem Angebot der britischen Regierung, die Inseln abzutreten, sobald in Argentinien demokratische Verhältnisse eingekehrt sind?“ (Detlef Hensche in: Druck und Papier 8/82)

ABVV, Belgien: „Arbeitsweise von starken Regimes“

„Der Vorstand drückt seine Besorgnis aus über die Folgen, die der Falkland-Konflikt zwischen Argentinien und Großbritannien haben kann. Der Vorstand erkennt darin deutlich die Arbeitsweise von starken Regimes – einer extrem rechten Diktatur in Argentinien, einer reaktionären Regierung in Großbritannien –, deren Methoden und Auftreten den Weltfrieden bedrohen.“ (Erklärung des Vorstands des belgischen Gewerkschaftsbundes ABVV in „De Werker“ vom 8.5.82)

FNV, Niederlande: „Ein wenig energischer Standpunkt der britischen Gewerkschaftszentrale TUC“

„Eine friedliche Lösung unter UN-Verwaltung, die den Wünschen der Bewohner Rechnung trägt und durch die die Gewerkschaftsrechte respektiert werden. Das ist die Meinung der britischen Gewerkschaftszentrale TUC zur Falkland-Krise. Ein wenig energischer Standpunkt, der dann auch der Niederschlag der schwierigen Lage ist, in die der TUC mit der Falkland-Krise hineingeraten ist ... alle Hinweise auf Möglichkeiten, das Geld im eigenen Land einzusetzen, um aus der ökonomischen Misere zu kommen, wecken Stürme der Empörung. „Und dem haben sie als Gewerkschaftsbewegung Rechnung zu tragen“, erklärte ein



Der ausgebrannte britische Zerstörer „Sheffield“

Sprecher des TUC. Die englische Gewerkschaftsbewegung hat eine bedeutende Rolle in dem Konflikt gespielt. Wochenlang konnten die englischen Fernsehzuschauer nur Archivbilder von all dem imposanten Kriegsgerät sehen. Die Gewerkschaft ACTT des Filmpersonals hatte sich geweigert, an der Verarbeitung des Bildmaterials mitzuwirken. Weil die Mannschaften auf den Schiffen aus Militär und Zivilisten bestanden, aber kein Gewerkschaftler dabei ist. Dieser Konflikt ist inzwischen beigelegt.“ (Niederländischer Gewerkschaftsbund FNV in „De Vakbondskrant“ vom 13.5.82)

Labour-Parlamentsmitglied: „Das tatsächliche Opfer ist die Arbeiterklasse.“

„Ich schlage in keiner Weise vor, daß wir die Junta unterstützen sollten, obwohl, aus geschichtlichen Gründen, die Falkland-Inseln wirklich zu Argentinien gehören müssen ... Ich und verschiedene andere linke Parlamentsabgeordnete waren der Meinung, daß der

Generalrat des TUC den CGT (den argentinischen Gewerkschaftsbund) einladen sollte, eine Delegation in dieses Land zu schicken, um die Solidarität zwischen den britischen und den argentinischen Arbeitern zu diskutieren und aufzubauen ... Bedauerlicherweise hat der Generalrat des TUC oder wenigstens der Sekretär des Generalrats noch nicht einmal angedeutet, daß er ein solches Schreiben erhalten hat ... Der britische Kapitalismus ist in der Offensive und offenbar dabei, einen Mini-Krieg zu gewinnen. Aber die tatsächlichen Verlierer, das tatsächliche Opfer ist die Arbeiterklasse, ob in Uniform oder ohne Uniform ... wir sollten unsere Kräfte vereinen und versuchen, eine Einheit der Linken aufzubauen, so daß wir die Arbeiterklasse in den wirklichen Kampf gegen die Tories (Konservative Partei) führen können.“ (Ron Brown, Labour-Parlamentsmitglied, in der Zeitung „Socialist Organiser“ vom 3.6.82)

EG: Kolonialistisch von Anfang an

Mit den Artikeln 131 ff und dem Artikel 227 der Römischen Verträge vereinbarten die EG-Gründerstaaten die Anwendung der Verträge auch auf die überseeischen und europäischen Gebiete, „deren auswärtige Beziehungen ein Mitgliedstaat wahrnimmt“ und für die keine Ausnahmeregelungen vorgesehen sind. Bei Gründung verfügten die beteiligten Imperialisten damit über den ungehinderten Waren- und Kapitalzugang in ein Kolonialreich, daß 1957 noch 14 Mio. km² und 52,55 Mio. Menschen umfaßte. Das Territorium war größer als das der EG-Mitgliedstaaten mit zusammen 1,16 Mio. km² und 161,3 Mio. Menschen. Über die Hälfte Afrikas war so dem „EG-Territorium“ einverleibt.

Die westdeutschen Imperialisten ergriffen die Gelegenheit, die kolonialen Verluste aus der Niederlage im ersten Weltkrieg wettzumachen. Sie begannen auf der Stelle, die Vorteile des EG-Vertrages zu nutzen und sich in den belgischen, französischen, ita-

lienischen und niederländischen Kolonien umzutun. Die Anbindung an das „EG-Territorium“ konnte den Befreiungskampf der Völker gegen die koloniale Vorherrschaft jedoch nicht schwächen. Von 1957 bis 1960 errangen 19 der insgesamt 57 Kolonien, die zum „EG-Gebiet“ zählten, die Unabhängigkeit. Sogleich erklärte die Bundesregierung, daß die EG eine neue Politik einschlagen und neokoloniale Infiltration vorbereiten müsse: „Die rasche Entwicklung in Afrika, die eine große Zahl ehemals abhängiger Gebiete zu voller Souveränität geführt hat, macht für diese eine neue Definition des Verhältnisses dieser Länder zur Gemeinschaft notwendig.“

Die EG erzwang den Vertrag von Jaunde, der 1964 in Kraft trat und in dem die beteiligten Imperialisten durchsetzen konnten, daß sie trotz Entkolonialisierung auch weiterhin ungehinderten Waren- und Kapitalexport betreiben konnten. Sogar die EGKS führte „ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Prospektierung, der Untersuchung der Verwendungsmöglichkeiten der Vorkommen ...“ fort. Abgelöst wurde dieser Vertrag erst mit dem Abkommen vom Lomé 1975, dem inzwischen

71 Staaten Afrikas, des Pazifik und der Karibik angehören.

Nach wie vor reicht das „EG-Territorium“ weit über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinaus. Mit dem Beitritt Großbritanniens sind weitere überseeische Gebiete hinzugekommen. Es umfaßt derzeit ein weltweites Netz von Insel- und Enklavenstützpunkten: Saint-Pierre, Miquelon, Réunion, Franz.-Polynesien, Bassas da India, Europe, Juan de Nova, Tromelin, Glorieux-Archipel, Guadeloupe, Martinique, Niederländische Antillen, Neukaledonien, Cayman-Inseln, St. Lucia, St. Vincent, St. Christoph, Nevis, Anguilla, Bermuda, Brit. Jungferninseln, Falkland-Inseln, mittlere und südliche Liniensinseln, Montserrat, Pitcairn, St. Helena, Turks-Inseln, Caicos-Inseln, Brunei und über 450 000 km² der Antarktis, auf die EG-Länder Anspruch erheben. Die übrigen Gebiete umfassen immer noch ein Territorium von 144 281 km² mit über 2 Mio. Einwohnern.

Quellenhinweis: Deutsche Politik 1960, Tätigkeitsbericht der Bundesregierung, Hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung; Europa-Archiv, Dokumente 1965; Der Fischer Weltatlas 1982; Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1973

werden ... Die Tories steigern den Chauvinismus zum Wahnsinn wie nie zuvor, und die kapitalistische Presse hilft ihnen dabei ... In den vergangenen Jahren haben wir am eigenen Leibe erlebt, was britischer Imperialismus für uns bedeutet. Ich habe gedacht, die Gewerkschaftsbewegung hätte daraus ihre Lehren gezogen.“

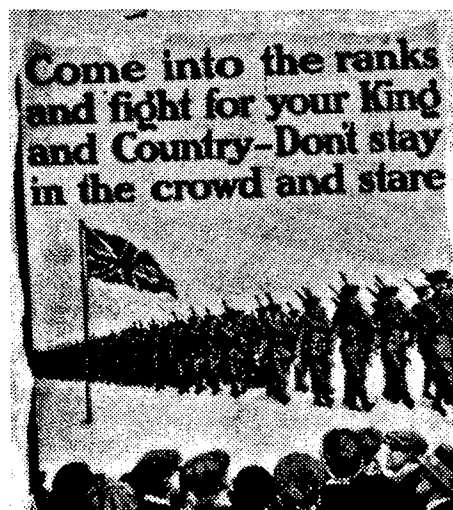
Aber diese Lehren hat sie eben nur zum kleineren Teil gezogen. Und außer revolutionären Organisationen wie der Revolutionary Communist League tritt in der Arbeiterbewegung zur Zeit niemand offen für die Niederlage des britischen Imperialismus in diesem Krieg ein.

Vor diesem Hintergrund kann ein ausgekochter Reaktionär wie Peregrin Worsthorne im „Sunday Telegraph“ behaupten, daß „alle Klassen sich zusammenschließen zu einem gemeinsamen Ziel“.

Daß dies nicht so ist, beweisen andere Nachrichten aus Großbritannien: Die Beschäftigten im Gesundheitswesen haben am 8. Juni einen zweiten allgemeinen Streiktag durchgeführt, und mehrere tausend Bergarbeiter unterstützten sie durch Solidaritätsstreiks und gemeinsame Streikposten. Die Eisenbahnergewerkschaft setzte ein Streikdatum fest, und Aktionen in den Häfen sind vorgesehen. Metallarbeiter bei Metal Box erstreikten einen Teilerfolg.

Die Reaktion heult „Verrat“. Die „Bild“-ähnliche Zeitung „Sun“ erklärt den Krankenhausarbeitern, „es gibt Dinge, die wertvoller sind als das Leben“. Das ist die gleiche Zeitung, die eine Rakete für die Falkland-Truppe stiftete und mit 10-cm-Schlagzeilen „Gotcha!“ (etwa: „Da ha'm wir Euch!“) schrie, als ein britisches U-Boot den argentinischen Kreuzer Admiral Belgrano versenkte und mehrere hundert Soldaten umbrachte.

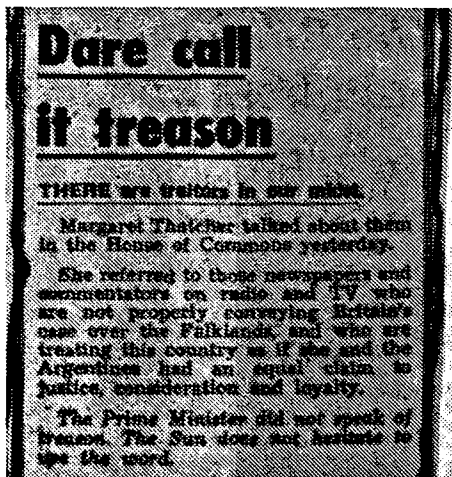
Wenn die Bourgeoisie behauptet, sie habe einen Burgfrieden erreicht, lügt sie. Aber diese Lüge wird zur Waffe gegen die Arbeiterbewegung, wenn diese nicht gegen den Krieg selbst Stellung bezieht. Schon jetzt zeigt sich: Sollte die britische Regierung mit einem Sieg aus diesem Krieg herauskommen, wird das für die Arbeiterklasse teuer. Die „Daily Mail“ kündigte letzte Woche an: „Jetzt, wo Großbritannien Stolz mit der Flagge emporsteigt,



Mehrere hundert Tote verzeichnet die britische Armee im Südatlantik. Die Kapitalisten spenden in einen „Falkland-Fonds für die Angehörigen der Opfer“. Bild links: Vor August 1914, „Geh in die Armee und kämpf für König und Land“. Rechts: Nach 1919, „Bethnal Green – arbeitslose Ex-Soldaten“ demonstrieren. Aus: Socialist Worker, 5. Juni

wird niemand sie (Thatcher) noch stoppen können. Der Effekt für Margaret Thatcher persönlich könnte weitreichend sein. Die Episode (!) gibt ihr Recht und diskreditiert ihre Rivalen und Kritiker.“

Schon zu Beginn des Feldzugs ließ die Regierung durchblicken, daß zur Aufbringung der nötigen Kosten eine Sondersteuer nötig werde. Es wird nicht bei den einfachen Kriegskosten bleiben: Die Admiräle haben, unter



„Die SUN erklärt: Wir wagen, den Verrat beim Namen zu nennen. In unserer Mitte sind Verräter ...“ – Zeitungskommentar vom 7. Mai

Hinweis auf den Krieg im Südatlantik, erhebliche Ausbaupläne für die Marine gefordert, und kein Widerstand dagegen regt sich.

Auch wie mit der Opposition gegen die Hochrüstung verfahren werden soll, wird vorgeführt. Die Pressezensur ist zumindestens für die Falkland-Berichterstattung offiziell eingeführt. Wer nicht spurt, wie z.B. ein Nachrichtensprecher der BBC, der den Wahrheitsgehalt einer Mitteilung des Londoner Kriegsministeriums anzweifelte, wird öffentlich als „Verräter“ beschimpft und fertiggemacht.

Thatcher's Gesetzgebungsvorhaben wie das Tebbit-Gesetz, das eine weitere Einschränkung des Streikrechts vorsieht und die Gewerkschaften entrechtet, werden dann leichter passieren. Wie sich Thatcher die Durchsetzung solcher Gesetze vorgestellt hat, deutete sie durch die Ernennung des Chefs der nordirischen Folterpolizei RUC zum Londoner Polizeichef an.

Die Vorgänge in Großbritannien zeigen, wie hilflos eine Bewegung gegen den Krieg ist, wenn sie nicht Kriegsziele und Absichten ihrer eigenen herrschenden Klasse angreift und sich stattdessen auf eine Kritik an deren Waffen und an ausländischen Mächten beschränkt.

Quellenhinweis: Guardian, Financial Times, Times, Socialist Worker, Socialist Challenge, verschiedene Ausgaben

Dokumente der UNO und der OAS zu den Malwinen

Generalversammlung der UNO – Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker – Entschließung 1514 (XV) vom 14.12.60:

Die Generalversammlung

...
– in Anerkennung des leidenschaftlichen Verlangens aller unabhängigen Völker nach Freiheit sowie der ausschlaggebenden Rolle dieser Völker bei der Erlangung ihrer Unabhängigkeit,

– in Anbetracht der zunehmenden Konflikte, die aus der Verweigerung oder Behinderung des Freiheitsstrebens dieser Völker herrühren und die den Weltfrieden ernsthaft bedrohen,

...
verkündet feierlich die Notwendigkeit, den Kolonialismus in allen Erscheinungsformen schnell und bedingungslos zu beenden,
und erklärt zur Erreichung dieses Zieles:

...
5. Als baldige Schritte werden in den Treuhandgebieten, in den Hoheitsgebieten ohne Selbstregierung und in den übrigen noch abhängigen Gebieten unternommen, um alle Gewalt den Völkern dieser Gebiete ohne irgendwelche Bedingungen und Vorbehalte, im Einklang mit ihrem freigeäußerten Willen und Wunsch, ohne Unterschied der Rasse, des Glaubens und der Farbe zu übertragen, damit sie sich voller Unabhängigkeit und Freiheit erfreuen können.
...

Generalversammlung UNO – Die Frage der Falklandinseln (Malwinen). – Resolution 2065 (XX) vom 16.12.65:

Die Generalversammlung,
– nach Prüfung der Frage der Falklandinseln (Malwinen),

...
– in der Erwägung, daß ihrer Resolution 1514 (XV) vom 14.12.60 das ersehnte Ziel zugrunde lag, den Kolonialismus in jeder Form, auch wie er im Fall der Falklandinseln (Malwinen) in Erscheinung tritt, überall zu beenden,

...
1. fordert die argentinische Regierung und die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland auf, die von dem Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Ge-

währung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker empfohlenen Verhandlungen unverzüglich fortzusetzen, um eine friedliche Lösung des Problems zu finden, wobei die Bestimmungen und Ziele der Charta der Vereinten Nationen und der Resolution 1514 (XV) sowie die Interessen der Bewohner der Falklandinseln (Malwinen) zu berücksichtigen sind;

...

Resolution zur Situation im Südatlantik, gefaßt von der Organisation amerikanischer Staaten OAS, 29.5.82

...

das Treffen der OAS-Außenminister beschließt:

1. auf das Heftigste den ungerechten und unangemessenen bewaffneten Angriff Großbritanniens zu verurteilen ...

2. die ernste Forderung an das Vereinigte Königreich zu wiederholen, seine kriegerischen Akte gegen die Republik Argentinien sofort einzustellen und den sofortigen Rückzug seiner dorthin abkommandierten bewaffneten Truppen und die Rückkehr seiner Einsatzflotte in ihre normalen Stellungen anzuordnen.

...

5. die Regierung der Vereinigten Staaten zu drängen, die sofortige Aufhebung der gegen Argentinien ergriffenen Zwangsmaßnahmen anzuordnen und sich jeder Materialhilfe an das Vereinigte Königreich zu enthalten in Beachtung der Prinzipien der Solidarität in der Hemisphäre, anerkannt im interamerikanischen Bündnis über gegenseitige Hilfe.

6. die Mitglieder der EG und die anderen Staaten, die wirtschaftliche oder politische Zwangsmaßnahmen gegen Argentinien ergriffen haben, aufzufordern, diese sofort aufzuheben.

7. die Mitglieder des Rio-Paktes zu bitten, der Republik Argentinien die Hilfe zu geben, die jeder für angemessen hält, um Argentinien in dieser ernstesten Situation zu unterstützen, und sich jeder Aktion zu enthalten, die dieses Ziel gefährden könnte. Falls nötig, soll diese Unterstützung angemessen koordiniert werden ...

(eigene Übersetzung)

Quellenhinweis: UNO-Resolutionen, aus Vereinte Nationen 4/62 und 3/82; OAS-Resolution, argentinische Botschaft Bonn

ÖTV: Maßnahmen gegen Stellenbeseitigung

Gegen die „Beseitigung von Arbeitsplätzen“ bereitet die ÖTV in Nordrhein-Westfalen Maßnahmen vor. Bei einer Konferenz von 32 Personalratsvorständen in Bottrop wurde eine „breit angelegte Aufklärungskampagne“ zu den Sparmaßnahmen angekündigt. Nach Angaben der ÖTV beabsichtigen die Kommunen, kurzfristig die Zahl der Arbeitsplätze um 10% zu kürzen. Allein im ÖTV-Bezirk NRW II, dem die westfälischen Städte einschließlich Essen, Mülheim und Oberhausen angehören, müßten ca. 10000 Beschäftigte mit „dem Verlust ihrer Arbeitsplätze“ rechnen.

SPD-Landesparteitag gegen die IDEE

Noch vor der Großdemonstration am 15.5.82 gegen die „IDEE“ in Hannover hatte der Landesparteitag der SPD am 8./9.5.82 in Wolfsburg eine Entschliebung gegen die IDEE mit über 200 Delegierten des Parteitages einstimmig verabschiedet, in der sich gegen die Ausstellung von Waffenelektronik auf dem hannoverschen Messegelände, die

Am Dienstag morgen, den 7. Juni, standen alle 45 Busse der Celler Straßenbahn GmbH still, die ansonsten täglich 30000 Fahrgäste befördern. Die ÖTV forderte 6% mehr Lohn, die Celler Straßenbahn bot zuerst 3,2% und dann 3,6%. Das war zu wenig. In einer Urabstimmung sprachen sich 98,3% der 80 Belegschaftsmitglieder, davon 60 Busfahrer, für Streik aus. Die Geschäftsführung drohte mit Arbeitsplatzgefährdung. Nach 72stündigem Streik wurde folgendem Abschluß zugestimmt: 3,4% für die ersten, 4,1% für die restlichen sechs Monate.

IDEE, ausgesprochen wurde. Der Parteitag protestierte gegen diese Messe und appellierte an Landesvorstand, Landtagsfraktion und alle in den zuständigen Firmen tätigen Sozialdemokraten, in Zukunft alle Möglichkeiten zu nutzen, um derartige Ausstellungen in Hannover und anderswo zu verhindern. Mittlerweile ist bekannt, daß auf der kommenden Aufsichtsratssitzung der Messe AG Mitte Juli offiziell entschieden wird, ob man es für sinnvoll hält, die IDEE in der bisherigen Form und im Ort Hannover wieder stattfinden zu lassen oder nicht.



Urteil gegen T. Brückner

Heidelberg. Oberstaatsanwalt Johe hatte eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren gefordert, da „nur harte Urteile zu einer Beruhigung an der Universität führten, wie die letzten zwei Jahre der relativen Ruhe in Heidelberg gezeigt hätten.“ Am 2. Juni verurteilte die Große Strafkammer vor dem Landgericht Heidelberg unter Vorsitz von Richter Weidner den ehemaligen Fachschaftsvertreter T. Brückner. Die Strafe lautet wegen Landfriedensbruch sechs Monate Gefängnis auf Bewährung und 3000 DM Geldbuße, sowie wegen Land- und Hausfriedensbruch und Beleidigung Geldstrafe von insgesamt 18000 DM. Hintergrund der verurteilten Straftaten war die Auseinandersetzung um das Informationsverbot auf dem Mensagelände durch das Studentenwerk im Wintersemester 78/79. T. Brückner hatte u.a. gegen Polizeieinsätze aufgrund von Wandzeitungen protestiert.

Schornsteinfegerstreik beendet

Die 79 Schornsteinfeger aus 82 Bremer Betrieben haben ihren Streik beendet. Die Kapitalisten mußten der Forderung nach mehr Urlaub auch bereits 1982 wenigstens insofern nachgeben, als sie den 24.12. und 31.12. nicht mehr als „arbeitsfreie Tage“, sondern als zusätzlichen Urlaub gelten lassen müssen. Dies bedingt, daß diese Tage als Urlaubstage gezahlt werden müssen und bringt 44 DM mehr (brutto). Weiter erkämpften die Schornsteinfe-

ger, daß die Urlaubstage für 1983 von 23 auf 25 steigen – plus den beiden oben genannten Tagen; für 1984 sollen die Urlaubstage auf 27 und für 1985 auf 28 Tage gesteigert werden. Für die Jahre ab 1983 wurde eine Erhöhung des Kleidergeldes von 280 auf 310 DM durchgesetzt. Gleichfalls ab dieser Zeit wird das Weihnachtsgeld von bisher einem Bruttowochenlohn plus 350 DM auf einen Bruttowochenlohn plus 400 DM erhöht. In den neuen Bundestarifvertrag wurde eine Nachteilsverbotsklausel eingesetzt, die besagt, daß den Kollegen aus ihren Kampfmaßnahmen 1982 keine Nachteile entstehen dürfen. Dies bedeutet auch, daß die zum 1. April erfolgten fristlosen Kündigungen rückgängig gemacht werden mußten.

Streiks gegen AEG-„Sanierung“

Gelsenkirchen. Belegschaft und Betriebsrat des zum AEG-Konzern gehörenden Küppersbusch-Werkes erfuhren es aus der Presse: Bis Ende 1983 soll die Belegschaft um 600 Beschäftigte verringert werden, zumindest die zentrale Produktion von Kochmulden soll von Gelsenkirchen nach Rothenburg-Tauber verlegt werden. So sieht es das Konzept des AEG-Vorstandes zur „Bereinigung des Produktions- und Betriebsprogrammes“ vor. Gleich nach Bekanntwerden legte die Gelsenkirchener Belegschaft die Arbeit nieder, am Montag und Dienstag letzter Woche fanden erneut Streiks und Demonstrationen statt. Der AEG-Gesamtbetriebsrat hat Warnstreiks gegen das Konzept als Ganzes angekündigt.



Am 7.6.82 wurde beim letzten im Hafen Rotterdam bestreikten Betrieb wieder gearbeitet. Mit den über 4 Wochen dauernden Streikaktionen im Massengutbereich und für kurze Zeit auch im Containerbereich konnten die Arbeiter sich jedoch nicht durchsetzen (Bild: Streikposten vor Europort Container-Terminus ECT, dem größten Containerterminal der Welt). Statt Senkung des Alters für vorzeitige Verrentung von 62 auf 60 Jahre: Hafenarbeiter mit mindestens 58 Jahren können mit der Arbeit aufhören und erhalten 90% des letzten Nettolohnes bis zum Rentenantritt. Statt der geforderten 8 Tage Arbeitszeitverkürzung wurden nur 2 Tage erreicht. Verhandlungen über ein neues Schichtsystem mußte zugestimmt werden. Darüber hinaus wollen die Kapitalisten die Konti-Schicht auch im Massengutbereich einführen. Nach dem Ende des Streiks bei Swartouw und EMO legten ungefähr 230 vom technischen Personal kurzfristig die Arbeit nieder, als bekannt wurde, daß sie die 2 freien Tage nicht erhalten sollen. Die FNV hat diese Absicht als Betrug bezeichnet, weil der abgeschlossene Vertrag für alle Beschäftigten gilt.

Betriebsrat will neue MTM-Betriebsvereinbarung

Schweinfurt. Der 1981 neugewählte Betriebsrat hat auf den letzten Betriebsversammlungen scharfe Angriffe gegen die Zustände im MTM-Akkord geführt. Im März 1981 erklärte der BR, im MTM-Akkord bestehe ein dauernder Krisenzustand. F & S versuche, MTM zur Geheimwissenschaft gegen BR und Arbeiter zu machen. Der Vorstand weigere sich, die persönlichen Verteilzeiten zu erhöhen. Im März 1982 forderte der BR, die alte MTM-Betriebsvereinbarung von 1979 müsse den heutigen Bedingungen und den gemachten Erfahrungen angepaßt werden. Er lehne zwar nicht den MTM-Akkord grundsätzlich ab, aber seine Handhabung bei F & S. Im MTM-Akkord müssten 20–30% mehr Leistung gebracht werden, für nur ein paar Pfennige mehr. Wenn laufend neue zusätzliche Belastungen auftreten, würde eine gleiche Entlohnung aller dem nicht mehr gerecht. An modernen Maschinen, bei denen die unbeeinflussbare Zeit größer ist, läßt sich eine Leistungsbewertung wie bisher nicht durchführen.

Bis zum Herbst will der BR einen Vorschlag für eine neue MTM-Betriebsvereinbarung vorlegen. Die dabei anvisierten Ziele sind bisher nur grob benannt worden: Erhöhung der persönlichen Verteilzeiten z.B. von 4 auf 5%; Einführung stündlicher Erholungspausen; Erhöhung des MTM-Faktors, also eine Erhöhung der Akkordlöhne.

Fast ausnahmslos alle Akkordarbeiter bei F & S sind in der Tariflohngruppe 5 eingestuft, der erreichte Leistungsgrad liegt im Betriebsdurchschnitt bei 114% MTM-Akkord. Die Stundenlöhne berechnen sich nach der Formel: Akkordrichtsatz x 1.19 (MTM-Faktor) x erreichter Leistungsgrad. Die Stundenlöhne liegen also auf dem elend niedrigen Niveau um 12,59 DM (9,20 DM Akkordrichtsatz x 1.19 x 1.15). Bei einer Erhöhung des MTM-Faktors z.B. auf 1.21 würden die Stundenlöhne 12.80 DM betragen. Der BR betrachtet die Erhöhung des MTM-Faktors als wichtigste Aufgabe, um die Löhne der „gestiegenen Produktivität“ im MTM-Akkord anzugleichen.

Seit Ende der 60er Jahre hat F & S schrittweise in den verschiedenen Produktionssparten von REFA- auf MTM-Akkord umgestellt. Bis in einem Jahr sollen sämtliche Vorgabezeiten auf MTM umgestellt sein, womit F & S einer der „fortgeschrittensten“ Anwender des grausamen MTM-Akkords ist. Die Durchsetzung einschnei-

dender Verbesserungen, insbesondere von Lohnerhöhungen, für die 4050 F & S-Akkordarbeiter würde für die gesamte F & S-Belegschaft von 9000 verbesserte Kampfbedingungen schaffen, auch für die Arbeiter in den benachbarten SKF- und FAG-Betrieben, wo z.B. bei SKF vergleichbare Akkordarbeiten um bis zu 2 DM höher entlohnt werden. Die Durchsetzung von Erholungspausen für Akkordarbeiter bei F & S würde eine Bresche schlagen in die Front der Metallkonzerne, die sich in Bayern beharrlich weigern, Erholungspausen im Manteltarifvertrag zu verankern.

Allerdings könnten eine Erhöhung des MTM-Faktors und der Erholungszeiten lediglich einen gewissen Ausgleich schaffen für die im MTM-Akkord erhöhte Arbeitsintensität, aber grundsätzlich nichts ändern an der Möglichkeit der laufenden Verschärfung der Arbeitshetze. Dazu wie auch zur Einführung von Mindestabsicherungen der Akkordlöhne hat sich der Betriebsrat bisher nicht geäußert.

Bei F & S fallen durch die Einführung des „neuen Infosystems“ und von Bildschirmgeräten in den Meisterbüros die bisher schriftlichen Arbeitsunterweisungen weg. Der BR will sofort einführen, daß jeder Akkordarbeiter die Arbeitsunterweisung selbst auf dem Bildschirmgerät im Meisterbüro abrufen kann. Auf den bisherigen schriftlichen Arbeitsunterweisungen waren keine Stückzahlen angegeben worden. So war umständliche Rechnerei nötig, wofür bei den meisten, insbesondere ausländischen Arbeitern die notwendigen Kenntnisse



fehlten, was eine Quelle laufender Betrügereien war. Auf den Bildschirmgeräten soll jetzt eine Stückzahl auf Basis von 114% MTM-Akkord als Richtzahl ausgewiesen werden.

Fast überall bei F & S wird die Lohnabrechnung für Gruppen von bis zu 30 Akkordarbeitern auf zwei Schichten organisiert. Für die Arbeiter besteht fast keine Handhabe, eine Kontrolle der erbrachten Gruppenleistung, der konkreten Anrechnung von Gutschriften, somit eine Kontrolle der Lohnabrechnungen auszuüben. Ähnlich schwierig ist die Kontrolle neuer Vorgabezeiten. Wie bei den Arbeitsunterweisungen müssen hier durch die neue MTM-Vereinbarung Regelungen geschaffen werden, die den Akkordarbeitern elementarste Bedingungen garantieren.

Bosch-Betriebsrat Erfolgreicher Kampf um Höhergruppierungen

Stuttgart. In den letzten Jahren hat die Industriegewerkschaft Metall wiederholt versucht, die Lohngruppe 02 auf das Niveau der Lohngruppe 03 anzuheben. Der Vertrauensleutkörper von Bosch Reutlingen hat zur Durchsetzung dieser Forderung in allen Tarifaussinandersetzungen immer wieder Arbeitsniederlegungen organisiert. Gestützt auf diese Kampfbereitschaft und auf diese Aktionen gelang es dem Betriebsrat, innerbetrieblich die Bosch-Kapitalisten in größerem Umfang zu Höhergruppierungen zu zwingen.

1974 war bei Bosch Reutlingen, mit 3184 gewerblichen Arbeitnehmern der größte Betrieb in Südwürttemberg-Hohenzollern, die Lohngruppe 02 noch die häufigste Arbeitswertgruppe. 929 Arbeiter oder 29,18% waren hier eingruppiert. Am 1. März 1980 waren von 3315 gewerblichen Arbeitnehmern noch 499 in dieser untersten Lohngruppe eingruppiert oder 15,05%. Damit hatte sich die Anzahl der Arbeiter in dieser untersten Lohngruppe fast halbiert. Die Entlohnung nach Lohngruppe 02 ist eine Zumutung: Nach dem neuen Tariflohn 1982 bekommt eine Arbeiterin im Zeitlohn netto monatlich 1160 DM.

Der Erfolg des Betriebsrates und Vertrauensleutkörpers von Bosch Reutlingen läßt sich auch daran ablesen, daß es in dem Einjahreszeitraum vor dem 1. März 1980 730 Lohngruppenänderungen bei insgesamt 3315 gewerblichen Arbeitnehmern gab.

Die Höhergruppierungen wurden durch Erweiterung der Arbeitsinhalte erreicht: Arbeitet zum Beispiel eine Arbeiterin an zwei Arbeitsplätzen von

Lohngruppe 02, dann muß sie nach Lohngruppe 03 entlohnt werden entsprechend den Arbeitswertbestimmungen. Bei der Montage der LOK Jetronic, elektronisch gesteuerter Benzin-Einspritzsystem, arbeitet ein Arbeiter an vier Plätzen: Er bestückt (Lohngruppe 03), mißt Sequenzen (Lohngruppe 04), lötet (Lohngruppe 02) und lötet nach (Lohngruppe 03). Dadurch wird für ihn eine Entlohnung nach Lohngruppe 05 erreicht.

Allerdings schnitten auch die Bosch-Kapitalisten bei mehreren dieser Höhergruppierungen nicht schlecht ab:

Sie ließen sich neue Fertigungsstrukturen, Arbeitsinhalte, Arbeitsplätze von dem Bundesministerium für Forschung und Technologie als „Projekt Humanisierung der Arbeit“ fördern.

Inzwischen will die Geschäftsleitung den Spieß umkehren: Mit Hilfe von Rationalisierung und neuer Technologie strebt sie Abgruppierungen an. Dazu der Betriebsratsvorsitzende: „Es wird an uns liegen, ob die Rechnung der Firma hier aufgeht.“ Das Ziel des Betriebsrates ist die Beseitigung der restlichen Eingruppierungen in Lohngruppe 02 bis Ende des Jahres.

gericht lehnte den Antrag ab.

Der Betriebsrat hat die Aktion jetzt erfolgreich abgeschlossen. 50% der Belegschaft hat einen Fragebogen ausgefüllt. Das ist viel, wenn man bedenkt, daß wegen Krankheit und Urlaub ohnehin 20% fehlen. Weitere 10% konnten den Bogen nicht ausfüllen, weil er nur ins Türkische aber nicht für Jugoslawen und Tunesier übersetzt worden ist. Anfang August werden erste Ergebnisse vorliegen.

Da ein Verbot der Aktion nicht glücklich ist, versuchen die HAW-Kapitalisten jetzt, den Fragebogen ideologisch anzugreifen. Sie haben Angst vor den Ergebnissen. Als wesentliche Argumente gegen den Fragebogen bringen sie in Umlauf:

I. Der Fragebogen ist einseitig, weil er sogenanntes individuelles Fehlverhalten wie Rauchen und Alkohol nicht abfragt. Das seien aber die wesentlichen Gründe für viele Krankheiten. Wenn das so wäre, dann müßten ja wohl unter den Arbeitern überdurchschnittlich mehr Raucher sein als unter den Angestellten, sonst könnte ja wohl der Krankenstand nicht derart unterschiedlich sein. Daß dies nicht so ist, weiß jeder.

II. Der Fragebogen ist nicht objektiv, weil er Meinungen und Gefühlszustände abfragt, aber keine objektiv feststellbaren Daten. Ein Beispiel: Fühlt ein Arbeiter sich durch Staub am

Hamburger Aluminium Werk Betriebsrat untersucht den Gesundheitszustand der Belegschaft

Hamburg. Um 18% betrug der Krankenstand bei den Hamburger Aluminium Werken (HAW) in den letzten Jahren. Unter Androhung von Entlassungen und unter dem Druck der Arbeitslosigkeit konnten die HAW-Kapitalisten den Krankenstand auf 13% drücken. Dennoch ist der Krankenstand – vor allem in den Produktionshallen – überdurchschnittlich hoch. Während er bei den Angestellten um 4% liegt, sind in den Produktionshallen, wo hauptsächlich ausländische Arbeiter beschäftigt sind, über 20% krank.

Der Betriebsrat macht neben der Schichtarbeit (50% sind in Kontischicht) vor allem die Arbeitsbedingungen für die hohe Krankenrate verantwortlich. Außerdem spielt eine Rolle, daß der Betriebsrat bislang Kündigungen aus Krankheitsgründen kompromißlos bekämpft hat und die Geschäftsführung es schwer hat, durch Unterdrückung den Krankenstand zu senken. Von Drohbriefen bis zu Kündigungsversuchen reicht die Palette der Maßnahmen, mit denen die Geschäftsführung seither versuchte, Druck auf kranke Arbeiter auszuüben.

Der Betriebsrat hat im Mai eine Fragebogenaktion durchgeführt, mit der der Gesundheitszustand der Belegschaft und die Arbeitsbelastungen erfaßt werden sollen. Der Fragebogen ist in vier Abschnitte gegliedert:

I. Persönliche Daten wie Alter, Beschäftigungsdauer, Arbeitszeit, Abteilung etc.

II. Krankheiten, die im letzten Jahr aufgetreten waren.

III. Fragen nach dem Gesundheitszustand wie z.B. nach Kopfschmerzen, Konzentrationsstörungen, Einschlafstörungen etc.

IV. Fragen nach Arbeitsbelastungen.

Die Art des Fragebogens ermöglicht es, Ergebnisse verschiedener Abteilungen miteinander zu vergleichen und auch Zusammenhänge zwischen Krankheiten, Gesundheitsstörungen und Arbeitsbelastungen aufzudecken.

Ein gutes halbes Jahr hat der Betriebsrat gebraucht, um in Zusammenarbeit mit Medizinstudenten und Wissenschaftlern den Fragebogen zu entwickeln. Anfang Mai dieses Jahres hat der Betriebsrat dann auf einer Be-



Aus: „Gewerkschaftspost“, Nr. 4/1980, der IG-Chemie-Papier-Keramik.

triebsversammlung die Fragebogenaktion angekündigt und begründet. Am nächsten Tag wurde die Aktion bereits durchgeführt. Die Geschäftsführung, die von der Aktion überrascht wurde, reagierte hektisch. Sie beantragte beim Arbeitsgericht ein Verbot der Fragebogenaktion. Das hat die Durchführung der Aktion nur beschleunigt. Bis zum Termin der mündlichen Verhandlung waren bereits über 300 Fragebögen beim Betriebsrat zurück. Das Arbeits-

Arbeitsplatz belastet, dann kreuzt er das im Fragebogen an. Das ist nach Ansicht der Geschäftsführung „subjektiv“. „Objektiv“ ist, wenn die Staubkonzentration gemessen wird und festgestellt wird, daß sie im Durchschnitt des achtstündigen Arbeitstages den gesetzlich festgelegten Grenzwert (MAK-Wert) nicht überschreitet. Dann kann es „objektiv“ keine Gesundheitsgefährdung geben. So die Geschäftsführung. Entstehende Bron-

chialerkrankungen sind dann auf das Subjektive, den Arbeiter, und nicht auf das Objektive, die Arbeitsbedingungen, zurückzuführen.

Wenn der Geschäftsführung nichts Besseres einfällt, darf man bereits gespannt sein auf die Betriebsversammlung, auf der der Betriebsrat die Ergebnisse seiner Untersuchung vorstellen wird.

Kieler Woche 100 Jahre Kriegspropaganda

Kiel. Seit hundert Jahren wird die Kieler Woche von den bürgerlichen Kräften in Kiel gestaltet und vorbereitet. Seit hundert Jahren sind Flottenparade und Kriegsschiffschau Schwerpunkte der Kieler Woche.

Kiel ist seit 1865, später neben Wilhelmshafen, bedeutendster Kriegshafen und wichtigster Marinestützpunkt im verlorenen 1. Weltkrieg. 1918 wird die Auflehnung der Matrosen und Soldaten gegen die für sie mörderische Kriegspolitik zum Ausgangspunkt der Revolution von 1918, der sich Werft- und Rüstungsarbeiter und -arbeiterinnen in Kiel anschließen. Eine Revolution, die die Ziele der Beendigung des imperialistischen Krieges und des Sturzes von Monarchie und Geldseelen hatte.

Jedoch beginnen die wiedererstarkten Finanz- und Industriekreise schon zehn Jahre später auf der Deutsche Werft AG, vormals Kaiserliche, mit dem Panzerkreuzer A wieder Flottenrüstung, um sich „an einem Kampf ... mit wirklichen Aussichten“ zu beteiligen. Schon 1931 gaben die Faschisten als Ziel der Kieler Woche die „Stärkung der Lebensgemeinschaft“ des gesamten Ostseegebietes, also die Vorherrschaft im Ostseeraum an. In den folgenden Jahren nutzten die Faschisten die Kieler Woche als Instrument für die imperialistische Expansion und Kriegsvorbereitung.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Kieler Woche unter dem Motto „Kiel – eine Werkstatt des Friedens“ als „Septemberwoche 1947“ wieder eingeführt. Nach außen hin wurde die Kieler Woche in den folgenden Jahren als „Fest des Sports, der Kultur und des Ausgleichs“ verkauft. Der Pferdefuß wird allerdings durch den alljährlichen Besuch von Kriegsschiffen vorzugsweise aus NATO-Ländern und lateinamerikanischen Militärdiktaturen sichtbar.

Diese Sorte Völkerverständigung ist die reine Heuchelei!

Hier demonstrieren NATO wie Bundesmarine ihre militärische Stärke, werben mit dem „Reiz“ ihrer tech-

nisch hochgerüsteten Schiffe um Jungendliche und ewig Gestrige.

Die Vorherrschaft im Ostseeraum beanspruchten nicht nur die Hitler-Faschisten, sondern auch heute westdeutsche Militärs. Der Auftrag der NATO an die Bundesmarine wird von den Militärs folgendermaßen beschrieben:

– Von Skagen bis Rügen sollen Angriffe an die Küste abgewendet und die Kontrolle über die Ostseezugänge behalten werden.

– In der „restlichen Ostsee“ soll die Bundesmarine Warschauer-Pakt-Angriffskapazitäten zerstören, gegnerische Flottenbewegungen erschweren und Kräfte binden.



Das ist die Ergänzung der Vorneverteidigung durch die Marine, also gegnerische Truppen möglichst vor dem eigenen Gebiet abzufangen und dann im Gegenschlag möglichst viel gegnerisches Gebiet zu besetzen. Dies wird durch die derzeitige Marineaufrüstung mit Fregatten, Tornado und weiteren Schnellbooten ermöglicht, die allesamt eine größere Reichweite haben.

Göttingen „Geheime Stadtpolizei“ mit Fahndungscomputer

Göttingen. Veröffentlichte Polizeifunkmitschnitte haben aufgedeckt, daß in Göttingen zivile Eliteeinheiten der Polizei – sog. „Aufklärungs- und Festnahmekomandos“ – im Einsatz sind. Sie sind ca. 50 Mann stark und speziell abgerichtet auf die politische Linke in der Stadt.

Die Funkmitschnitte des eigenen Computersystems 02 belegen, daß polizeiliche Personenkontrollen u.a. allein deshalb durchgeführt werden, um die Computerkartei aufzufüllen für Rasterfahndungen und Präventiveinsätze

der Polizei. 50: „02 von 50. Zwei Personen, männlich. Name ... geb. ...“ – 02: „Hört er mit?“ – 50: „Nein“ – „Ja, bei uns positiv. War in Berlin. Haig-Demo Festnahme. Ja, den kriegen wir jederzeit wieder.“

Um die Mitglieder der „Szene aus der Anonymität zu holen“, werden Autokennzeichen, Fahrzeughalter, Besucher bestimmter Wohnungen, Kneipen oder Veranstaltungen gespeichert und Personendiagramme erstellt. 30: „Was hast Du denn für Kenntnisse bei GÖ-CM ...?“ – 02: „Irgendwann mal vor der Alraune (Kneipe).“ – 30: „Kein eigenes Diagramm?“ – 02: „Nein.“

Universitätsverwaltung und Einwohnermeldeamt schieben dem Spuren- und Dokumentationssystem (Spudok) angeforderte Daten zu. 52: „Ja, und dann übers E. gehen, ob diese H. hier nicht mit dem 2. Wohnsitz gemeldet ist.“

Gängige Methode ist ständiges Beschatten und Provozieren einzelner bis hin zu vorübergehenden Festnahmen und das Blockieren von Telefonleitungen eingeschalteter Rechtsanwälte. Oder jemanden erst verprügeln, um ihm damit den Widerstand gegen die Staatsgewalt aufzunötigen. Dialog nach einer Ausweiskontrolle: b: „Hatte 'ne dicke Lippe? können wir ihn mit aufmischen?“ – a: „Ach nee, lohnt sich nicht.“ – c: „Und ich hatte schon eine Wette auf dich abgeschlossen, daß du heute 'nen Widerstand bringst.“ – b: „Nur bei ... haben wir 'nen bißchen mit angefaßt.“ Allein 400 Ermittlungsverfahren sind eingeleitet.

Daß die „Disziplinosigkeit“ dieser Einheiten der Geheimen Stadtpolizei in Sachen Sprechfunk z.T. auch ihre Personalien ans Licht gebracht haben, macht ihr Dasein nach Feierabend nicht ungefährlicher, wie man hört.

Vor einigen Tagen wurden zwei Wohnungen von Redakteuren einer Schülerzeitung durchsucht, weil in dieser Zeitung die Polizeifunkmitschnitte vollständig nachgedruckt und zum Kauf angeboten wurden.

Wenig rühmlich ist es, daß sich der DGB-Kreisvorstand von der GdP hat zu einer Stellungnahme verleiten lassen, in der es heißt: „... die Aufgabenstellung der Sonderkommandos werde im Rahmen geltenden Rechts wahrgenommen.“ Demgegenüber fordern der Kreisjugendausschuß des DGB, die ÖTV-Betriebsgruppe des Kinderheims Obernjese und die ÖTV-Fachgruppe Soziale Arbeit die Auflösung der Sonderkommandos. Die Fachgruppe schreibt: „Wie weit ist eigentlich, angesichts der haltlosen rechtlichen Krücke („Vorbeugung schwerwiegender Straftaten“), noch der Schritt zur Bekämpfung gewerkschaftlicher Betätigungen mit ähnlichen Polizeimethoden?“

BDA-Schwerbehindertenplan

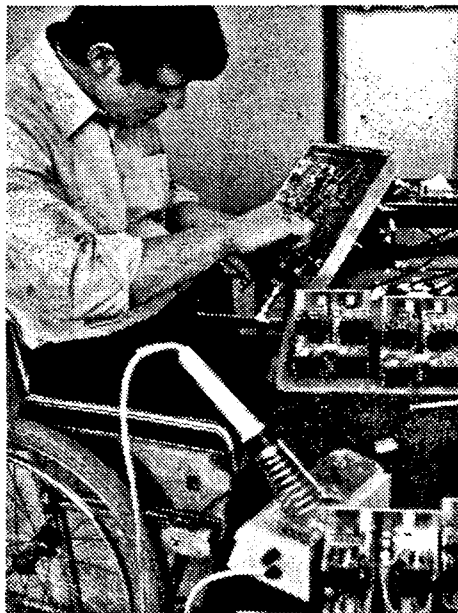
Der „Flucht in die Behinderung“ zu Leibe rücken

Heidelberg. Vor drei Monaten hat die „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (BDA) ein weiteres Exempel zur „Beschneidung sozialen Wüdwuchses“ (Präsident Esser) zu Papier gebracht: die „Vorschläge zur Novellierung des Schwerbehindertengesetzes“ (SchwbG). Bereits am 25.2. hatte Esser ausgeführt: „Das Behindertenrecht wäre zu reformieren, damit insbesondere zwischen der Schwerbehinderung und der Berufsbehinderung künftig besser unterschieden werden kann.“ Dies ist eines der Kernstücke jenes Horror-Werks, das bisher noch in der Schublade liegt bzw. nur bestimmten Kreisen zur Kenntnis gebracht wurde. Zufällig fiel es jedoch dem „Arbeitskreis für Schwerbehinderte und ältere Arbeitnehmer“ der IG Metall Heidelberg in die Hände und erfährt so eine vorzeitige Veröffentlichung.

108 335 arbeitslos gemeldete Schwerbehinderte gab es im Mai in der BRD. Die Abnahme im Vergleich zum April betrug nur 0,5% gegenüber 4% bei allen Arbeitslosen. Jeder 15. ohne Arbeit war im Mai gleichzeitig schwerbehindert, im Januar noch jeder 17. Das Land Baden-Württemberg z.B. beschäftigt nur 3,8% Schwerbehinderte. Aus Steuermitteln sind dafür jährlich 6,24 Mio DM Ausgleichsabgabe aufzubringen. In der Vorbemerkung „zu ihren 18-seitigen „Vorschlägen“ bringt die BDA ihre Sorge über die „explosionsartig angewachsene Zahl der Anträge auf Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft“ zum Ausdruck. Notwendig sei, „ein Bewertungssystem zu entwickeln, daß auf den Bezug zwischen der Behinderung und den Anforderungen des Arbeitsplatzes abhebt und den Personenkreis auf die durch ihre Behinderung im Erwerbsleben tatsächlich Betroffenen einschränkt“. Ein Behinderter könne etwa in einer Verwaltungstätigkeit voll einsetzbar sein, gelte dann eben nicht als „berufsbehindert“. Oder wie (siehe Kasten) ein Dr. Hellbrügge es sinnig ausdrückt: ein Graf Lamdsdorff könne zwar nicht Fußball-Bundestrainer sein, wohl aber ein „hervorragender Bundesminister“.

Weil „übersteigerter Sozialschutz nur zu Nachteilen in der Wettbewerbsfähigkeit der Betroffenen“ führe, fordert die BDA weiter: amtsärztliche Überprüfung beim Anerkennungsverfahren; Wirkung der Regelungen erst ab Antragstellung; keine Rückwir-

kung mehr; räumliche und zeitliche Begrenzung der sog „Gleichstellung“ (30–49% Behinderung); Erhöhung der 6%-Beschäftigungsquote für den öffentlichen Dienst – jedoch Senkung für private Arbeitgeber auf ca. 5%; Beschäftigungspflicht erst ab 31 Arbeitsplätze (bisher ab 16); keine Einbeziehung von Teilzeitbeschäftigten, Auszubildenden bzw. Arbeitsplätzen, an denen Schwerbehinderte nicht beschäftigt werden dürfen bei der Pflichtzahlermittlung – hingegen Mit-zählen von „schwerbehinderten Arbeitgebern“; Möglichkeit der Streichung bzw. Herabsetzung der Ausgleichsabgabe, da 60% der arbeitslosen Schwerbehinderten über 50 Jahre alt und „unvermittelbar“ seien; „praxisgerechterer“ Kündigungsschutz: keine

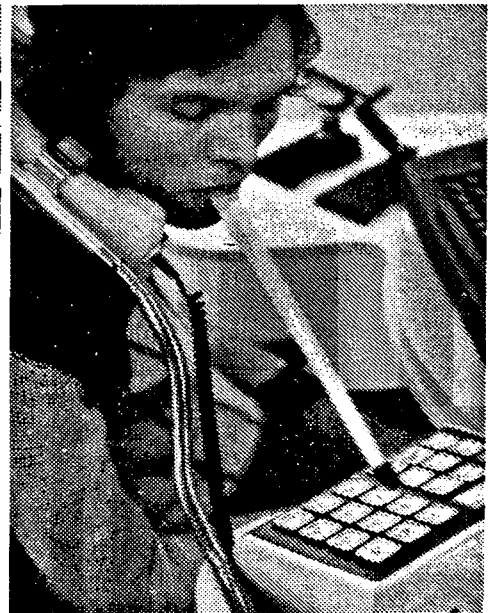


Zustimmungserfordernis der Hauptfürsorgestelle mehr in den ersten sechs Monaten; normale Fristen für Aus-hilfs- und Probekräfte; Streichung der sechs Tage Zusatzurlaub; keine Stärkung des Schwerbehindertenvertrauensmanns.

Nicht zu vergessen sei die „breite Anreizwirkung“, die ausgehe von „Vergünstigungen“ im öffentlichen Nah- und Fernverkehr, Steuerfreibeträge, Telefon- und Rundfunkgebühren sowie der früheren Verrentung. Alles zusammen führe zum „Drang in die Behinderung“, mache die „Deutschen zu einem Volk von Behinderten“. So Dieter Piel in einem Hetzartikel in der

„Zeit“ unter dem Titel: „Ein notwendiger Rückschritt – Das Schwerbehindertengesetz muß reformiert werden.“ 1919 lag die Pflichtquote bei 1%. Zumindest hinter die Rechtslage seit 1974 will die Bourgeoisie zurück. 70% aller Behinderungen verursachen die Kapitalisten durch die Ausbeutung selbst. 300 000 treiben sie zusätzlich pro Jahr zur Frühverrentung.

Man muß der BDA abnehmen, daß – wie es in der „Schlußbetrachtung“ heißt – ihre „Vorschläge keineswegs abschließend“ sind. Den Beweis liefert Freifrau von Pölnitz für die Bayerische CSU-Landtagsfraktion: in einem Antrag (siehe Kasten), der das Prädikat „Schritt zur Endlösung“ sicher nicht zu scheuen braucht, will sie bei z.B. 50% Behinderung auch nur noch 50% des bisherigen Einkommens zugestehen. Auf einer IGM-Funktionärs-Konferenz am 8.6. in Heidelberg ist dieses Vorhaben auf äußerste Empörung gestoßen. Der Vertrauensleutekörper der Firma Graubremse hat am 15.6. einstimmig eine Resolution an Strauß und Co. verabschiedet, in der u.a. unmiß-



verständlich gefordert wird, den Frauen-Antrag wieder zurückzuziehen.

Wörtlich heißt es darin u.a. „... Wir können Ihren Antrag nur als unglaublichen Angriff auf die Rechte und die Existenz unserer schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen betrachten ... Wer z.B. zu 50% behindert ist, soll wohl nur noch den halben Lohn bekommen ... Eine derartige Regelung würde sich makellos in die Palette von Vorschlägen zur „Beschneidung sozialen Wüdwuchses“ (BDA-Präsident Esser) einreihen ... Wir möchten Sie auf diesem Wege dazu aufrufen, dafür Sorge zu tragen, daß der ... Antrag wieder zurückgezogen wird.“

Schwerbehindertengesetz und Forderungen

§ 1 SchwbG: „Schwerbehinderte“, „Minderung der Erwerbsfähigkeit“ (MdE). BDA-Forderung: Schaffung eines „dualen Behindertenbegriffs“, „Berufsbehinderte“ statt „Schwerbehinderte“, „Grad der Behinderung“ statt „MdE“. Dr. Hellbrügge (Präsident der „Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie“) dazu: „Wer eine Unterschenkelamputation hat erleiden müssen, kann gleichwohl ein hervorragender Bundesminister sein. Als Fußball-Bundestrainer wäre der Mann indes unbrauchbar.“ („Die Zeit“ vom 9.4.82).

§ 2: „Gleichgestellte“: kann zeitlich befristet werden. BDA: zwingend zeitlich und räumlich zu begrenzen.

§ 4: „Umfang der Beschäftigungspflicht“: 6%. BDA: ca. 5%. IG Metall Forderung: 8%.

§ 8: „Ausgleichsabgabe“: 100 DM im Monat pro nicht besetztem Platz. BDA: Streichung bzw. Herabsetzung. IGM: 1/5 der jeweiligen Rentenbemessungsgrenze, derzeit ca 570 DM.

§ 23: „Persönliche Rechte ... des Vertrauensmanns der Schwerbehinderten“. BDA: kein Ausbau. IGM: Gleichstellung des Stellvertreters, z.B. beim Kündigungsschutz (gleich dem des Betriebsrats), Kontrolle staatlicher Eingliederungsbeihilfen und mehr Mitbestimmung seitens des Betriebsrats, Anerkennung des DGB als Behindertenorganisation, z.B. mit Sitz und Stimme in der Hauptfürsorgestelle.

§ 42: „Arbeitsentgelt“. Lang, Freifrau von Pölnitz, Böhm und Fraktion CSU: „Antrag Betreff Eingliederung von Schwerbehinderten in den allgemeinen Arbeitsmarkt. – Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird ersucht zu prüfen, ob es ein rechtlich zulässiger, praktikabler, erfolgversprechender und sozialpolitisch wünschbarer Weg wäre, mehr Schwerbehinderte in den allgemeinen Arbeitsmarkt einzugliedern, daß sie nur einen ihrer tatsächlichen, geminderten Leistungsfähigkeit entsprechenden Vomhundertsatz des vollen Arbeitsentgelts erhalten. Die Staatsregierung wird außerdem gebeten, diese von Behindertenverbänden aufgeworfene Frage an die Sozialpartner heranzutragen. Bayerischer Landtag, Drucksache 9/10833, 28.1.82.“

NRW Städte finanziell am Ende

Der Vorsitzende des NRW-Städtetages Schmitt erklärte vor zwei Wochen, daß 41 Städte finanziell am Ende seien. Insgesamt 1,7 Mrd. DM sollen 1982/83 den Kommunen durch das Land entzogen werden; rund 700 Mio. DM durch die Kürzung des Verbundsatzes, der den Anteil der Kommunen an den vom Land erhobenen Steuern regelt, von früher 28,5 auf jetzt 26,5% im Landeshaushalt 82. Der Rest durch Kürzungen bei anderen Zuweisungen. Dazu kommt, daß Ende 82 der aus Bundesmitteln finanzierte Ausgleich von 500 Mio. für den Wegfall der Lohnsummensteuer auslaufen sollte.

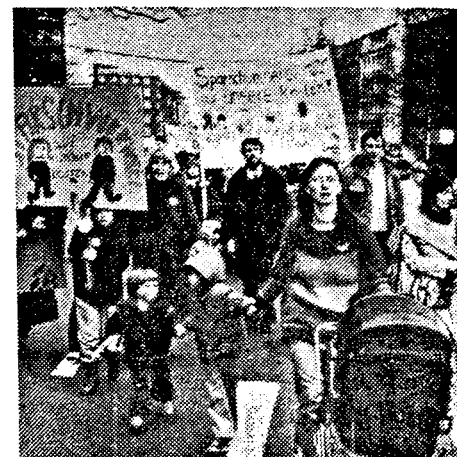
Für Essen betragen diese Posten allein 35 Mio. im Haushalt '83. Als Reaktion darauf hat die Verwaltung angekündigt, daß sie allein 10 Mio. durch Kürzungen im Jugend- und Sozialetat einsparen will. Der größte Anteil dabei soll auf die freiwilligen Leistungen der Stadt bei der Sozialhilfe entfallen (7 Mio.). Weitere Kürzungen sind bei den Mütterkuren, den Rentnern und kinderreichen Familien vorgesehen.

Der NRW-Städtetag fordert, daß die für 1982 auf 26,5% gesenkte „Verbundquote“ im nächsten Jahr keinesfalls weiter fallen dürfe (die SPD-Landtagsfraktion erörtert eine Senkung auf 25,5%) sowie die schrittweise Einstellung des Ausgleichs für den Wegfall der Lohnsummensteuer (1983 auf 350, 1984 auf 250 und 1985 auf 150 Mio.). Gleichzeitig empfahl er der Landesregierung die Überprüfung von Leistungsgesetzen wie bei der Lernmittelfreiheit, der Schülerbeförderung und der Sozialhilfe. Andernfalls müßten die Städte wie z.B. Duisburg oder Düsseldorf ihre Gewerbesteuer-Hebesätze von 425 auf 477 Prozent anheben, irgendwo sei damit die „Schallmauer“ erreicht und „nicht mehr drin“ mit Gebührenerhöhungen etwa bei der Müllabfuhr. Mit zusätzlichen Krediten seien die Probleme nicht zu lösen, da die Verschuldungsgrenze erreicht sei. In Köln beträgt die Kreditaufnahme 1982 243 Mio., für Tilgung und Zinsen gehen dagegen 377,8 Mio. DM drauf.

Ziemlicher Hohn spricht da aus der Passage der Regierungserklärung von Rau vom Sept. 1979: „Bund und Länder müssen darauf achten, daß die kommunale Selbstverwaltung auch die finanzielle Autonomie hat, um eigenverantwortlich planen, entscheiden und durchführen zu können.“ Das Gegenteil war mit den Steuerreformgesetzen und der „Funktionalreform“, 1970 im Einvernehmen aller Parteien

eingeleitet, beabsichtigt. Vor allem die kleinen Gemeinden sollten stärker an der Aufbringung der Kosten für die Ballungsgebiete beteiligt werden. Inzwischen hat der Regierungspräsident Antwerpes mehrere Gemeinden im Umland Kölns unter Zwangsverwaltung gestellt.

Der Rheinische CDU-Vorsitzende Worms hat Koalitionsverhandlungen mit der FDP für die Wahlen 1985 bekanntgegeben, die SPD werde keine Alleinregierung mehr stellen. Die FDP hat schwere Vorwürfe erhoben und ei-



Demonstration in Köln gegen die Erhöhung der Kindergartengebühren

nen eigenen Gesetzentwurf für den Länderfinanzausgleich angekündigt sowie Einsparungen im eigenen Bereich der Landesregierung verlangt.

Ziel ist, noch mehr Druck auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst auszuüben, Leistungen im Gesundheitswesen, für die Alten, bei Erholung zu beseitigen, den Druck auf die Gebührenschaube zu verstärken. Köln will in diesen Bereichen 17,3 Mio. DM kürzen und rd. 21 Mio. DM mehr kasieren. Bei einer Konferenz von 32 Personalratsvorsitzenden in Bottrop gab die ÖTV bekannt, daß rd. 10% der bei den Gemeinden Beschäftigten in den nächsten zwei Jahren beseitigt werden sollen.

Regelanfrage

„Um die Schafe von den Böcken zu scheiden“

Hannover. Mit den oben zitierten Worten hielt der CDU-Abgeordnete Hartmann im niedersächsischen Landtag gegen die SPD Sinn und Zweck der Regelanfrage beim Verfassungsschutz hoch, die bei jedem Bewerber durchgeführt wird, bevor er in den Landesdienst eingestellt wird. Die SPD-Fraktion verlangte in einem Antrag nur dann Anfrage, wenn „tatsächlich Anhaltspunkte“ vorlägen und Verbot der Weitergabe der Erkenntnisse durch

den Verfassungsschutz, falls sie älter als zwei Jahre seien. Diese Regelung – der Antrag wurde nach zweitägiger Debatte selbstverständlich abgelehnt – hätte den Verfassungsschutzakten etwas von ihrem drückenden Gewicht genommen, wenn auch Innenminister Möcklinghoff die SPD in der Debatte darauf festnageln konnte, CDU und SPD seien sich im Ziel einig, Verfassungsfeinde nicht in den öffentlichen Dienst zu lassen. Der Streit dreht sich eher darum, wer ist noch „Schaf“ und wer ist schon „Bock“.

Die CDU jedenfalls hat ganz anderes vor, als die Konsultationen beim Verfassungsschutz zu verringern. Sie will nicht nur flächendeckende Anfrage, sie schreitet fort zu „flächendeckenden“ Berufsverboten. Im November 1981 hat die CDU-Landesregierung gegen alle 23 Lehrer, die zu den Kommunalwahlen auf DKP-Listen kandidiert hatten, bei einer Beantwortung einer kleinen Landtagsanfrage disziplinarische Maßnahmen angekündigt. Anfrager war der CDU-Fraktionsvorsitzende des Stadtrates von Oldenburg, der vier DKP'ler bei sich im Stadtrat sitzen hat. Die disziplinarischen Vorermittlungen wurden Anfang Mai eingeleitet.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Niedersachsen, hat noch im Mai eine Unterschriftensammlung eingeleitet, die zur Zeit auch landesweit durchgeführt wird: „Die Vorermittlungen können ... nur zu förmlichen Disziplinarverfahren mit dem Ziel der ‚Entfernung aus dem Dienst‘ führen. ... Die Unterzeichner treten dafür ein, daß niemand wegen einer Kandidatur für eine nichtverbotene Partei benachteiligt werden darf.“ Auch gegen die ersten „Anhörungen“ beim Innenministerium fanden Aktionen, unterstützt von der GEW, statt. In Oldenburg verließen Grüne und SPD zusammen mit der DKP die Stadtratssitzung, nachdem Zuhörer des Saales verwiesen wurden, die die CDU-Fraktion zur Rede stellten.

„Stahlhelm“ Zusammenarbeit von Neonazis und CSU

Ingolstadt. Anfang dieses Jahres wurde durch eine Veröffentlichung des „Pressedienstes Demokratische Initiative“ bekannt, daß in Ingolstadt eine 20 bis 30 Mann starke Gruppe des „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ existiert. Mitglieder der Gruppe sind u.a. drei (inzwischen ehemalige) Hoffmann-Wehrportler. Der Vorsitzende Friedrich ist im Stadtarchiv beschäftigt und zugleich Archiv-Verant-

wortlicher der bundesdeutschen Stahlhelmorganisation. Friedrich und weitere Angehörige der Gruppe sind Mitglieder der CSU. Die Gruppe betätigt sich als förderndes Mitglied des Bayerischen Armeemuseums in Ingolstadt, des weiteren in einer „Gesellschaft für Wehrkunde“ und im örtlichen „Wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU (WPA)“.

Gegenüber der örtlichen Presse betonte Friedrich im April, man sei „nur historisch-soldatisch interessiert“ und betreibe deshalb keinen Wehrsport. Inzwischen allerdings liegt der Redaktion des „Donau Kurier“ ein noch unveröffentlichter Briefwechsel vor, aus dem hervorgeht, daß der „Stahlhelm“ im Köschinger Forst bereits Wehrsportübungen veranstaltete.

Keine Probleme mit dem Neonazi im Stadtdienst sieht CSU-OB Schnell, denn Friedrich habe sich „innerdienstlich - immer völlig unauffällig verhalten“. Und auch der CSU-Kreisgeschäftsführer Wolf kann an der Mitgliedschaft von Friedrich in der CSU und im WPA nichts finden: Bis-



„Praktischer Sozialkundeunterricht“ für Hauptschüler aus Manching/Oberbayern

her sei der CSU nichts Negatives über Friedrich zu Ohren gekommen. „Sollte die Arbeit des ‚Stahlhelms‘ im Widerspruch zum CSU-Programm stehen, werde sich der Kreisvorstand damit beschäftigen.“

Darauf wird man vermutlich noch länger warten können. Denn liegt das Interesse des Stahlhelm darin, die historisch-soldatischen Traditionen der faschistischen deutschen Wehrmacht wieder zu beleben und deren Aggressionscharakter hinter soldatischer Kameradschaft zu verbergen, so ist dieses Anliegen beim WPA der CSU gut aufgehoben. So beklagte z.B. Oberst a.D. Prentl auf einer Veranstaltung des WPA in Ingolstadt schon im September 1978 „die sinkende Wehrbereitschaft der Jugend und die sich ausbreitende Geschichtslosigkeit der Jugend“.

Quelle: Donau Kurier v.14.9.78 u.April/Mai 82

Westberlin

CDU: Kindertagesstätten zu Bewahranstalten

Westberlin. „Anerkennung der Leistung der nicht berufstätigen Hausfrauen und Mütter“ und „Eröffnung von Möglichkeiten für die Frauen zur Hinwendung in der Familie“, das waren die Schlagworte, mit denen die CDU vor einem Jahr in Westberlin angetreten ist. Zwei Maßnahmen dazu waren in der Propaganda: 1. Das Erziehungsgeld von 400 DM monatlich, und 2. um den Entschluß zurück zur Familie auch wirklich zu erleichtern, die drastische Erhöhung der Kindertagesstättengebühren.

Von dem Erziehungsgeld wurde im November letzten Jahres offiziell Abstand genommen. Die Kitagebühren von bisher einheitlich 40 DM sollten allerdings nach Vorstellung der Senatorin Laurien gestaffelt nach Einkommen auf bis zu 400 DM im Krippenbereich angehoben werden. Durch den massiven Widerstand der Eltern, unterstützt durch die Gewerkschaften, gelingt es im März 82, diese Absicht wenigstens auf einen Einstieg in die gestaffelte Kostenbeteiligung mit einem Höchstsatz von 280 DM zu begrenzen.

Gleichzeitig mit der Kostenerhöhung wird bekannt, daß der Senat trotz finanzieller Mehrbelastung der Eltern in den Kitas eine enorme Standardverschlechterung vorgesehen hat. Es sollen allein noch in diesem Jahr 164 volle Erzieherstellen gestrichen werden.

Die Eltern reagieren mit unzähligen Protestschreiben und Aktionen, mit tausenden von Unterschriften, ohne daß sich im Senat auch nur irgendetwas rührt. Der Koordinationsausschuß der Eltervertretungen ruft daraufhin zu einem Teilzahlungsboykott des Mehrbetrags, den die Eltern zahlen müssen, auf, verbunden mit der Forderung, daß alle Mehreinnahmen zusätzlich in den Kitabereich investiert werden müssen. Der Senat und die Bezirksämter reagieren drastisch: Mit der Androhung der sofortigen Kündigung der Plätze der Kinder. Mit dem Verbot von Elternversammlungen. Mit der Beschlagnahmung und Vernichtung von Elterninformationsblättern. Trotz dieser massiven Einschüchterung beteiligten sich im Mai 504 Eltern an der Aktion. Auch wenn die Eltern auf einer Veranstaltung am 15.Juni die Einstellung des Teilzahlungsboykotts beschließen mußten, so haben sie doch in einer Resolution u.a. festgehalten, in Zusammenarbeit mit den Schulelternvertretern ein Tribunal gegen die Familien- und Bildungspolitik der CDU im Winter anzustreben.

„Anspruch auf Einheit der deutschen Nation“ bewußt machen Anstrengungen des CDU-Kultusministers Baden-Württemberg

Stuttgart. Bereits im Februar dieses Jahres fand eine Tagung der Landeszentrale für politische Bildung und des Ortskuratoriums Unteilbares Deutschland Stuttgart zum Thema „Die deutsche Frage im Unterricht“ statt. Den anwesenden 60 Lehrern, die die Veranstaltung im Rahmen ihrer Fortbildung besuchten, erklärte Ministerialdirektor Seifert, in diesem Jahr sollte der 17. Juni an den Schulen in besonderer Weise berücksichtigt werden. Es sei dringlicher Wunsch des Kultusministers, daß am 16. Juni „Aktionstage“ zum 17. Juni stattfinden. Dazu werde den Schulen noch ein Erlaß zugehen.

Anfang Mai geschah dies auch in Form eines vierseitigen Briefs von Kultusminister Mayer-Vorfelder an alle Schulleiter in Baden-Württemberg. Das Anliegen des Ministers: „Der Schule kommt nun die wichtige Aufgabe zu, das Wissen um den 17. Juni und um die deutsche Frage weiterzutragen, um eine spätere Wiedervereinigung im Bewußtsein der heranwachsenden Generation offen zu halten.“ Der Brief soll die Lehrer an den „Auftrag des Grundgesetzes“ – zur Wiedervereinigung – erinnern. Die Förderung „deutschen Bewußtseins“ sei nicht nur eine Angelegenheit der Fächer Geschichte und Gemeinschaftskunde, sondern auch Deutsch, Musik, Kunst und Erdkunde.

Diese Absichten stießen bei den Lehrern auf der Fortbildungstagung auf wenig Gegenliebe; noch weniger, daß sie als Fachlehrer (für Geschichte und Gemeinschaftskunde) Unterrichtsmaterialien für diesen Aktionstag erstellen sollten. Ein Teil der Lehrer wandte sich gegen verstärkten Nationalismus und Revanchismus. Es gab aber auch Positionen, die auf die „freiheitlichen Werte“ der BRD gegenüber der DDR verwiesen und die Absicht des Kultusministers unterstützten. Schließlich einigte man sich aber darauf, keine Unterrichtsmaterialien zu erarbeiten, weil man sich weder die politische Richtung der Lehrinhalte noch die Lehrform per Erlaß vorschreiben lassen wollte. Dies sei ein schwerwiegender Eingriff in die pädagogische Freiheit des Lehrers und handle sich inhaltlich um einen Rückfall in den Kalten Krieg.

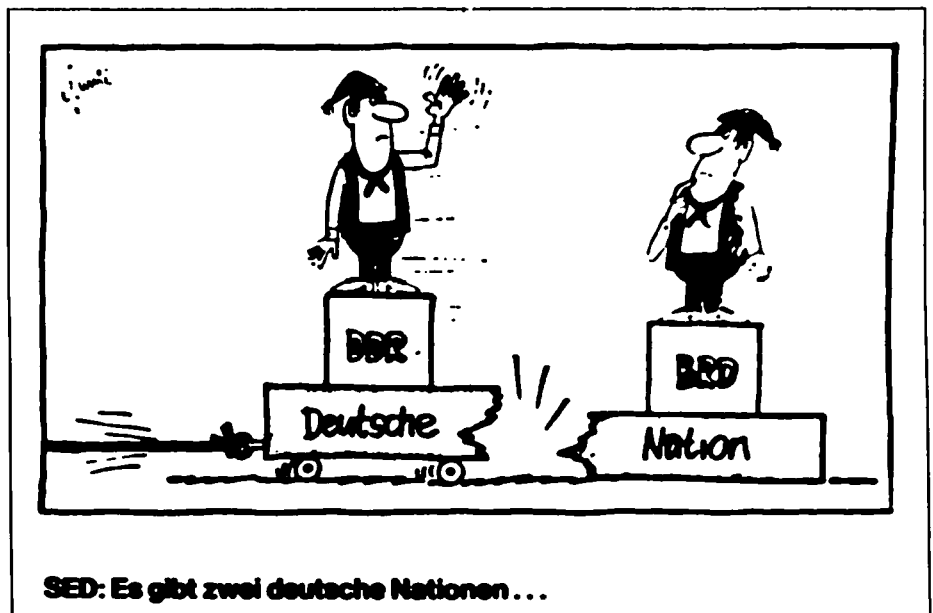
Nicht viel mehr Erfolg hatte der Schulleiterbrief: er wurde zwar ausgehängt oder an die Lehrer verteilt, an manchen Schulen geschah aber nicht einmal dies. Regelrechte Schulveranstaltungen zum 17. Juni werden unse-

res Wissens nirgends vorbereitet, und ob die Geschichtslehrer das Thema in der Woche vor dem 17. Juni behandeln oder nicht, prüft keiner nach. Es geht auf die Sommerferien zu: letzte Klassenarbeiten müssen korrigiert, Zeugnisse geschrieben werden; Wandertage, Schulausflüge und mehrere Feiertage lockern den Schulalltag auf. Für die Schüler ist der 17. Juni ein schulfreier Tag, nicht mehr und nicht weniger.

Aber das ist es gerade, was Mayer-Vorfelder im Schulleiterbrief beklagt. Das soll sich ändern. Die Landestelle für Erziehung und Unterricht (LEU), die so etwas wie der erziehungswissenschaftliche Arm des Kultusministeriums ist, zeigt in Zusammenarbeit mit

gen“ und durch die Schaffung der Bizonne bereits ihre Absicht zur Gründung eines westdeutschen Separatstaates erklärt hatten, wird so dargestellt, als sei sie gleichzeitig in allen Besatzungszonen durchgeführt worden. Interessanterweise setzt die „deutsche Frage“ bei der Ausstellung genau mit dem Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 ein.

Die Ausstellung wird begleitet von einer Veranstaltungsreihe, u.a. mit Filmen über „Kulturlandschaften in der DDR“ und „Der geteilte Himmel“. Daneben gibt es auch Vorträge über die „deutsch-deutschen Beziehungen in der Sackgasse?“ und „Wie stabil ist das politische System der DDR?“ Aus-



dem Gesamtdeutschen Institut Bonn eine Ausstellung „Die deutsche Frage und der 17. Juni im Unterricht“.

Insgesamt liefert die Ausstellung Material, das die immer noch bestehende „deutsche Nation“ belegen soll, so wie sie in den KMK-Empfehlungen von 1978 (siehe Stichwort) begründet wird. Sie beinhaltet weiter Hetze gegen die sozialistische Sowjetunion, auf deren Konto ausschließlich die Spaltung Deutschlands gegangen sein soll. Für Lügen über die Geschichte der Spaltung Deutschlands sind sich die Reaktionen noch nie zu schade gewesen: die Währungsreform 1948, mit der die Westmächte die wirtschaftliche Spaltung Deutschlands besiegelten, nachdem sie in den „Londoner Empfehlun-

stellung und Veranstaltungsreihe leiden stark unter Besuchermangel. Während in den ersten zwei Wochen (eine Woche Pfingstferien) immerhin ein Dutzend Schulklassen in den Räumen der Ausstellung erschien, löste vor einer Veranstaltung die Besuchs-Ankündigung einer Schulklasse helle Aufregung bei den Angestellten der LEU aus. Es war dann aber doch nur ein Lehrer mit fünf Schülern.

Besonders exklusiven Charakter bekam der Teilnehmerkreis einer Veranstaltung zum Thema „Unterrichtsmodelle zur Behandlung des 17. Juni“ durch die Anwesenheit eines Vizepräsidenten des Oberschulamts Stuttgart und eines Leitenden Ministerialdirektors aus dem Kultusministerium. Um

GEW, Junge Union und Jusos zur Deutschlandpolitik

Auf das Bewußtsein und die Meinung der Schüler wirken neben den Lehrern auch Jugendorganisationen wie Jusos und Junge Union, die an den Schulen arbeiten, ein. Während die rechten Berufsverbände der Lehrer in Baden-Württemberg sich ausschließlich zu dienstlichen Fragen äußern, nimmt die GEW im Rahmen des Beschlusses zur Friedenserziehung des a.o. Gewerkschaftstages Oktober 81 auch zu Maßnahmen der Kultusministerkonferenz Stellung, die die deutsche Frage betreffen.

„Die GEW fordert die Kultusminister der Länder auf, von der Vereinbarung der Kultusministerkonferenz ‚Grundsätze für die Darstellung Deutschlands in den Schulbüchern und kartographischen Werken für den Schulunterricht‘ zurückzutreten und in der KMK auf die Zurücknahme dieser Vereinbarung hinzuwirken. Der außerordentliche Gewerkschaftstag 1981 lehnt KMK-Initiativen wie das Papier der CDU, erstellt von den Kultusministern Mayer-Vorfelder und Gölter als einen erneuten Versuch ab, in der Bundesrepublik die Erziehung zum Frieden durch eine einseitige und unkritische Sympathisierung für die Bundeswehr zu erset-

zen.“ Insgesamt ist der Beschluß jedoch streng pazifistisch und bietet kaum Anhaltspunkte für Kritik an Nationalismus und Chauvinismus.

Völlig unangebracht und schädlich ist der folgende Absatz des Beschlusses: „Der a.o. Gewerkschaftstag 1981 fordert die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, daß auch die Regierung der DDR umgehend sowohl den Wehrunterricht wie die vormilitärische Ausbildung abschafft und auch die Schulen der DDR zu einer Erziehung zum Frieden verpflichtet werden.“ Nur zu gerne täte sie es.

Die Jusos fordern eine „umfassende Friedenserziehung in den Schulen, ... die kritische Aufarbeitung unserer Geschichte und den Abbau von Vorurteilen und Feindbildern!“ (Bundeskongreß, Hofheim 1978) Die Junge Union verweist im Zusammenhang mit den Ostverträgen auf die Erklärung der Fraktionen im Bundestag von 1972 und das Urteil des BVG, in denen die Offenhaltung der Grenzfrage und das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes bekräftigt wird. „Im Zusammenhang mit der politischen Einigung Westeuropas suchen wir eine Lösung

der deutschen Frage. Die Teilung Deutschlands kann nur beendet werden, wenn die Teilung Europas überwunden wird.“ (Deutschlandtag der JU, Mönchengladbach 1975) Einige Jahre später wird es noch deutlicher, von wo nach wo die „Einigung“ gehen soll: „Die Europäische Gemeinschaft ist aufgefordert, die Wiedervereinigungsbemühungen des deutschen Volkes aktiv weiterzutragen.“ (Deutschlandtag, Berlin 1979)

zit. n. Friedbert Pflüger: Die politischen Jugendorganisationen im Vergleich, 1979



so deutlicher sollte über die Probleme des 17. Juni im Unterricht gesprochen werden. Eine Lehrerin klagte z.B., der 17. Juni läge für die Jugendlichen genauso weit weg wie die französische Revolution. Und bei dem Begriff „Nation“ oder erst recht „Vaterland“ gingen sie auf Tauchstation.



„Krisenhebel Berlin: Luftverkehr“

Der Ministerialdirektor meinte, der Behandlung des 17. Juni müsse eine richtige Darstellung der Systeme in der Bundesrepublik und der DDR vorausgehen, und das Ziel müsse sein, „emotionale Betroffenheit“ bei den Schülern herzustellen. Vergleiche mit den Ereignissen in Polen oder Afghanistan wurden genannt, um diese Betroffenheit herzustellen oder auch Schülerreisen in die DDR, bei denen die Stätten deutscher Kultur (wie z.B. das Schillerhaus in Weimar) besucht werden, seien dazu geeignet. „Kämpfen kann ich nur für etwas, das ich liebe, lieben nur, was ich achte und achten, was ich mindestens kenne“, schrieb Hitler in „Mein Kampf“. Kämpfen sollen die Schüler eines Tages für die Einheit der Deutschen Nation, wenn auch nicht morgen, so doch irgendwann mal. Bis dahin muß die deutsche Nation in ihrem Bewußtsein wachgehalten oder erst geweckt werden. Und Nation sei das gemeinsame Bewußtsein, der gemeinsame Wille eines Volkes, eine Nation zu bilden.

Gerade der Aufstand von Arbeitern am 17. Juni 1953 in der DDR sei der – leider bisher einzige – Beleg dafür, daß die Deutschen in der DDR an der

Einheit der Nation und dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen festhalten wollten.

Da es nicht nur auf Seiten der Schüler, sondern auch bei den meisten Lehrern einigen (passiven) Widerstand gegen diese strikt revanchistische Ausrichtung des Unterrichts gibt, werden seit März 1982 Reisen in die DDR als Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer organisiert und von der LEU koordiniert. Für 1983 ist ein größerer Posten dafür im Landeshaushalt vorgesehen. Davon verspricht man sich im Kultusministerium offenbar, die nötige „Betroffenheit“ erst einmal unter den Lehrern herzustellen. Ebenfalls langfristig angelegt ist die Lehrplanrevision, in deren Richtlinien es heißt: „Die deutsche Frage und der Europagedanke sind klar herauszuarbeiten und im Gesamtlehrplan besser zu koordinieren.“ Ab 1983/84 sollen die neuen Lehrpläne an allen Schularten durchgeführt werden. Dann wird der Verweis auf die pädagogische Freiheit kein Ausweichen vor der offenen Auseinandersetzung mit oder der Unterwerfung unter die Reaktion mehr ermöglichen.

Seit ihrem Bestehen hat die „Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland“ (KMK) fortlaufend Beschlüsse zur Schaffung und Wachhaltung eines großdeutschen Bewußtseins in der Jugend gefaßt. Die KMK stützt sich hierbei auf das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag 1973 und zu den Ostverträgen 1975.

„Empfehlungen zur Ostkunde“ Beschuß der KMK vom 13.12.1956

I. „Das gesamte Erziehungs- und Bildungswesen der Deutschen muß den Aufgaben gerecht werden, vor die unser Volk durch den Einbruch des Sowjetsystems in Mitteleuropa, durch die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa und durch die Spaltung Deutschlands in einen westlichen und einen östlichen, unter den Einfluß des Sowjetsystems geratenen Teil gestellt worden ist. Das Schicksal Deutschlands und Europas wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, diese Aufgaben zu meistern ... Dabei werden drei Anliegen erfüllt und koordiniert werden müssen: 1. Das Bewußtsein von der deutschen Einheit und der Wille zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ist wachzuhalten und zu entwickeln. Dazu ist die Kenntnis Mitteleuropas – der heutigen SBZ –, der Menschen dieses Raums und der sich dort vollziehenden Entwicklung eine notwendige Voraussetzung. 2. Der deutsche Osten muß den Deutschen, besonders der Jugend, bekannt und vertraut sein. Seine Leistung ist im deutschen Geschichtsbewußtsein zu verankern. Die Deutschen sollen ein inneres Verhältnis zu den Vertreibungsgebieten als zur Heimat eines Teils ihres Volkes haben. 3. Die Kenntnis der Völker, Kulturen und Probleme Osteuropas und Ostmitteleuropas ist als Grundlage eines klaren und sachlichen Verhältnisses zu ihnen und einer fruchtbaren Auseinandersetzung auch mit dem System, das sie gegenwärtig beherrscht, notwendig ...

II. Schulwesen 5. Der Geschichtsunterricht ... muß die Völker Osteuropas, insbesondere aber die deutsche Ostsiedlungsbewegung, die wirtschaftlichen und politischen Probleme Ostmitteleuropas, die Vertreibung der Deutschen und die Sowjetisierung Ostmitteleuropas und der SBZ einbeziehen ... Ostdeutsche Geschichte soll ... in organischem Zu-

sammenhang mit dem gesamten deutschen und gesamteuropäischen Geschichtsbild (behandelt werden), damit die innere Verflechtung von Ost- und Westdeutschtum und die Bedeutung Osteuropas für die gesamteuropäische Geschichte offenbar wird. 8. In allen diesen Fachbereichen kommt es neben der durch erlebnisbetonten Unterricht zu gewinnenden inneren Einstellung auf ein klares Sachwissen an. Bei abschließenden Prüfungen ... sollten auch ostkundliche Fragen als Themen von Prüfungsarbeiten oder Prüfungsgesprächen dienen. 9. Die Schulaufsichtsbeamten überzeugen sich bei ihren Unterrichtsbesuchen von der Pflege der Ostkunde in dem hier vorgeschlagenen Sinn.

10. Die Bildungs- und Lehrpläne sind darauf zu überprüfen, ob dem Anliegen der Ostkunde hinreichend Rechnung getragen wird ... Bei der Prüfung und Zulassung von Lehr- und Lernmitteln ist darauf zu achten, daß der Osten in dem hier geforderten Sinne einbezogen ist ... 13. Eine Förderung des ostkundlichen Interesses bedeutet es, wenn einzelne Schulen oder Schulklassen ein besonderes Verhältnis zu Persönlichkeiten, Landschaften oder Ereignissen des deutschen Ostens gewinnen. Das kann durch Namensgebung oder durch eine Art Patenschaft geschehen ... 14. Das Bewußtsein von der deutschen Einheit und der Wille zur Wiedervereinigung kann auch durch Schülerfahrten nach Westberlin oder in die sowjetisch besetzte Zone gestärkt werden. Vorhaben der letzten Art bedürfen jedoch einer besonderen Vorbereitung. Es empfiehlt sich, in den einzelnen Ländern für Beratungsmöglichkeiten zur Vorbereitung solcher Vorhaben zu sorgen.

III. Lehrerbildung 1. Um die Lehrerschaft in die Lage zu versetzen, die Aufgaben der Ostkunde zu erfüllen, ist es

notwendig, an Lehrerbildungsstätten geeignete Dozenten mit der Wahrnehmung von Vorlesungen und Übungen zur Ostkunde zu beauftragen ... Ostkundliche Themen sollen zum Gegenstand von Lehrer-

prüfungen gemacht werden. 2. In den Arbeitsgemeinschaften der Junglehrer und in den Studienseminaren sind ostkundliche Themen zu behandeln. Gelegenheit zu Lehrproben darüber sollte gegeben sein.“

„Die deutsche Frage im Unterricht“ Beschuß der KMK vom 23.11.1978

„I. Ausgangslage. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland geht vom prinzipiellen Fortbestehen der gesamten deutschen Staatlichkeit aus; das Deutsche Reich hat rechtlich den Zusammenbruch von 1945 überdauert ... Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland ist durch den Grundvertrag nicht erfolgt ... Der Bundestag hat in seiner gemeinsamen Entschließung vom 17. Mai 1972 ... betont, daß die Ostverträge eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorwegnehmen ... und daß die endgültige Regelung der deutschen Frage im ganzen noch aussteht ...

III. Hinweise für den Unterricht 1. Die deutsche Frage ist zugleich eine europäische Frage ... Zum europäischen Einigungstreben steht der Wiedervereinigungsanspruch nicht im Gegensatz. Auch die europäische Einigung steht vor dem Problem, daß Europa geteilt ist. Sie kann sich derzeit nur auf einen Teil Europas erstrecken. Seine Vereinigung, in welcher Form auch immer, kann aber nicht Ende aller europäischen Einigungsvorstellungen sein; denn osteuropäische Länder wie Polen, die Tschechoslowakei und Rumänien gehören aufgrund ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihres Selbstverständnisses ebenso zu Europa wie die Länder Westeuropas. Die Teilung Europas in zwei verschiedene Machtbereiche ist ebenfalls ein Problem, dessen Lösung der Zukunft vorbehalten bleiben muß. Der deutsche Wiedervereinigungsanspruch belastet daher die westeuropäische Einigung nicht, er ist vielmehr in einer langfristigen Perspektive als Beitrag zur Lösung des größeren europäischen Problems zu sehen. Umgekehrt kann die westeuropäische Einigung kein Ersatz für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sein. 2. Fortschritte in der deutschen Frage können nur im Rahmen einer auf Frieden ausgerichteten Politik erzielt werden ... Allerdings ist das Festhalten an Rechtspositio-

nen und Interessenstandpunkten kein Anschlag auf den Frieden: denn politische Interessengegensätze sind legitim. Keine Seite kann erwarten, daß die andere elementare Interessen aufgibt oder unterordnet. Eine solche Forderung wäre das Ansinnen auf Unterwerfung ...

7. Das deutsche Staatsvolk besitzt keinen gemeinsamen Staat, aber eine gemeinsame Staatsangehörigkeit. Der historische und kulturelle Zusammenhang aller Deutschen berechtigt dazu, von der deutschen Nation zu sprechen. Das Bewußtsein der Gemeinsamkeit von Sprache, Geschichte und Kultur hüten und drüben ist eine wichtige gesamtdeutsche Klammer. Die deutsche Nation existiert als Sprach- und Kultureinheit weiter, doch wäre ihre Realität mit dem Begriff der Kulturnation nicht hinreichend bezeichnet, zumal dieser Begriff unscharf ist. Die deutsche Nation existiert auch als Staatsvolk weiter, das keinen gemeinsamen Staat hat, dessen Angehörige aber – unbeschadet separater Regelungen in der DDR – die einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

IV. Zusätzliche Hinweise ... 4. Unter historischen Gesichtspunkten werden im Unterricht die Entstehung der deutschen Nation und die verbindenden Züge der deutschen Geschichte an geeigneten Stellen behandelt, z.B. der deutschen Siedlungsgeschichte im Mittelalter, bei der Reformation und den Bauernkriegen, bei der Behandlung der nationalen und liberalen Bewegung des 19. Jahrhunderts und bei der Entstehung des Deutschen Reiches von 1871 ... 6. Unter geographischen Gesichtspunkten sollen die politische Gliederung Deutschlands und einzelne Landschaften behandelt werden. Dafür kommen neben solchen, die in der DDR liegen, auch Landschaften aus den ehemals deutschen Ostgebieten in Frage. Auf Berlin und die Verkehrsverbindungen nach Berlin soll besonders eingegangen werden.“

Portugal: Hungerstreik für Amnestie

In der letzten Woche ist der dritte Inhaftierte der Partido do Revolucionario de Proletariado (PRP) in den Hungerstreik getreten, um gegen die Ablehnung eines Amnestiegesetzes durch das Abgeordnetenhaus zu protestieren. 1978 waren 54 Mitglieder der PRP, die eine erhebliche Rolle im Kampf gegen das faschistische Caetano-Regime und in der gescheiterten portugiesischen Revolution 1974–75 spielte, unter pauschalen Anschuldigungen wie Bankraub oder Waffenbesitz festgenommen worden. Viele sitzen seit vier Jahren in Untersuchungshaft. 1980 wurden zwei PRP-Führer zu hohen Strafen wegen „moralischer Urheberschaft“ u.a. von Bankeinbrüchen verurteilt, ein Urteil, das der Oberste Gerichtshof nach einem Hungerstreik der Verurteilten aufheben mußte. Die von ihnen ebenfalls geforderte Amnestie kam durch, wurde aber auf sie nicht angewandt. Ihr erneuter Hungerstreik im letzten Sommer für Amnestie wurde von einer Massenbewegung unterstützt; 30 Parlamentsabgeordnete, darunter auch der rechten Regierungsparteien,

Mauritius: Wahlsieg der Antiimperialisten

Bei den Wahlen auf Mauritius, einer früher britischen und seit 1968 unabhängigen Inselgruppe im Indischen Ozean, hat die sozialistische „Mouvement Militant Mauricien (MMM)“ in einem Bündnis mit zwei anderen sozialistischen Parteien alle 62 Direktmandate gewonnen. Damit wird sie die seit 1968 amtierende prowestliche Labour-Regierung ablösen. Die MMM, die sich vor allem auf die Gewerkschaften stützt, hat im Wahlkampf die Nationalisierung der Zuckerrohrplantagen und einiger anderer Großbetriebe angekündigt; die Betriebe sollen künftig von



den Arbeitern selbstverwaltet werden. Mauritius ist fast völlig vom Zuckerexport und vom Tourismus abhängig. 85% des Ackerlandes sind mit Zuckerrohr bepflanzt, überwiegend auf Plantagen ausländischer

verpflichteten sich, ein neues Amnestiegesetz einzubringen. Nur durch Fraktionszwang konnten die Regierungsparteien am 21.5. das Gesetz mit 109:94 Stimmen verhindern.

Kanada: 10000 Bergarbeiter streiken

Seit dem 2. Juni, zunächst für eine Woche, streiken die Arbeiter der Inco (International nickel company) für einen neuen Lohntarif. In einer Urab-

stimmung hatten sie das Angebot des größten westlichen Nickelkonzerns zurückgewiesen, das keine Erhöhung der Grundlöhne und lediglich Anpassung der Prämien vorsah. Gegenüber der Streikdrohung erklärte die Konzernleitung, die Lager seien für mindestens sechs Monate gefüllt, Kampfmaßnahmen der Arbeiter könnten sie kaum treffen. Der laufende Lohnvertrag ist 1979 in einem 8½ Monate dauernden Streik erkämpft worden.

Konzerne. Haupthandelspartner sind Großbritannien (40%), Südafrika und Frankreich (jeweils 10%). Die Arbeitslosigkeit auf den mit 960000 Einwohnern dichtbevölkerten Inseln liegt bei 20%. Außenpolitisch strebt die MMM eine engere Zusammenarbeit mit der Dritten Welt und insbesondere mit den Seychellen an, gegen die das südafrikanische Regime vor Monaten einen Invasionsversuch unternommen hat. Von Frankreich fordert die MMM die Rückgabe der Inselkolonie Tromelin, von Großbritannien die Insel Diego Garcia, auf der die USA ihren größten Militärstützpunkt im Indischen Ozean errichtet haben.

USA: GM will weitere Zugeständnisse

Bei 86 von 150 örtlichen Tarifkommissionen der Gewerkschaft UAW in General Motors 147 US-Fabriken stehen Verhandlungen an. Nachdem die GM-Kapitalisten im April mit der Drohung von Fabrik-schließungen einen neuen Tarifvertrag für die gesamte USA erzwingen hatten – Zurückstellung der nächsten drei vierteljährlichen Inflationsangleichungen, keine Lohnerhöhung die nächsten zweieinhalb Jahre, Streichung von neun bezahlten freien Tagen – wollen sie jetzt in den einzelnen Fabriken für weitere Kürzungen das Zugeständnis erzwingen. Ihre Ziele: Erhöhung der Stückzahlen, Streichung von Pausen, die Arbeitsmerkmale für unterschiedliche Arbeiten sollen zusammengefaßt werden, so daß mit niedrigerem Lohn an bestimmten Arbeitsplätzen gearbeitet werden muß. Das richtet sich insbesondere gegen die Lohnabsicherungen der Facharbeiter. Bis zu 3,5 \$ die Stunde wollen die GM-Kapitalisten so an zusätzlicher unbezahlter Mehrarbeit herausholen. Bisher sind sich die GM-Kapitalisten nicht sicher, ob sie durchkommen. In nur wenigen Betrieben konnten sie mit der Drohung von Schließung oder Produktionsverlagerung an Zulieferer die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchsetzen. „Sie werden keine Zugeständnisse bekommen“ haben zahlreiche lokale Gewerkschaften erklärt. Die GM-Kapitalisten haben mit weiteren Schließungen gedroht.

El Salvador: Neue Offensive der Guerilla

Gefechte mit den Guerillas der FDR/FMLN bis zu 20 km in der Nähe der Hauptstadt El Salvadors mußten jetzt selbst die Regierungstruppen eingestehen. Die FDR/FMLN erklärte, sie habe im Mai ihre Stützpunktgebiete im Norden des Landes festigen können. In einigen Orten hätten sich landwirtschaftliche Kooperativen gebildet, und die Guerillatrup-

pen verfügten jetzt über eine größere Zahl von Sanitätsstützpunkten. Das sei eine gute Basis, von der aus gezielte Schläge gegen die Armee der Regierung unternommen werden können. So gelang der FMLN am 9. Juni, eine Militärkaserne 25 km von San Salvador entfernt anzugreifen und zahlreiche Waffen zu erbeuten. „In der Kaserne war

ein Teil der von den USA ausgebildeten Spezialtruppe „Adlacalt“ – 15 Mio. \$ haben die USA für die Ausbildung und Ausrüstung u.a. dieser Einheit gezahlt –, sie hat unseren Angriff nicht zurückschlagen können“, verbreitete der Sender der FMLN. Im Gegenzug richteten die Regierungstruppen ein Massaker an, bei dem 600 Bauern, Frauen und Kinder ermordet wurden, sie behaupteten, den Hauptstützpunkt der Guerillas ausgehoben zu haben. Tatsächlich versucht die Armee, durch eine neue Taktik die FMLN zu zerschlagen, indem sie in Stützpunktgebiete einfällt und ganze Dörfer einkreist, die Bewohner gefangen nimmt, foltert und sie erschießt, wenn sie nicht bereit sind, Angaben über die Verstecke der Guerilla zu machen. Die große Zahl der Todesopfer zähle nicht, erklärte die Armeeführung. Das Land sei sowieso überbevölkert, und die Leute, denen die Zustände im Land nicht gefallen, könnten jederzeit auswandern.



Libanon-Invasion

Erfolge der Palästinenser gegen Israel Darüber schweigt die bürgerliche Presse

Fr., 11.6., Bildzeitung: „Arafat geflohen“, Sa., 12.6., Süddeutsche Zeitung: „Begin in der Position der Stärke“ – Das sind die Ergebnisse einer Woche intensiver israelischer Kriegsberichterstattung. Die Meldungen der palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa werden von der Presse planmäßig unterdrückt. Im folgenden die Zusammenfassung eines Gespräches mit Ala Eddin, dem stellvertretenden PLO-Vertreter in der BRD, am 12.6.82.

Alle palästinensischen und nationalen libanesischen Organisationen

zwei Tage lang ihre ganze Feuerkraft konzentriert hatten, wurde von nur 40 Mann verteidigt. In Beirut melden sich tausende ausgebildete Freiwillige. Die PLO hat den israelischen Angriff erwartet und hat schon lange im ganzen Land ihre Vorbereitungen getroffen. Die Falangisten („Christliche Milizen“) beschränken sich auf das Verbreiten von Falschmeldungen über ihren Rundfunksender, z.B. Arafat sei geflohen.

Die israelischen Verluste sind sehr hoch. Allein in den ersten drei Tagen



Demonstration gegen den Reagan-Besuch in Westberlin am 10.6.

kämpfen geschlossen gegen die israelische Invasion. Die militärische Situation für die Vereinigten Streitkräfte ist ausgezeichnet. Zu Lande haben sie die volle Herrschaft. Die Städte Tyros, Nabatije und Saida (Sidon) sind entgegen den Meldungen in der Presse nicht von den Israelis eingenommen. Die Küstenstraße Saida-Damur ist unter der Kontrolle der Vereinigten Streitkräfte. In der Gegend von Damur haben sie die israelischen Truppen eingeschlossen. Die israelische Armee kann ausschließlich aus der Luft und vom Meer her angreifen, aber ihre Landungsversuche werden zurückgeschlagen.

Die palästinensischen militärischen Versorgungslinien sind intakt. Die Kämpfer führen vor allem nachts ihre militärischen Operationen durch, tagsüber konzentrieren sie sich auf die Abwehr der israelischen Luftangriffe. Die Einheiten sind überall, in den Bergen und Städten, klein und beweglich. Beaufort Castle, auf das die Zionisten

wurden sechs Flugzeuge abgeschossen, Hunderte von Panzern sind zerstört, zig Panzer sind voll funktionsfähig von den Vereinigten Streitkräften in Besitz genommen worden. Israel gibt mehr als 100 Tote und Verletzte zu, die PLO schätzt das zehnfache. In Israel sind die Krankenhäuser überfüllt. Über den israelischen Rundfunk wurde zum Blutspenden aufgerufen, zum erstenmal überhaupt. In die Hunderte geht die Zahl der israelischen Gefangenen, darunter auch hohe Offiziere. Die Zionisten haben ihr Kriegsziel, die PLO militärisch zu vernichten, um das Westjordanland zu annektieren, nicht erreicht. Ein Waffenstillstand ist für die PLO nicht akzeptabel, solange die israelische Armee im Libanon steht. Erfahrungsgemäß wird der Abzug nicht auf dem Verhandlungsweg erreicht.

Aufgrund dieser militärischen Lage greift Israel jetzt ausschließlich zivile Ziele an und versucht, die Städte und Dörfer zu zerstören. Saida ist bereits

zu 80% zerbombt. Auf dicht bewohnte Gebiete in Beirut werfen sie Splitterbomben ab. Die großen Flüchtlingslager in und um Beirut und die Wohngebieten werden evakuiert. Die Verluste unter der Zivilbevölkerung sind dennoch hoch. Der palästinensische Rote Halbmond gibt die Zahl mit über 10000 Toten und Verletzten an. Medikamente und Verbandsmaterial werden dringend benötigt. Soweit der Bericht.

Die hohen Verluste haben den Imperialisten bei ihrem Treffen in Versailles „Sorgen“ gemacht. „Bestürzt“ waren sie wohl auch, daß die PLO in der Lage ist, weitgehend ohne Unterstützung arabischer Länder der israelischen Invasion entgegenzutreten, haben sie doch Israel alle Mittel in die Hand gegeben, zum endgültigen Schlag gegen die PLO auszuholen. Am 27.5. hat die US-Regierung die Militärhilfe für Israel auf 850 Mio. \$ erhöht, dazu 950 Mio. \$ als garantierten Kredit. Tags darauf kam das größte israelisch-amerikanische Waffengeschäft seit vier Jahren zustande: 75 F-16-Kampfflugzeuge im Wert von 2,5 Mrd. \$ (SZ 27./28.5.). Die Lieferung von Panzern, gepanzerten Fahrzeugen, Artillerie, Ersatzteilen und Munition für ca. eine Mrd. Dollar ist bereits unterwegs (SZ 10.6.). Im UN-Sicherheitsrat legte die USA ihr Veto gegen die Verurteilung Israels ein.

Genscher, der noch am Tag vor der israelischen Invasion mit Begin und Außenminister Schamir konferierte, wurde u.a. „mit der israelischen Auffassung von der Sicherheitslage im Nahen Osten bekannt gemacht“ (SZ 4.6.). Eine Woche später verhinderte er zusammen mit Holland, daß die EG Sanktionen gegen Israel beschloß.

Azania

BRD-Monopole steigern den Kapitalexport

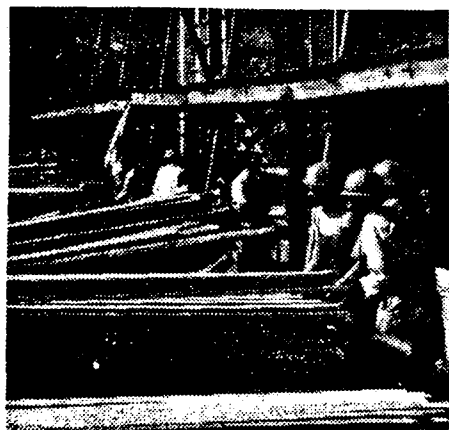
Um 56,1 Mio. auf insgesamt 734 Mio. DM erhöhten die westdeutschen Kapitalisten ihre direkten Investitionen in Südafrika im vergangenen Jahr. Mit 2,097 Mrd. DM Kredit zusätzlich unterstützen allein die inländischen BRD-Banken das Siedlerregime. Die BRD-Monopole, nach den britischen Kapitalisten zweitgrößte Einzelinvestoren in Südafrika, steigerten ihre direkten Kapitalexporte damit 1981 um 8,2%, diese Steigerungsrate ist erheblich höher als in den vergangenen Jahren (1979: +4,6%; 1980: +4,6%). Das „Handelsblatt“ erklärt, ausschlaggebend für die Steigerung sei „das verglichen mit westlichen Wirtschaftssystemen immer noch gute Investitionsklima am Kap.“

Das südafrikanische Bergbauministerium propagiert z.B. für die Minen Anstellungslöhne für die azanischen Arbeiter, die mit 100 Rand pro Monat um mehr als 70 Rand unter dem Existenzminimum liegen und nicht einmal die Hälfte der im „EG-Kodex“ empfohlenen Mindestsätze erreichen. Über die Ausbeutung der azanischen Arbeiter zu Niedrigstlöhnen und bei Arbeitstagen, die erheblich länger sind als in den westeuropäischen Ländern, verschaffen sich die ausländischen Kapitalprofite, über die sie in einer Weise verfügen können wie in kaum einem anderen Staat.

Die Rückführung von Dividenden und anderen Gewinnen ins Ausland ist unbeschränkt erlaubt. Die Besteuerung mit einem Steuersatz von höchstens 30% auf ausgezahlte Gewinne erheblich niedriger als z.B. in der BRD. Da die BRD ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Südafrika abgeschlossen hat, können die westdeutschen Kapitalisten den Steuervorteil vollständig nutzen. Beschränkungen erlassen hat die südafrikanische Regierung lediglich für die Rückführung einmal angelegten Kapitals. Für Investitionen aus dem Ausland wie für die Anlage von Erträgen, die die Kapitalisten in Südafrika erbeuten konnten, gewährt das Siedlerregime besondere Vergünstigungen.

Bei Anlagen in den Randgebieten der „Homelands“ zahlt der Staat bis zu 30% der Gesamtinvestitionen als Geschenk. Zusammen mit Devisenvergünstigungen bei der Einfuhr von Kapital kann ein ausländischer Investor sein Grundkapital so um 60% erhöhen. Investierte Gewinne werden mit 2% besteuert, wird gar eine Dividende ausgezahlt, braucht der Kapitalist überhaupt keine Steuer auf den Gewinn zu zahlen. Schließlich erteilt die Regierung auch noch Steuervergünstigung für die Rohstoffausplünderung: Steuernachlaß für alle Exporte aus Südafrika.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 3.6.82; South Africa, A Guide to Foreign Investors, Johannesburg 1977



Mit Steuererleichterungen bis zu 40% des Steuersatzes fördert das Siedlerregime Investitionen in ländlichen Regionen, wie diese Sägemühle in Transvaal

Kolumbien

Auf dem Land herrscht immer noch Militärrecht

Zwei Monate vor dem Amtsantritt des neuen Präsidenten hob der bisher amtierende Präsident Kolumbiens den seit dreißig Jahren bestehenden Ausnahmezustand auf. Verschiedene Gewerkschaftsbünde begrüßten diesen Schritt, weil damit wenigstens einige Beschränkungen der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit aufgehoben sind. Wie lange dieser Zustand andauern wird, ist allerdings ungeklärt, denn zur Begründung führte der bisherige Präsident an, der Friede im Inneren sei hergestellt. Bisher haben weder die Guerilla noch die Kleinbauern und die Indianer ihre Kämpfe eingestellt. Der neue Präsident Betancur gehört der Konservativen Partei an, die in den vergangenen Jahrzehnten gemeinsam mit der bislang regierenden Liberalen Partei die blutige Unterdrückung der Volkskämpfe betrieben hat.

Nach wie vor herrscht jedoch Militärrecht in verschiedenen ländlichen Gebieten, in denen Kleinbauern und Indianer leben und in die sich die Guerillatruppen zurückziehen. Diese Gebiete sind regelrecht vom Militär besetzt. Der Widerstand der Indianer und der Kleinbauern gegen die Versuche der Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten, das unverbrauchte Land zu nehmen, gegen die Bestrebungen imperialistischer Monopole nach Schürfrechten für Gold, Silber und Platin und nach Holzschlag für die Papierfabrikation soll gebrochen werden.

Inzwischen setzen sich Indianer und Kleinbauern in einzelnen Regionen gemeinsam zur Wehr gegen die Regierungstruppen und die Söldnerbanden der Konzerne. Über Jahrzehnte war es den imperialistischen Monopolen gelungen, die Kleinbauern als Wegbereiter ihrer eigenen Interessen in unerschlossenes Gebiet vorzuschicken, indem die Bauern von ihren Äckern vertrieben wurden. Die Bauern mußten in unerschlossenes Gebiet umsiedeln und rodeten häufig in Gegenden, die den Indianern gehören. Im letzten Jahr führten die Bewohner ganzer Dörfer Protestmärsche gegen erneute Umsiedlungen durch und wehrten sich gegen die anrückenden Militärtruppen, zum Teil gemeinsam mit den im gleichen Gebiet wohnenden Indianern.

Die Indianer führten Anfang des Jahres den ersten gemeinsamen Kongreß aller Indianerzusammenschlüsse Kolumbiens durch unter dem Motto: „Für Einheit, Erde, Kultur und Autonomie“. Sie beschlossen ein gemeinsames Manifest, in dem sie fordern:

Anerkennung des den Indianern rechtmäßig zustehenden Landes samt Flora, Fauna und Bodenschätzen; Vergrößerung der Indianerschutzzonen; Verbot von Parzellierung und privaten Besitztiteln auf Gemeinschaftsland; Selbstverwaltung der Indianergebiete durch eigene Organe der Indianer und Anerkennung der Selbstverwaltungsorgane durch die Regierung; Entschädigung für die Folgen der verschiedenen Projekte wie Staudambau, Bergbauunternehmen etc. auf indianischem Gebiet.

Quellenhinweis: M. Münzel (Hrg.), Die indianische Verweigerung, Hamburg 1981; taz v. 27.4.82; Lateinamerika-Plötz, Freiburg/Würzburg 1978

NATO-Verstärkung Spanien – Gibraltar Stützpunkt in Spanien

Am 5. Juni wurde Spanien nach beschleunigter Beitrittsprozedur und mit Fahnengeflatter in die NATO eingebracht. Am 11.6., beim NATO-Gipfel in Bonn, fand im Bundestag die Nachfeier statt.

Bei den Auseinandersetzungen um den NATO-Beitritt Spaniens hat der britische Kolonialstützpunkt auf der spanischen Landzunge Gibraltar an der Meerenge zu Marokko eine wichtige Rolle gespielt. Für die christdemokratische spanische Regierungspartei war er ein angeblicher Grund, für den NATO-Beitritt, damit Spanien auch was von dem Stützpunkt hätte, für die sozialdemokratische PSOE war es ein hinhaltendes Argument gegen den Beitritt, solange nicht spanische Souveränitätsrechte vorher geklärt wären.

Seit 1704 und abgesegnet durch den Frieden von Utrecht 1713 ist Gibraltar ein britischer Kolonialstützpunkt. England vertrieb die spanische Bevölkerung und „besiedelte“ Gibraltar mit Garnisonen und ihren Angehörigen. Bei einem „Referendum“ 1967 stimmten erwartungsgemäß 12 138 Garnisonsangehörige für England und 44 Bewohner Gibaltars für Spanien. Die jetzige Rolle Gibaltars ist einem unsinkbaren Schlachtschiff vergleichbar. Von hier aus vermögen die britische Marine und die RAF (Luftwaffe) – im Kriege gemeinsam mit den Verbündeten, darunter hoffentlich auch Spanien – alle Schiffe und Flugzeuge in der Umgebung der Meerenge zu überwachen. Im Frieden erfolgt die Überwachung der 200 Schiffe, die die Straße täglich durchfahren, und aller U-Boote ...“ Des weiteren unterhält Großbritannien hier in den Felsen eingebunkerte Depots, Kraftwerke, Versorgungsanlagen und eine Werft, auf der

alle Sorten Kriegsschiffe gewartet und repariert werden können. Gibraltar ist Stützpunkt einer Infanteriekompanie und eines starken Artilleriebataillons.

Auf dem NATO-Gipfel machte sich der spanische Regierungschef zwar für die spanischen „Sonderbeziehungen“ zu Lateinamerika stark und unterstützte den britischen Kolonialkrieg gegen Argentinien nicht öffentlich. Die imperialistischen NATO-Führungsmächte werden aber keinen „Malwinenkonflikt“ um Gibraltar mit Spanien fürchten müssen, solange Spanien NATO-Mitglied und die spanische Bourgeoisie ihre eigene Kolonialpolitik fortzusetzen in der Lage ist. Die Kriegsallianz NATO löst auch das Gibraltarproblem. Gibraltar wird, u.U. mit Sonderstatus, ein NATO-Stützpunkt in Spanien, und die spanischen Kolonialstützpunkte auf dem marokkanischen Festland sowie die Kanarischen Inseln werden NATO-Stützpunkt und NATO- bzw. in Kürze „EG-Territorium“.

Quellenhinweis: Europäische Wehrkunde 4/81; FAZ, Die Welt, Die Zeit

Italien

Die Kapitalisten suchen die Entscheidung

Der italienische Industriellenverband Confindustria hat am 1. Juni den Tarifvertrag von 1975 über die Inflationszuschläge gekündigt. Wenn die Gewerkschaftsbünde sich – wie beschlossen – auf keine Änderung des Tarifs einlassen, würde ab Februar 1983 wieder die frühere, in ein Gesetz übernommene Regelung gelten. Wichtigster Unterschied: Bis 1977 gab es für die einzelnen Lohngruppen verschiedene hohe Inflationszuschläge. 1975 konnten die Gewerkschaften durchsetzen, daß nach zwei Jahren Übergangszeit die Zuschläge einheitlich in der bis dahin nur für die oberste Gehaltsgruppe geltenden Höhe gezahlt wurden.

Schon seit Wochen weigern sich die Kapitalisten, über die Tarifforderungen der Einzelgewerkschaften zu verhandeln. Ein Wegfall der bisherigen Zuschlagsregelung würde die Forderungsplattform zu Makulatur machen. Jetzt ist völlig klar: Die Monopolkapitalisten wollen den Gewerkschaften eine vernichtende Niederlage beibringen und das bisherige Tarifsysteem völlig aus den Angeln heben.

Die Antwort war angemessen: Noch am 1. Juni legten die Belegschaften vieler großer Fabriken die Arbeit nieder. Tags darauf streikte die ganze Industrie vier Stunden. Für den 25. Juni rufen die Gewerkschaften zum Generalstreik mit Demonstration in Rom auf. Betriebliche und regionale Streik-

aktionen gehen unterdessen weiter. Die Forderungen: Rücknahme der Kündigung, Aufnahme der Tarifverhandlungen.

Inzwischen hat der Confindustria-Vorstand erklärt, wie er sich eine Neuregelung der Inflationszuschläge vorstellt. Nur noch für einen periodisch mit den Gewerkschaften zu vereinbarenden Mindestlohn soll die Teuerung (brutto) voll ausgeglichen werden. Auf diesen – nach den Absichten der Kapitalisten – miserablen Mindestsatz sollen auch Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld gedrückt werden. Der zugrundeliegende Preisindex soll um die Auswirkungen von Ölpreis und Dollarkurs bereinigt werden. Für die oberen Gehaltsgruppen soll es wieder höhere Zuschläge geben.

Die Festgeldzuschläge haben die Lohnsenkung bisher vor allem für die unteren Lohngruppen in Grenzen gehalten. Das gesamte System dreijähriger Branchentarife und auch der Teuerungsausgleich im öffentlichen Dienst und für Rentner beruhen darauf. Eine Niederlage der Gewerkschaften in dieser Frage würde der Reaktion Tür und Tor öffnen. Die „Mitte-Links“-Regierung Spadolini, die dann wahrscheinlich durch ein deutlich weiter rechts stehendes Kabinett abgelöst würde, hat sich von dem Schritt der Confindustria vorsichtig distanziert. Gleichzeitig leistet sie aber mit Überlegungen, die Auswirkungen der geplanten Mehrwertsteuererhöhung vom Teuerungsausgleich auszunehmen, Flankenschutz. Die italienische Arbeiterbewegung hat einen langen und schwierigen Kampf aufgenommen.

Quellenhinweis: L'Unità, 2. – 10.6.1982

Jugoslawien

Mehr „Marktorientierung“ gefordert

Zur Vorbereitung des 12. Kongresses des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens fanden in diesen Wochen in allen Provinzen des Landes regionale Parteikongresse statt. Im Mittelpunkt der Debatte stand die schwierige Wirtschaftslage: 1982 müssen noch 3,3 Milliarden Dollar an Schuldendienst an die westlichen imperialistischen Länder bezahlt werden. Gleichzeitig ist die Realisierung der für 1982 gesteckten Planziele stark gefährdet.

In einer Reihe von Industriezweigen, auf die zusammen ca. 60% der industriellen Erzeugung Jugoslawiens fallen, wurden Produktionsrückgänge festgestellt. Als Hauptursache dafür wurde die unzureichende Versorgung der Industrie mit Rohstoffen, Halbfabrikaten, Maschinen und Ausrüstun-

gen angeführt. Verstärkt wird dieser Mangel durch die aufgrund des Devisenmangels beschlossenen Importrestriktionen. Im Mai dieses Jahres veröffentlichte Statistiken über die Entwicklung der Wirtschaft deuten auf einen starken nominalen Anstieg des Gesamtertrags (um 43%) sowie des Gesamteinkommens (um 38%) der jugoslawischen Volkswirtschaft hin. Aufgrund einer außerordentlichen Steigerung der Produktionskosten (um 46%) sind jedoch zugleich die Verluste der Wirtschaft gegenüber dem Vorjahr um 44% gestiegen. Defizitär wirtschaften 5,5% der Betriebe mit 6,6% der insgesamt in der Wirtschaft Jugoslawiens Beschäftigten.

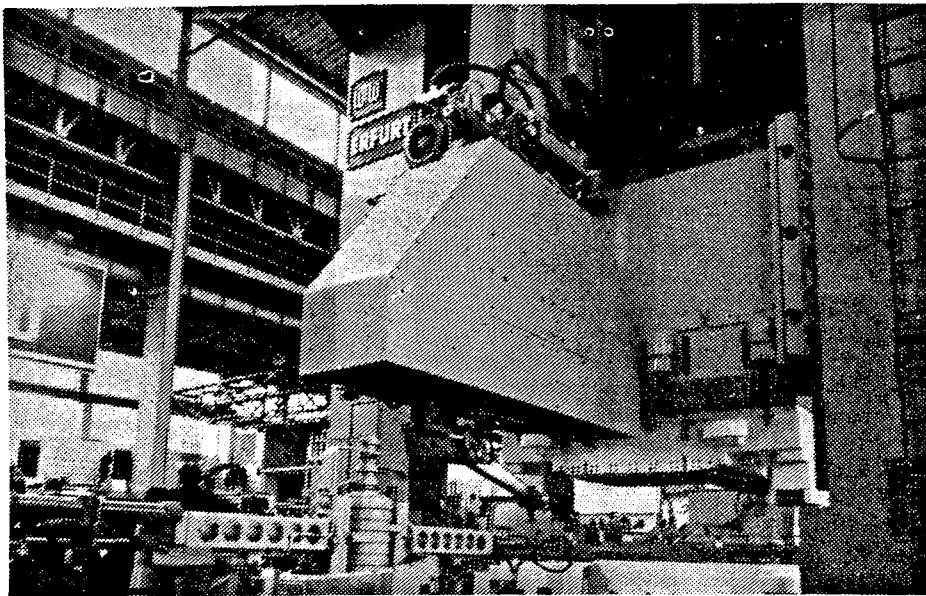
Während auf allen Parteikongressen am Prinzip der Selbstverwaltung festgehalten und beschlossen wurde, die Anstrengungen zu sparsamerem und effektivem Wirtschaften zu erhöhen, um die Planziele erfüllen zu können, wurden vor den Kongressen Stimmen im Bund der Kommunisten Jugoslawiens laut, die eine grundsätzliche Reform des Selbstverwaltungssystems in Richtung auf „größere Marktorientiertheit“ fordern. K. Gligorov, Mit-



Delegierte auf dem Kongreß des BdKJ Bosnien und Hercegovina bei der Wahl

glied des ZK des BdKJ, schrieb im Mai in einem Artikel der Zeitung „Politika“: Die Gewinne müßten eine „reale Größe“ und auf dem Markt verdient sein, die Preise dürften nicht nach willkürlichen Gesichtspunkten festgelegt werden. Unwirtschaftliche Betriebe solle man nicht mehr „politisch durchschleppen“, sondern einfach schließen. Jede „administrative Konstruktion von Gewinnen und Verschleierung von Verlusten“ müßten sofort aufhören.

Man muß damit rechnen, daß diese Thesen auf dem 12. Parteikongreß im Juli weiter diskutiert werden und die Forderung einer „Reform“ in Richtung auf völlige Freigabe des Marktes gestellt wird.



Eine neue Generation von Umformautomaten stellte das VEB Kombinat Umformtechnik „Herbert Warnke“ auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1981 vor

DDR

Von BRD-Reaktion verteilte Planwirtschaft steigert die Produktion

Das Privateigentum an den Produktionsmitteln sei der höchste Punkt des menschlichen Fortschritts, propagiert die CDU/CSU. Die kapitalistische „freie Marktwirtschaft“ sichere „Wohlstand“ und „Freiheit“ und verhindere das Elend, das untrennbar mit jeder Planwirtschaft einhergehe. Die „Brüder und Schwestern im anderen Teil Deutschlands“ aber müßten unter der Diktatur der Planwirtschaft vegetieren; drängt nicht dieses üble Schicksal darauf, daß in der DDR die Freiheit, insbesondere die „freie Marktwirtschaft“ wiederhergestellt werde? Die amtlich bestellten Ostforscher bezweifelten auf der Ostforschertagung im letzten Jahr, die sie über den Fünf-Jahrplan 1981–85 der DDR abhielten, daß die Pläne der DDR aufgehen werden: „Das Problem liege grundsätzlich in der mangelnden Motivation der Beteiligten, die nur mittels weitreichender Ordnungsreformen erreicht werden könnte, die dann freilich auch die Konsequenzen für die bestehende politische Ordnung haben müßten.“

Nur zu gerne wären die westdeutschen Imperialisten bereit, die „politischen Konsequenzen“ zu ziehen, und eine zerrüttete DDR-Wirtschaft böte ihnen eine gute Grundlage dafür. Die Verteufelung der Planwirtschaft der DDR erzielt aber nicht die gewünschte Wirkung. Die Planwirtschaft, selbst in ihrer bürokratisch degenerierten Form, wie in der DDR, hat sich als fähig erwiesen, die Produktion zu entwickeln. Die Entwicklung der DDR-Wirtschaft hat den westdeutschen Imperialisten und ihren Plänen einen Strich durch

die Rechnung gemacht.

1981, im ersten Jahr des Fünf-Jahrplans, haben die Arbeiter und Angestellten in der DDR das produzierte Nationaleinkommen um 5 Prozent gesteigert. Die Außenhandelsbilanz mit den kapitalistischen und den Entwicklungsländern war aktiv. Besonders die aktive Handelsbilanz hat die westdeutsche Bourgeoisie beunruhigt, denn ihre „Ostforscher“ hatten das gerade Gegenteil vorausgeschaut. Als „produziertes Nationaleinkommen“ bezeichnet die DDR „den Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, der nach Abzug der im jährlichen Produktionsprozeß verbrauchten Produktionsmittel verbleibt. Es stellt den geschaffenen Neuwert dar, der durch die produktive Arbeit der Werktätigen hinzugefügt wird.“

Das Wirtschaftswachstum wurde ohne Steigerung des Primärenergieverbrauchs erzielt. Über 90% des Nationaleinkommenszuwachses resultieren aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Der spezifische Verbrauch wichtiger Energieträger, Rohstoffe und Materialien wurde um 5% verringert. Durch Einführung neuer Technologien wurden 493 Millionen Stunden Arbeitszeit eingespart, 12% mehr als 1980. 185350 Wohnungen wurden neu gebaut bzw. modernisiert, 16127 mehr als im Jahr 1980. Die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung erhöhten sich um 3,3%. Das durchschnittliche Arbeits-einkommen betrug 1980 in der Industrie monatlich 1039 Mark (1976 926 M). Die „gesellschaftlichen Fonds“ zahlten 5,4 Mrd. mehr als 1980,

insgesamt 58 Mrd. Mark. Aus diesen Fonds werden z.B. Zuschüsse für stabile Preise der Mieten, Tarife und Waren des Grundbedarfs, Renten, Kindergelder u.a. gezahlt.

Diese Steigerungen 1981 sind Teil des Fünf-Jahrplans 1981–85. Was sind die Ziele des Plans?

- Das produzierte Nationaleinkommen soll bis 1985 gegenüber 1980 auf 128 Prozent gesteigert werden

- Die industrielle Warenproduktion soll auf 131 Prozent ansteigen

- Die Arbeitsproduktivität soll auf 129 Prozent steigen

- Es werden 940000 Wohnungen, davon 600000 Neubauwohnungen fertiggestellt

- Die Nettogeldeinnahmen werden sich auf 120 Prozent erhöhen.

Was sind die Voraussetzungen und Bedingungen dieses Plans? In der DDR gibt es zwei Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln: das „gesellschaftliche Volkseigentum“ und das „genossenschaftliche Eigentum“. Zum „Volkseigentum“ gehören: Bodenschätze, Festlandsockel, Kombinate und Betriebe der Industrie, des Bauwesens und anderer Bereiche, die Staatsgüter, der größte Teil der Handelseinrichtungen, die Banken und Versicherungen, fast alle Einrichtungen des Verkehrswesens, wachsende Anteile des Wohnungsfonds. „Genossenschaftliches Eigentum“ gibt es im Handwerk, Handel und in der Landwirtschaft. Die zentral festgelegten Plandaten werden den Betrieben vorgegeben, die ihre Durchführung beraten und festlegen. Die Ministerien sind verpflichtet, diese Festlegungen zu überprüfen. Sie können Änderungen durchsetzen.

Seit 1971 hat die SED als „Hauptaufgabe“ für die weitere Entwicklung festgelegt: „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Von 1971 bis 1980 produzierten die Arbeiter und Angestellten ebensoviel Nationaleinkommen wie zuvor in 20 Jahren. Im Wesentlichen beruhte diese Steigerung auf einer beständig erhöhten Produktivität. Der Zuwachs des Nationaleinkommens kommt derzeit zu 90% aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Als wichtige Voraussetzung, den Wirkungsgrad der Arbeit zu vergrößern, hat die DDR die Berufs- und Schulausbildung ausgeweitet. Das geschah unter großen Schwierigkeiten, insbesondere der Abwerbung von ausgebildeten Fachkräften durch die westdeutschen Kapitalisten bis 1961. Bei Gründung der DDR besaßen nur 25% aller Beschäftigten eine abgeschlossene Berufsausbildung, 75% waren Angelernte oder Ungelernte. 1980 betrug der Anteil der Berufstätigen mit abgeschlossener Berufsausbildung beziehungsweise mit abgeschlossenem Studium 80,2%. Von den Jugendlichen,

die die Arbeit aufnehmen, verfügen rund 95% über eine Berufsausbildung. Mit abgeschlossener Hoch- und Fachschulbildung sind 1,4 Millionen tätig, doppelt soviel wie 1970.

Diesen Bildungsstand stärker zu nutzen, legte der 10. Parteitag der SED im April 1981 fest. Von der Erweiterung der Produktionsanlagen und der Produktion soll jetzt der entscheidende Schritt zur Rationalisierung, zur Effektivitätssteigerung vollzogen werden. Die Produktionsmittel sollen umgewälzt werden. Dabei beschloß der Parteitag der SED, den Schwerpunkt bei der Mikroelektronik zu setzen. Breite Anwendung der Mikroelektronik in der Produktion, die automatisierte Steuerung der Prozesse und 40–45 000 Industrieroboter sollen dazu führen, daß während der fünf Jahre von 1981 bis 1985 insgesamt 2,854 Mrd. Arbeitsstunden eingespart werden. Das entspräche der Jahresarbeitszeit von über 300 000 Arbeitskräften während des Fünfjahrplans. Die Fonds an Energie und Rohstoffen, über die die DDR verfügt, bleiben in den nächsten fünf Jahren gleich oder werden nur wenig wachsen, da die außenwirtschaftlichen

Preise dafür stark gestiegen sind. Aus diesem Grund werden die neuen Produktionsmittel die Roh- und Brennstoffe besser verwerten. 1981 hat die Wirtschaft der DDR 15% Erdöl und 30% Steinkohle gegenüber 1980 eingespart.

Seit 1978 stellt die DDR Mikroprozessoren her. 1980 waren in der Mikroelektronik 100 000 beschäftigt. In der elektrotechnischen Industrie arbeiten 14% aller Beschäftigten der Industrie. Bis 1985 soll die Produktion von Bauelementen der Mikroelektronik auf 435 Prozent anwachsen.

Damit eine rasche Anwendung in der Produktion möglich wird, sind die grundlegenden Einheiten in der Industrie, die Kombinate, seit 1982 verpflichtet, „Anwendungskonzeptionen“ zur Mikroelektronik als Bestandteil des Planentwurfs einzureichen. Diese Kombinate sind seit 1979 ausgebaut worden. Mitte 1981 gab es 157 Kombinate mit 2,9 Millionen Beschäftigten. Insgesamt sind 8,717 Mio. berufstätig, Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge. Diese Kombinate in der Industrie, im Bauwesen, Transport- und Nachrichtenwesen stellen über 90%

der industriellen Warenproduktion her. Die Kombinate sind dem Ministerium direkt unterstellt. In der Wirtschaft ist mit dem Ausbau der Kombinate durchgängig ein zweistufiges Leitungssystem durchgesetzt, über die Ministerien und über Kombinate. In einem Kombinat sind mehrere Betriebe eines Produktionsbereichs zusammengeschlossen. Wichtige Zulieferbetriebe gehören dazu, seit 1981 sind den Kombinat Außenhandelsbetriebe angeschlossen. Neben der Rechnungsführung der einzelnen Betriebe müssen die Kombinate diese ebenfalls machen. Sie werden von einem Generaldirektor eigenverantwortlich geleitet. Über die Kombinate soll die rasche Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse der Bevölkerung gewährleistet werden, sie sollen die Arbeitsteilung in der Produktion ausbauen und haben eigene Forschungszentren. Das Verhältnis zwischen zentraler Leitung und Eigenverantwortung der Betriebe soll darüber aufgebaut werden.

Quellenhinweis: Bericht des ZK der SED an den 10. Parteitag; Aus dem Gesetz über den Fünfjahrplan, Dokumente zur Politik der DDR 7/1981; Die Industrie der DDR, Dokumentation von Panorama DDR; Stat. Jahrbuch der DDR, 1981; Osteuropa-Wirtschaft 1/1982

Mangelhafte Selbstversorgung führt zu Verschuldung bei westlichen Imperialisten

In ihrem jährlichen Bericht gibt die Zeitschrift „Euromoney“ an, daß von 1980 auf 1981 in der Liste der vierzig am stärksten verschuldeten Länder die DDR vom letzten Platz auf Platz 36 aufgerückt ist. Die Verschuldung für 1981 wird mit 6,27 Mrd. \$ gegenüber 4,81 Mrd. \$ angegeben. Im „Deutschland-Archiv“ vom März 1982 wird die Schuldensumme für Ende 1980 auf mindestens 7,4 Mrd. \$ geschätzt. Dabei sind die Verbindlichkeiten gegenüber den westlichen kapitalistischen Ländern und aus dem sogenannten innerdeutschen Handel eingerechnet. Diese

Außenhandel der DDR mit westlichen kapitalistischen Ländern

	Export (in Mio. Dollar)	Import
1970	1002,8	1296,2
1971	1070,3	1374,4
1972	1295,6	1817,8
1973	1725,9	2556,9
1974	2393,2	3293,9
1975	2259,6	3274,1
1976	2760,7	4196,3
1977	2477,1	3784,1
1978	2616,0	3712,8
1979	3135,1	4991,4
1980	4172,7	5815,1
1981	4756,9	6809,5

Angaben nach: Wifo, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 4/1982. Die Angaben für 1981 sind vorläufig.

sind entstanden, weil die DDR die Möglichkeit des zinslosen Überziehungskredits mehrfach fast völlig ausgenutzt hat. Er ist seit 1975 auf maximal 850 Mio. Verrechnungseinheiten festgelegt. Die BRD kommt gut weg, weil sie als dasjenige Land dasteht, das der DDR günstige Bedingungen einräumt für die Beschaffung von Devisen. Man muß aber berücksichtigen, daß die BRD als einziges Land in der Lage ist, aus der DDR importierte Waren ohne Zoll bzw. Abschöpfung bei landwirtschaftlichen Produkten innerhalb der EG weiterzuverkaufen. Die DDR ist dabei von der BRD weit abhängiger als umgekehrt, denn sie wickelt rund 15% ihres gesamten Austausches im „innerdeutschen Handel“ ab, während für die BRD nur 2% ihres Austausches auf dem Spiel stehen. Dadurch, daß nach einer Sonderregelung innerhalb der EG von 1966 das Kreditvolumen der übrigen EG-Länder gegenüber der DDR an die im „innerdeutschen Handel“ gewährten Kredite gebunden ist und bestimmte Relationen nicht überschreiten darf, bestimmt die BRD über das gesamte der DDR offenstehende Kreditvolumen der EG. Aus diesen Bedingungen folgt, daß die DDR ziemlich schwer getroffen wird, wenn die EG ihr ihren Markt verschließt, oder Beschränkungen für bestimmte Güter durchsetzt. Denn damit

verschlechtern sich sowohl die Aussichten der DDR, ihre Schulden abzubauen wie ihre Möglichkeiten, Energieträger und Getreide für die Tierproduktion zu kaufen.

Die Austauschverhältnisse haben sich für die DDR in den letzten Jahren stärker als vorausgesehen verschlechtert. Sowohl für Erdöl wie auch für Getreide mußte sie stärker gestiegene Preise zahlen, als sie für ihre exportierten Industriewaren erzielen konnte.

Außer dem Verhältnis zur UdSSR, ihrem Erdöllieferanten, bei der sie sich verschuldet hat, betrifft dies vor allem eine stark gestiegene Verschuldung bei den USA, bei denen sie zunehmend Getreide kaufen mußte. In der DDR werden zwei Drittel des selbst produzierten Getreides und ein Viertel bis die Hälfte der Kartoffeln für die Tierproduktion benötigt. Der zu niedrige Grad der Selbstversorgung mit Getreide und anderen Futterpflanzen erweist sich als Grund für die wachsende Abhängigkeit von den westlichen Imperialisten. Dies durch rechtzeitige Planung der Entwicklung der Produktion in der Landwirtschaft nicht vermieden zu haben, ist sicher ein schwerer Fehler in der Planung. Derzeit werden jedoch Anstrengungen gemacht mit dem Ziel, die Importabhängigkeit von Getreide und Futtermitteln in den 80er Jahren zu reduzieren und zu beseitigen.

Quellenhinweis: B. Jansen, EWG und DDR nach Abschluß des Grundlagenvertrages, Baden-Baden 1977



KPD-Wahlkampfschwerpunkt unter den Frauen: Kampf gegen § 218.

Ausstellung Hamburger Arbeiterkultur um 1930 „Vorwärts – und nicht vergessen“

Unter diesem Titel, der dem Solidaritätslied von Brecht und Eisler entnommen ist, zeigt eine „Projektgruppe Arbeiterkultur Hamburg“ eine Ausstellung der vielfältigen kulturellen Ausdrucksformen der Hamburger Arbeiterbewegung um 1930. Im Auftrag der Kulturbehörde hat sie in einer leerstehenden Fabrikhalle im alten Arbeiterbezirk Barmbek sehenswertes, z.T. bisher nicht veröffentlichtes Dokumentarmaterial, Plakate, Wohnungseinrichtungen, Gebrauchsgegenstände, Maschinenteile u.a. zusammengetragen und gibt so einen anschaulichen Überblick über den Arbeiteralltag, die Wohnverhältnisse, die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, über Wahlkampfmethoden, Arbeiterpresse, Frauenbewegung, Jugend- und Arbeitersportorganisationen sowie über den Einsatz von Musik, Theater, bildender Kunst, Fotografie, Film und Radio durch SPD und KPD.

Der Besucher geht am Eingang durch eine lebensgroß aufgestellte Gruppe Hamburger Hafenarbeiter und kann sich über Arbeitsbedingungen sowie Ursachen und Wirkung des großen Hafenarbeiterstreiks 1929/30 informieren. Eine Gasse des Gängeviertels ist aufgebaut, Hochburg der KPD und von den Faschisten später dem Erdboden gleichgemacht.

Die Ausstellungsgegenstände spiegeln die große Kraft, aber auch die Spaltung der Arbeiterbewegung wieder, die sich auch durch alle Kulturparten zog und jeweils revolutionäre oder sozialdemokratische Kulturverbände hervorbrachte. Im Kampf gegenein-

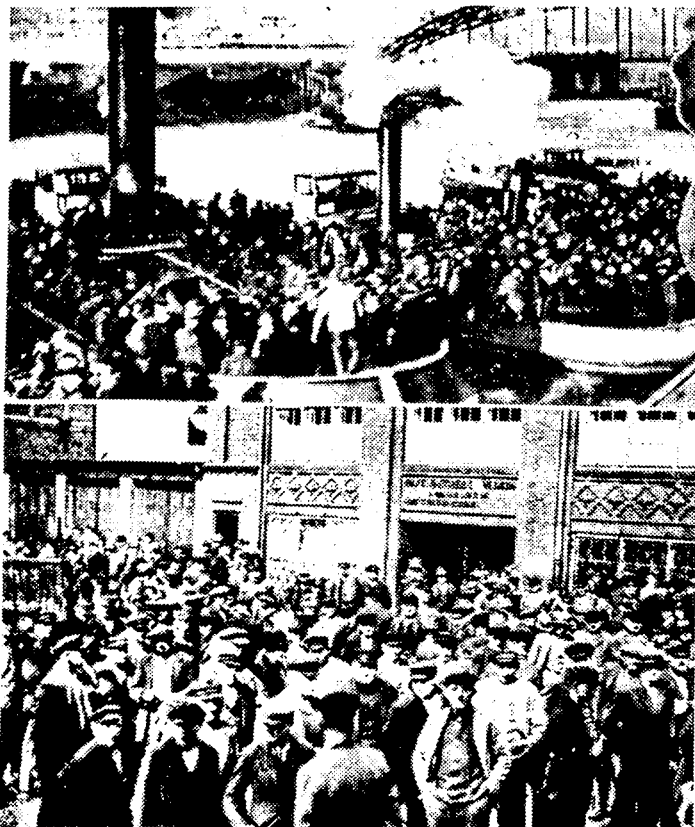
ander ging eine Menge Kraft verloren, die nötig gewesen wäre, um den Faschismus zu verhindern.

Die zweimalige Zerschlagung und Unterdrückung der Arbeiterkultur durch Faschismus und westdeutsche Restauration erklärt den etwas befremdlichen Eindruck, den die Ausstellung auf den Betrachter heute macht. Er wird unterstützt durch ausstellungstechnische Unbeholfenheiten, die der Geld- und Zeitnot der Projektgruppe geschuldet sind



1931 erhielt die KPD im Hamburger Gängeviertel 41,6% der Stimmen.

und zeigen, daß die Hamburger Behörden noch heute keinen Pfennig zuviel für Ausgrabung und Dokumentation der Arbeiterkultur übrig haben. Immerhin bildet diese Ausstellung einen Grundstock für das von den Gewerkschaften geplante „Museum der Arbeit“ in Hamburg. Die Ausstellung ist bis zum 30.9.82 zu besichtigen, der Katalog mit umfangreichem Dokumentarmaterial kostet 25 DM und ist beim Ausstellungsbüro Jarrestr. 20–26, 2 Hamburg 60, zu erhalten.



Einmal: Gedränge der Werft-Grandys auf den Transporten zur Arbeitsstelle — Jetzt: Gedränge vor dem Arbeitsamt

Arbeiterfotografie als Waffe im Klassenkampf: Abbildung aus „Roter Stern“ Nr. 11/1932.

Märkische Junkermärchen

Ilse Gräfin von Bredow hat sich darangemacht, ihre „Kindheit in der märkischen Heide“ zu erzählen. Nun sind die Grafen von Bredow ein in Bauernschinderei und -quälerei jahrhundertlang geübtes Junkergeschlecht. Zudem ist die Gräfin 1922 geboren – ihre Kindheit umfaßt also die Zeit bis zum Kriegsbeginn durch die Faschisten. Um diese Zeit in eine „aufregend schöne, erfüllte, von Erinnerungen pralle Jugendzeit“ umzudichten, muß man schon märkische Junkerstochter sein. Die Familie der Bredows lebt – wovon, wird dezent übergangen – in einem Dorf, das durch das Unglück, Sitz der von Bredows zu sein, längst elendig verarmt ist. Mit diesen „netten armen Leuten“ erlebt das hoffnungsvolle Grafentöchterchen schrecklich „lustige“ und „aufregende“ Geschichten – mit dem „lustigen“ epileptischen Dorfkrüppel Bruno, mit Opa Klose, Nachwächter und Wilderer, der wegen ein paar Mark einen Schäfer erschlägt usw. Das ganze ist ein Versuch, die Verbrechen der märkischen Junker jetzt, wo sie glücklich von ihren Gütern vertrieben sind, in idyllische Dorfgeschichten aufzulösen nach dem Strickmuster: Es war einmal eine arme Grafenfamilie. Ihr Gärtner war arm, ihr Hausmädchen war arm, ihr Chauffeur war arm, ihre Knechte und Mägde waren arm, ihr ganzes Dorf war arm, und alle lebten gemeinsam mit der armen Grafenfamilie nur von „Kartoffeln mit Stippe“.

Ilse Gräfin von Bredow, Kartoffeln mit Stippe, Goldmann-Taschenbuch, 7,80 DM

Lübbes Monte-Casino-Buch: schlimm

Die dauernden Neuerscheinungen von Büchern über einzelne Abschnitte des zweiten Weltkrieges, oft zunächst von britischen Verlagen veranstaltet und, wie man den Eindruck nicht selten hat, vorwiegend, um einer Ausgabe auf deutsch Rückhalt gegen den Vorwurf der Verherrlichung des Faschismus zu bieten, tatsächlich zu lesen, ist schon sinnvoll. Nicht nur hat es Zweck, sich mit den propagandistischen Vorhaben der Reaktion vertraut zu machen, es ist ja außerdem fast unmöglich, über ein geschichtliches Thema ein Buch zu schreiben, das nicht wenigstens entstellte Informa-

tionen und Ansichten enthält. Piekalkiewicz, Autor des Bastei-Lübbe-Buches „Die Schlacht von Monte Cassino“, hat mit diesem Buch das fast Unmögliche wahr gemacht. Auch wer sich für die Schlacht von Monte Cassino interessiert, wird sich gelangweilt und um DM 12,80 betrogen fühlen. In dem immerhin über 300 Seiten starken Stück wechseln längere, ausschließlich aus Dokumentenfetzen zusammengestellte Passagen mit solchen, in denen unter der Kapitelüberschrift „Und so war es wirklich“ weitere Dokumentenfetzen in einen Kommentar gebettet sind, der seinerseits eine erkennbare Gedankenführung nicht hat, sondern eine schlechte Schilderung, gespickt mit unbegründeten Ansichten über Fehler dieses oder jenes Generals oder Truppenführers zu beißen gibt. Löhnend zu lesen sind die Seiten 328 unten bis 329, Ende des Opus. Dort entwickelt Piekalkiewicz unter Berufung auf etliche in Italien stationierte Generale, man habe die Schlacht von Monte Cassino nicht schlagen sollen und stattdessen sich dem „Balkan“ zuwenden, oder, nachdem man sie nun geschlagen habe, durch die Poebene auf den Balkan und von dort aus auf Wien vorstoßen sollen, statt Stalins Roter Armee den Balkan zu reservieren. Die Westalliierten hatten sich aber einen Teil Italiens militärisch gesichert und konnten die Polizeiaufsicht über die Abrechnung mit dem Faschismus – Mussolini war ja schon gestürzt – zum Teil dem Marschall Kesselring überlassen.

J. Piekalkiewicz, Die Schlacht von Monte Cassino, Bastei-Lübbe 65 044, Bergisch-Gladbach 1982, 12,80 DM

Francesco Rosi's „Die drei Brüder“

Drei Brüder, die vor vielen Jahren die rückständige süditalienische Provinz Apulien verlassen haben und in den Norden gegangen sind, kehren zur Beerdigung ihrer Mutter in ihr Heimatdorf zurück. Der Älteste ist ein Richter in Rom, der sich durch drakonische Strafverfolgung von Anarchisten einen Namen gemacht hat. Der Zweite vertritt einen sozialen Katholizismus, den er in einem Erziehungsheim in Neapel verwirklichen will. Der Jüngste arbeitet in einem Turiner Autowerk, hat sich an den Streikkämpfen dort beteiligt. Konfrontiert mit ihrer Heimat, ihrem Vater und den Kindheits- und Jugenderlebnissen

und -freunden, erleben alle drei eine Identitätskrise; persönliche Probleme wie Familienkrisen vermischen sich mit dem Gefühl der Entwurzelung und gesellschaftlichen Problemen wie dem italienischen Nord-Süd-Gefälle, der Rolle der Gewalt und der Zerrüttung des bürgerlichen Staates. So träumt der Richter, nach außen die Verkörperung des „starken Staates“, daß er von den Roten Brigaden erschossen wird. Seinen Bruder, den Fabrikarbeiter, greift er an, daß die Streiks der Nährboden für den Anarchismus seien. Der klagt die Gesellschaft an, für die die Gewalt der Fabrik- ausbeutung kein Thema sei. Der Erzieher träumt, wie er allen „Unrat“ der Gesellschaft – Drogen, Waffen etc. – wegschafft. Diese Bündelung der Probleme der italienischen Gesellschaft in den drei Brüdern wirkt allzu schablonenhaft, die Personen gerinnen zu Figuren, ihre Dialoge sind oft plump. Das Stilmittel der Rückblenden und Träume wird überstrapaziert. – Der Kontrast zu den anderen Hauptpersonen des Films, zu dem alten Vater, der trotz des Todes seiner Frau seine innere Ruhe bewahrt und fest im bauerlichen Leben verwurzelt ist,



und zu seinem Enkelkind Martha, das voller Unbefangenheit das Landleben erobert, mündet in die Aussage: Die persönliche Identität kann nur wiedergewonnen werden durch Rückkehr zu den eigenen „Wurzeln“, durch Rückbesinnung auf die „einfachen“ Werte des Landeslebens. Die – teilweise ausgezeichnete – Kameraführung verstärkt diese Wirkung mit Bildern von der süditalienischen Landschaft neben Großaufnahmen von Ratten zwischen Betonblocks z.B. – Der Regisseur Rosi hat sich einen Namen gemacht mit sozialkritischen Enthüllungsfilmen – über die Mafia, die Korruption, die Brutalität der Staatsmacht. Der neueste Film fällt dagegen ab – wegen der Fragwürdigkeit der Aussage und formaler Schwächen.

E. Winter

Der Einfluß der Großunternehmen auf die Kommunen

Die Arbeit von E. Winter entstand im Rahmen der aktuellen These lokaler Politik-Forschung in der BRD, „daß sich die spezifischen sozialen Probleme der entwickelten Gesellschaft in ihren agglomerierten Räumen in konzentrierter Form studieren lassen“ (Grauhan, R.), „daß unter kapitalistischen Bedingungen der Kapitalakkumulation der Staat zwecks Stabilisierung des Gesamtsystems zunehmend Förderungs- und Absicherungsfunktionen übernimmt“ (Evers). Die zentralstaatliche Strategie der Konfliktverteilung sieht für die Kommunen vor, daß sie rechtlich und planerisch die kapitalistischen Verwertungsinteressen der privaten Wirtschaft absichern, soziale Konflikte regeln und nationalen Kapitalinteressen lokal zum Durchbruch verhelfen. Eine überproportionale Steigerung kommunaler Schulden ist die Folge. Für die Bevölkerung steigen die Reproduktionskosten. Der Zwang staatlicher Intervention auf kommunales Handeln nimmt zu, wodurch Status und Aufgaben der Gemeinden sich ändern. Durch Zentralisierung von Kompetenzen und Dezentralisierung von Aufgaben werden die Kommunen zu Vollzugsorganen von Anordnungen, Gesetzen und Vorschriften degradiert. Soweit die allgemeine These der lokalen Politik-Forschung.

E. Winter ergänzt: Die Abhängigkeit der Kommunen vom Bund ist der bedeutendste externe Einflußfaktor auf die kommunale Selbstständigkeit. Das Investitionsverhalten der Gemeinden folgt den zyklischen Entwicklungen des ortsansässigen Kapitals und den damit verbundenen Steuereinnahmen. Etablierte Parteien sind bislang nicht in der Lage, auf die Hintergründe ihrer Unfähigkeit der Problemlösung auf der für den Bürger überschaubaren lokalen Ebene einzugehen. Die Hoffnung einer Reorganisation liegt in dem Versuch basisdemokratischer Organisationsformen.

Am Beispiel Opel/Rüsselsheim wird nachgewiesen, wie die Einflußnahme funktioniert. Es wird belegt, daß die ökonomische Position von Opel für die Stadt zur Abhängigkeit aller Bereiche von den Belangen der Firma führt. So wurde z.B. mit der Drohung, den Firmensitz nach Bochum zu verlegen, von Opel die kurzfristige Genehmigung des Baus von Wohnkasernen für 1600 Menschen durchgesetzt, die zunächst von der Gemeinde abgelehnt worden war. Das Straßennetz ist mit Schnellstraßen ganz auf die Bedürfnisse des Konzerns zugeschnitten, ebenso der öffentliche Nahverkehr, der ansonsten chaotisch organisiert ist. Die Walter-Köbel-Halle (3600 Plätze) wurde nach oftmaliger Planungsrevision den Wünschen Opels entsprechend für Fahrzeugrepräsentation errichtet, wenn auch bisher nicht dafür genutzt. Trotz guter infrastruktureller Bedingungen gelingt es nicht, z.B. chemische Industrie und Betriebe der Stahlbranche anzusiedeln. Selbst die Zunahme des Dienstleistungssektors ist indirekt von der Beschäftigung Opels abhängig. Die Möglichkeit einer kontinuierlichen kurz- und mittelfristigen Einnahmen- und Ausgabenplanung des kommunalen Haushaltes ist in Rüsselsheim nicht gegeben.

Die Stadt schafft optimale Verwertungsbedingungen und achtet auf konfliktfreies Verhalten dem Konzern gegenüber. Bis zum Tode des damaligen Bundesvizepräsidenten Schmitt-Vockenhausen, SPD, kann von einer relativ hierarchischen Struktur als Garant für die Sicherstellung und Stetigkeit des optimalen Kapitalverwertungsklimas in Rüsselsheim gesprochen werden. Zu der Gruppe, die auch heute noch „die letzte Instanz“ der Entscheidungen hat, gehören der Stadtkämmerer und Landtagsabgeordnete Sch. Im Mittelfeld der Entscheidungen rangieren der Bürgermeister, der Stadtverordnetenvorsteher, gleichzeitig Bezirksvorsitzende der SPD. Auch die ca. 20–30 Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS) sind in der SPD, der sie sicherlich nicht aus sozialdemokratischer Gesinnung angehören. „Eine zumindest bis zur Mitte der siebziger Jahre wichtige politische Funktion im Spektrum der kommunalpolitisch dominierenden Partei nahm deren Jugendorganisation ein, deren langjährige Auseinandersetzungen mit den höchsten lokalen Vertretern der Mutterpartei selbst in Zeiten schwerster Krisen, in denen beispielsweise Opel mit seinen Rüsselsheimer Arbeitern nicht sehr zimperlich umsprang, Ersatzkonfliktfelder schufen, die, weitausladend in der Öffentlichkeit ausgebreitet, auch die Gewähr dafür boten, daß der Automobilkonzern aus den Schlagzeilen herausblieb. Die relativ Opel-freundliche Presse tat das ihre.“

„Die Einflußnahme des Konzerns kann als mehr institutionell-faktisch denn als spektakulär-direkt angesehen werden, auch deshalb, weil kompetente Entscheidungsorgane auf der Landes- und Bundesebene zu finden sind. Die noch von kommunalen Entscheidungen mit abhängigen Konzerninteressen werden mehr oder weniger direkt von den Mitgliedern des Betriebsrats im Stadtparlament vertreten. Diese müssen als Arbeiterschaft des Konzerns eine Politik vertreten, die zwar dem Wohle der Stadt dienen soll, die aber primär, weil es um ihre und die Arbeitsplätze ihrer Wähler geht, auf das Fortbestehen und das Wohlergehen des Automobilkonzerns ausgerichtet ist.“ Die Frage, ob Arbeitnehmervertreter die Interessen der Rüsselsheimer arbeitenden Klassen gegenüber der Geschäftsleitung des Betriebes anmelden, wird von E. Winter nicht aufgeworfen, ebenso wie die Auswirkungen der Abhängigkeit, die gestiegenen Reproduktionskosten nicht untersucht werden.

„Der Einfluß der Großunternehmen auf die Kommunen unter Berücksichtigung lokalen Funktionswandels und veränderter Rahmenbedingungen in der BRD“. Fallbeispiel Rüsselsheim. Dissertation von Egon Winter. Offenbach/Main 1981.

Buchbesprechung

Patriotismus mit Turbo: „Der Frieden – das ist die Nation“

Zur Erläuterung: „Turbo“ ist ein Attribut für solche LKW- bzw. PKW-Motoren, die zwecks wirkungsvoller Leistungssteigerung die Energie der Auspuffgase zum Antrieb einer (zusätzlichen) schubfördernden Kompression nutzen. Und exakt dies Prinzip sucht sich die jüngste Publikation des neudeutschen Patriotismus „Die deutsche Einheit kommt bestimmt“ (G. Lübke-Verlag/Bergisch-Gladbach, 1982) zunutze zu machen, indem sie die friedensbewegten Forderungen nach einer atomwaffenfreien Zone in (Mittel-)Europa als *geopolitischen* Schub gebraucht und zur Forderung nach „Einheit aller Deutschen“ verdichtet:

„Entweder kommt sie auf dem Weg einer militärischen Katastrophe. Dann findet die Wiedervereinigung aller Deutschen im Massengrab statt. Oder sie kommt in Form einer politischen Lösung. Dann wird sich erweisen, daß die *deutsche Einheit* die einzig wirksame Garantie für den *europäischen Frieden* ist ... Die Völker Europas, insbesondere das geteilte deutsche Volk, nahmen 33 Jahre lang die Unterjochung und Entmündigung fast widerstandslos hin ... (Es wird) den *begrenzten* atomaren Krieg ... geben! Begrenzt aber nicht primär waffentechnisch; begrenzt vielmehr geographisch: auf den Raum von der Maas bis an den Bug, von der Etsch bis an den Belt. Opfer werden etwa 150 Millionen Mitteleuropäer sein; vornehmlich die Bewohner der Bundesrepublik, der DDR, Österreichs und Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei. Darunter ca. 85 Millionen Deutsche ... DEUTSCHLAND, dieses Territorium des zukünftigen Super-Holocaust. 'Deutschland den Deutschen' oder 'kein deutsches Blut für Moskau oder Washington', das müßte doch die lebenserhaltende Quintessenz aller gegenwärtigen Politik in Bonn wie in Ostberlin sein ... Treten wir die Flucht nach vorne an, entziehen wir die beiden Teile Deutschlands schnellstens der Konfrontation, unterlaufen wir mit der Vereinigung der deutschen Nation sämtliche Kriegs-Szenarios. Der Status quo der deutschen Spaltung – *das ist die Kriegsgefahr!* Die beiden unsouveränen deutschen Staaten – *das sind die Hauptaufmarschgebiete des künftigen Atomkrieges!* *Die Deutsche Frage ungelöst lassen, das heißt, am Körper Europas ein Kriegsgeschwür konservieren.* Was tut not? Sagen wir es schlicht: DEUTSCHER PATRIOTISMUS. Und zwar unabhängig von West und Ost. Wenn wir den Frieden wirklich sicherer machen wollen, dann gibt es nur einen Weg: Wir dürfen uns auf deutschem Boden nicht länger gegeneinander ausspielen und wir dürfen die beiden deutschen Staaten nicht als Schachfiguren im internationalen Ränkespiel mißbrauchen lassen ... Die ideologischen und ökonomischen Gegensätze zwischen den beiden deutschen Staaten kann und will niemand leugnen. Es gibt ja selbst genügend politische Differenzen in der Bundesrepublik. Doch was macht es noch für einen Sinn, von 'links' oder 'rechts' oder von der 'Mitte' zu reden, wenn das Massengrab schon für *alle* in Sicht ist? Wem nützen die abgegriffenen Klischees ..., wenn den Deutschen *insgesamt* der Untergang droht? ... Krieg oder Frieden, das ist eine gesamtdeutsche Frage! Marschflugkörper und Neutronenbomben respektieren weder Grenzkontrollen noch die Mauer. *Deshalb heißt, 'Frieden wollen' nichts anderes, als die Einheit Deutschlands wollen.* ... DER FRIEDE – DAS IST EINE NATION. In diesem Sinne ist das vorliegende Buch zu verstehen. Es ist Mahnung und Warnung zugleich. Niemand soll später sagen können, er habe um die Bedeutung der nationalen Frage nicht gewußt.

Es ist ein Buch, das es in dieser Art noch nie gegeben hat: Linke wie Konservative kommen darin gleichermaßen zu Wort ... Es soll ausdrücken, daß die Fragen der Ideologie zweitrangig sind, wenn es um Frie-

den und Vaterland geht“ (S.6 – 13, sämtliche Hervorhebungen im Original!).

Bei diesen Autoren handelt es sich u.a. um folgende: Prof. H. Diwald, Historiker an den Universitäten Erlangen/Würzburg, verschiedentlich als Referent in NPD-Kreisen tätig und mit dem „Sudetendeutschen- bzw. Südmährischen Kulturpreis“ ausgezeichnet (sein Beitrag: „Deutschland – was ist es? Thesen zur nationalen Identität“ S. 17 – 35); Dr. H. Rüdtenklaus, ehemaliger Wissenschaftlicher Referent für Deutschlandpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Reserveoffizier und derzeit bei der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ tätig (sein Beitrag: „Geschichte einer Okkupation – Deutschland unter fremder Besetzung“ S.61-79); Dr. T. Schweisfurth, ehemaliger persönlicher Referent des Staatssekretärs im sozialliberalen Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen/Innerdeutsche Beziehungen und derzeit als wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut in Heidelberg tätig (sein Beitrag: „Das Ziel: Blockfreiheit – Ein Beitrag zur Friedensstrategie“ S.81 – 101); Dr. P. Brandt und Studienrat H. Ammon, „Apo-Veteranen“, derzeit an der TU bzw. FU Westberlin tätig (ihr Beitrag: „Patriotismus von Links – Rückblick und Zustandsbeschreibung“ S.119 – 159).

Der Herausgeber dieses Buches „Die deutsche Einheit kommt bestimmt“ ist ein Dr. W. Venohr, als Chefredakteur in der Fernsehproduktion tätig und nach seinen eigenen Ausführungen (in der Einleitung) ein „antifaschistischer deutscher Patriot“; von ihm stammt der Schlußbeitrag: „Konföderation Deutschland – Ein Weg zur deutschen Einheit“ (S.181-192). In ihrer Buchbesprechung (15.5.82.) zu diesem von W. Venohr herausgegebenen Sammelband hat „Die Welt“, neben ihrer Genugtuung über die famose Entwicklung jener „linken Patrioten“ (vom sozialen zum völkischen Denken!) auch einigen Zweifel angemeldet:

„Es ist kein Zufall, daß die Autoren mehrheitlich der Blockfreiheit zuneigen. Eine neue deutsche Einheit kann nur aus den beiden Supermachtblöcken heraustreten. Wie das geschehen kann, ist freilich eine Frage, die offen bleiben sollte, bis eine günstige Lage den Modus ihrer Lösung diktiert. Ob dies heute, wie hier (in diesem o.a. Buch/Red.) überwiegend gemeint, mit der Atomkriegspsychose gegeben ist, die durch die Lösung der deutschen Frage gegenstandslos werden kann, scheint ... zweifelhaft. Die Angst ist eine saisonale Massenstimmung. Es gibt keinen Grund für einen Krieg zwischen den USA und der UdSSR. Ihre Rüstungen dienen nur der Disziplinierung ihrer Lager. Sie können sie nur noch auf diese Weise zusammenhalten.“

Hinter diesem Zweifel steckt die bange Frage, ob es wirklich, mit Erfolg und massenhaft gelingen kann bzw. wird, innerhalb der „Friedensbewegung“ und darüber hinaus *die wesentlichen programmatischen Positionen* dieses Sammelbandes zu verankern. Diese programmatischen Positionen zielen allesamt darauf ab, *zuverlässige ideologische Voraussetzungen* für eine „Wiedervereinigung“ zu schaffen. Im einzelnen:

1. Du sollst die Geschichte der Deutschen auffassen als einen tausend-jährigen „Kampf um die Einheit der Deutschen auf dem Boden des Reiches in Mitteleuropa“; dieser „Kampf“ war gekennzeichnet durch ein besonderes Charakteristikum, nämlich die Stammesgliederung der Deutschen, die sowohl Vielfalt wie Zwietracht in sich barg. Das alte Reich stellte die staatliche Zusammenfassung aller deutschen Stämme in Mitteleuropa dar. „Die längste Zeit der Geschichte war unsere Einheit ein ersehntes, erkämpftes Ziel, ein Verlangen und Begehren“ (Diwald, S. 22).

2. Du sollst die Wiederbegründung des deutschen Reiches (1871) auffassen als die schließliche Befriedigung jenes Begehrens der Deutschen, insofern durch diesen Akt „ihre so lange gehegte Sehnsucht nach Einheit endlich ihre staatliche Form bekommen“ (Diwald, S.23) hat. Du sollst in diesem Zusammenhang davon ausgehen, daß dieses Deutsche Reich von 1871 zunächst jenen Millionen „Deutschen in Österreich und im Sudetenland“ verschlossen blieb und Du sollst von daher den Ersten Weltkrieg insbesondere unter dem Gesichtswinkel betrachten, daß er mit der endgültigen Heraushaltung der Deutschösterreicher, Sudetendeutschen und Südtiroler aus dem verstümmelten Deutschen Reich endigte.

3. Das heißt mit anderen Worten: Du sollst das Versailler Friedensdiktat (1919) erstens auffassen als eine brutale Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts aller Deutschen! Zweitens sollst Du diesen Akt der Zerreißung der Einheit der Deutschen als die wirkliche Ursache des zweiten Weltkriegs auffassen und Dir dabei stillschweigend denken, daß er als Beleg dafür aufgefaßt werden kann, daß man gefälligst nicht auseinanderreißen darf, was doch zusammengehört! Du sollst aus diesem Grunde die Beschlüsse und Festlegungen der Antihitlerkoalition von Jalta und Potsdam (1945) als eine erneute brutale Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts aller Deutschen auffassen.

4. Du sollst daher für eine „frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung“ eintreten, welche die Eingemeindung der DDR in die BRD ermöglicht – und wie sie im Art. 7 des Deutschlandvertrags vorgesehen ist, denn mit diesem Vertrag „haben wir (die Westmächte) bereits im Wort“ (Schweisfurth, S. 98). Es kann sein, daß Dich das ökonomische Potential

des, vermittelt eines solchen Friedensvertrags, wiedervereinigten Deutschlands etwas irritiert – es „wäre in der Tat groß – aber wieso ist wirtschaftliche Macht eine Friedensbedrohung? Von dieser wirtschaftlichen Macht könnten viele profitieren – die Europäer (vor allem im Osten), die Entwicklungsländer und auch ‚Moskau‘ ...“ (Schweisfurth, S. 95/96).

5. Du sollst die „internationale Pflicht (der Deutschen), Verantwortung in Mitteleuropa zu übernehmen“ – Dir selbst zu eigen machen! „Denn das ist die Erfahrung und Lehre seit 1945: Ohne ein vereintes, unabhängiges Deutschland ist Europa nicht existent, hat es keine Identität, ist es nicht handlungsfähig ... In dieser Erkenntnis liegt die historische Aufgabe des deutschen Volkes beschlossen ... Dann würden selbst die Leiden und Schrecken, die Verheerungen und Verluste des Zweiten Weltkriegs nicht umsonst gewesen sein“ (Venohr, S. 192).

Diese programmatischen Positionen knüpfen somit letztlich ziemlich unverhohlen an jene nationalsozialistische Zielsetzung: „Großdeutschland als Führer Europas wird sein – oder Europa wird überhaupt nicht sein!“ an. Im wesentlichen sind diese Positionen aus *dreierlei Elementen* zusammengefügt – und diese haben augenfällig etwas mit den (bisherigen) Tätigkeitsfeldern dieser Leute zu tun: und zwar zunächst einmal aus *imperialistischer Geschichtsschreibung bzw. Geschichtskritik*, wie sie von konservativen bzw. faschistischen Historikern stets zwecks Liquidierung eines Geschichtsverständnisses betrieben wurde, welches von der sozialen Lage und den demgemäßen Interessen der verschiedenen Klassen ausgeht. Kommt diese imperialistische Sorte von Geschichtsschreibung als Rekonstruktion des tausendjährigen „Kampfes um die Einheit der Deutschen auf dem Boden des Reiches in Mitteleuropa“ daher, so ist sie nichts anderes als Rechtfertigung sämtlicher Kriegsabenteuer zwecks Neuordnung Europas unter deutscher Führung. Die pseudo-geschichtswissenschaftliche Gemeinheit steckt einerseits in der Unterstellung einer „Deutschen Nation“ und zweitens in der Hinzufügung des Reichs-Begriffs: daß alles, was halbwegs „deutsch“ spricht oder aussieht, „zusammengehört“ – diese Behauptung bzw. Unterstellung war stets das sich volkstümlich gebende Vehikel für sämtliche reichs-deutschen herrschenden Klassen bei ihrem Bestreben gewesen, ein „auskömmliches“ menschliches und sachliches Potential für ihre Ausbeutungszwecke zusammenzuraffen. Es war aber – in Anbetracht dessen, daß in Kontinentaleuropa viele nicht-deutschsprachige Völker stets existierten – diese Zusammenraffung „aller Deutschen“ zugleich auch immer eine Zusammenraffung vieler „Nichtdeutscher“; und *diesen* Umstand eines Vielvölkergefängnisses meint der Begriff „Reich“. Die Gemeinheit an der Verwendung dieses Begriffs im Zusammenhang mit der Unterstellung einer „Deutschen Nation“ besteht darin, daß deren Einheit sich sozusagen automatisch als Einverleibungs- und Unterordnungsprozeß gegen die nicht-deutschen Nationen versteht.

Das zweite Element ist dasjenige des *imperialistischen „Völkerrechts“*, wie es im Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts für Expansionszwecke des deutschen Imperialismus stets seinen Ausdruck fand. Es kommt nicht von ungefähr, daß die nationalsozialistische Völkerrechtslehre diesen Begriff gegen denjenigen des „Rechts auf Selbstbehauptung“ ausgetauscht hat und daß – exakt in dieser Tradition stehend – in jenem o.a. Buch von dem „nationalen Selbstbehauptungswillen der Westdeutschen“ (Rüdenklau, S. 78) die Rede ist. Übrigens ist dies völlig korrekt, nämlich von der eigenen imperialistischen Logik her, formuliert: Es geht um die auf diese Weise gerechtfertigte Expansions- bzw. Annexionsabsicht gegenüber einer, als tatsächlich *andere* Nation, selbst zugegebenen Nation der DDR-Deutschen oder Mitteldeutschen.

Das dritte Element ist die *geopolitische Erörterung der „nationalen Frage“*, bei der jeder, der sich auf die Unterstellung einer solchen Frage und damit der Existenz „einer“ deutschen Nation einläßt, zugleich sich auf die Unterstellung des dazugehörenden, mindestens mitteleuropäischen Raumes bzw. „Bodens“ einlassen muß. Es ist die Rehabilitierung der nationalsozialistischen „Lebensraum-Ideologie“: erstens Kampfansage an alle „raumfremden“ Mächte, nämlich die beiden Supermächte, und zweitens „Verantwortung“, und das heißt Hegemonie, der Mitte über das Ganze – insofern doch vollständig „klar“ ist, daß diese Mitte das „natürliche Zentrum“ im Verhältnis zum „Rand“ ist ...

Diese akademischen Patrioten haben sich in der Tat sehr weit vorgewagt – das muß unbedingt in Rechnung gestellt werden. Am besten tut man dies, indem man diesen Leuten wie auch denen, die mit ihren Positionen liebäugeln, das Urteil des Nürnberger Internationalen Militärgerichtshofes (1946/47) über die Betreiber solcher Sachen zur Kenntnis bringt: „Tod durch den Strang!“

Mode für reiche Frauen

Der keineswegs diskrete Charme des großen Geldbeutels

In einer bauerlichen Kleiderordnung um 1150 heißt es: „Dem Bauer ist nach dem Recht nur schwarz oder grau zu tragen erlaubt. Gere (keilförmige Verzierungen des Gewandes) darf er nur an der Seite tragen; rindlederne Schuhe sind genug; für das Hemd 7 Ellen und für die Kniehose Tuch aus Rupfen.“ (Kaiserchronik des Pfaffen Konrad). Den lohnabhängigen Frauen heutzutage ist es nicht *verboten*, sich beispielsweise bei Dior einzukleiden. Der Aufwand jedoch, den die Bourgeoisfrauen für ihre Garderobe treiben, übertrifft die feudale Prachtentfaltung eher.

Angefangen von den Naturfasern Wolle, Leinen, Seide, deren Tragen angenehm und der Gesundheit zuträglich ist, die sich lohnabhängige Frauen in guter Qualität schon fast nicht mehr leisten können. Synthetik kommt bei den teuren Kleidern meist nur als Gag vor. Es geht weiter mit Pelz und Leder, allerdings auch nicht „einfach“, sondern z.B. Pythonschlange zu einem Rock verarbeitet oder Gazellenleder zu Handschuhen. Schließlich Spitzen, Stickereien, Paillettenstoffe, mit deren Herstellung teils von Hand allein schon viele Arbeiterinnen beschäftigt sind. Die Zeitschrift „Madame“ für die höhere Frau gab als dominierende Materialien der Haute Couture von Rom und Paris letzten Sommer u.a. an: „Chiffon mit Goldlurex und imprimiert, Tüllstickerei und Spitzenstoffe. Viel Lamés in Gold und Silber. Organza und Taft. Moiré. Pongé. Shantungseide. Brokat ... Doubleface ... Wolleinen. Die ganze Seidenskala (Roh-, Rupfen-, Shantungseide) ... Guipuré und Makrameespitze.“ (Heft März 1981) Vom Schmuck heißt es in einer Juwelier-Anzeige der Zeitschrift „Vogue“: „Nahrung, Unterkunft und Diamanten sind lebensnotwendig. Alles Übrige ist Luxus.“ (Heft Juni 1982)

Exklusiv – wie der Name schon sagt, sind die niederen Klassen vom Konsum ausgeschlossen – nicht nur die Materialien, sondern auch Schnitt und Verarbeitung. Die Bourgeoisfrau hat als wesentlichen Lebenszweck zunächst den Fang eines standesgemäßen Ehemannes, sodann die Zierde und Verkörperung der gesellschaftlichen Stellung desselben. Nicht durch Tätigkeit wird ihre Person hervorgehoben, sondern vor allem durch ihre ausgefallenen Kleider. Die Haute Couture, in Frankreich ein ganzer Industriezweig, beschäftigt sich ausschließlich mit der Ausschmückung reicher Frauen. Feine Abstufungen gibt es da: Die Crème de la crème läßt bei den Modeschöpfern arbeiten; es wird die Garderobe für eine bestimmte Frau entworfen und gefertigt. In der Rangordnung folgt nun das Modellkleid. Auch hier kann die Trägerin sicher sein, daß sie auf dem nächsten Empfang keiner Frau mit demselben Kleid begegnet – für die Bourgeoisfrau eine Katastrophe. Bei Harry's in München z.B. kann man ein Modellkleid von Luciano Soprani, Leinen mit grauweißen Blockstreifen, im Schnitt einem Nachthemd ausgesprochen ähnlich, für nur 1190 DM erwerben. Oder ein Leinenkostüm, die Jacke für 950, den Rock für 750 DM. Leserinnen und Leser mögen sich selbst ausrechnen, wie lange sie dafür arbeiten müßten. Schließlich stellen einige Haute-Couture-Häuser auch Prêt-à-Porter-Mode her, d.h. Konfektionskleidung für gehobene Ansprüche zu gehobenen Preisen. Immerhin kann man da für ein schlichtes, aber schmuckes Leinen-Sommerkleid noch 450 DM hinlegen.

Wichtig für die reiche Frau ist endlich noch, daß sie zu jeder Gelegenheit das richtige „Outfit“ anzuziehen hat. Zum schnellen Einkaufsbummel in Mailand etwa das Stadt-Ensemble, zum Five-O-Clock-Tea das Nachmittagskleid, kurze Zeit später das Cocktailkleid. Dann gibt es da noch das Sommerparty-Kleid, den Pyjama-Dreß, den handbemalten Seiden-Blouson, der „unentbehrlich für die Grundgarderobe“ ist, u.ä.m. Das alles natürlich jedes Jahr neu. Gemeinsam ist all diesen Kleidern, daß man ihnen ansieht: Sie sind fürs Nicht-Arbeiten geschaffen. Soweit lohnabhängige Frauen entfernt, aber auch wirklich entfernt Ähnliches tragen, ist es entweder berufsbedingt, weil die Kapitalisten von ihnen eine bestimmte Aufmachung erwarten, oder z.B. zu festlichen Anlässen. Noch nie hörte man allerdings, daß die Kapitalisten Verkäuferinnen oder Sekretärinnen die Anschaffung entsprechender Kleider gezahlt hätten. Will sich die lohnabhängige Frau dennoch ein „besseres Stück“ leisten, so ist dies jedenfalls nur durch Verzicht auf andere Lebensnotwendigkeiten möglich.

Unternehmensstatistik: Beschäftigte, Lohnkosten und Umsatz

Als Unternehmen werden in der Statistik rechtlich selbständige und gesondert bilanzierende Wirtschaftseinheiten erfaßt. Jedes Unternehmen kann einen oder auch mehrere Betriebe umfassen, örtlich getrennte Produktionsstätten einschließlich zugehöriger Verwaltungen. Insofern liefert die Unternehmensstatistik – im Unterschied zur Betriebsstättenstatistik – nicht nur Daten über die Produktion und Reproduktion der Kapitale (z.B. über den fixen und flüssigen Teil des konstanten Kapitals im Unternehmen, über die Schaffung von Wert), sondern ist auch ein Indikator für die Konzentration der Kapitale. Daß das Maximum der Unternehmensverteilungen nach Beschäftigtengrößenklassen mehr als doppelt so hoch liegt als bei den Verteilungen der Betriebe und daß außerdem der Unterschied zwischen mittleren und großen Unternehmen ausgeprägter hervortritt als zwischen mittleren und großen Betrieben, kann als Ausdruck der Konzentration der Kapitale interpretiert werden.

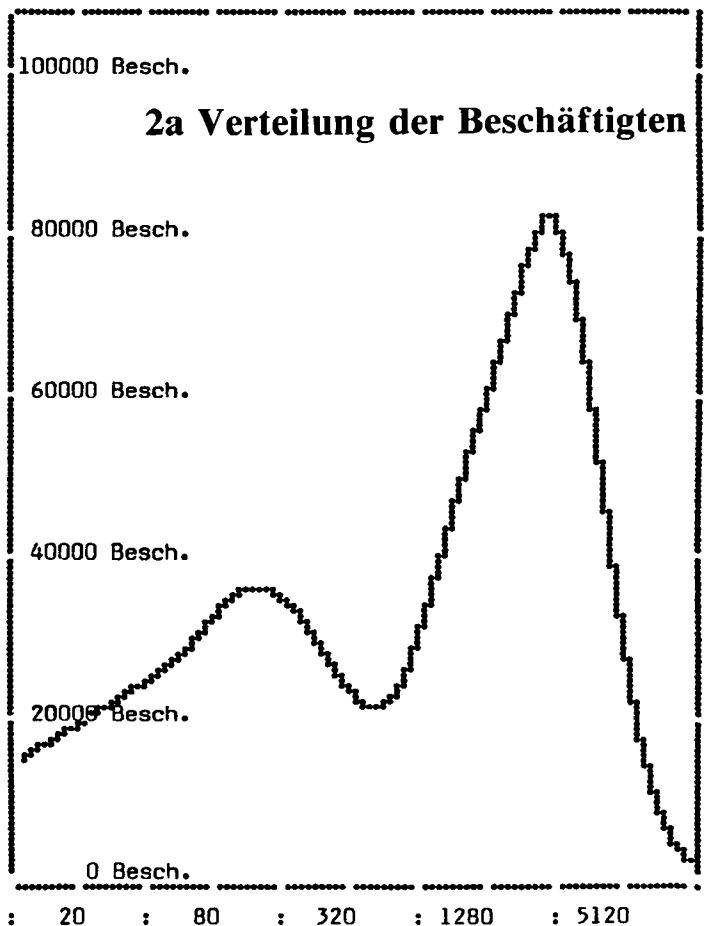
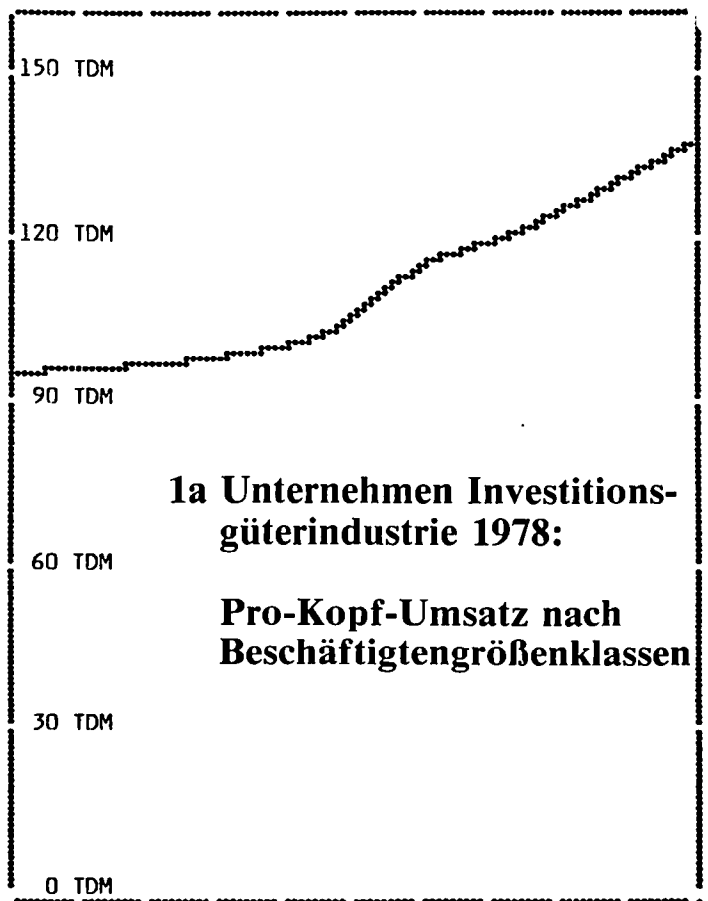
Indes bestätigt die Unternehmensstatistik einen schon aus der Betriebsstättenstatistik ermittelten Sachverhalt: Die klare, schroffe Differenzierung zwischen mittleren und großen Einheiten, die auf qualitative Unterschiede in der Zusammensetzung der Kapitale hinweist. In der Größenordnung von ca. 500 bis über 1000 Beschäftigten pro Unternehmen ist sowohl die Zahl der Gesamtbeschäftigten (und damit der gesamten Lohn- und Lohnnebenkosten) und des Gesamtumsatzes erheblich niedriger als in den Zonen darunter und darüber. D.h. offensichtlich sind Faktoren wirksam, die dazu führen, daß mittlere Unternehmen vorwiegend in der Größenordnung bis zu 400 Beschäftigten angesiedelt sind, Großunternehmen dagegen erst ab deutlich über 1000 Beschäftigten. Wir gehen davon aus, daß es sich dabei nicht um eine statistische Zufälligkeit – etwa aufgrund der groben Klassenbildung – handelt, nachdem das auch schon anhand der Betriebsstättenstatistik festgestellt werden konnte.

Zu den Schaubildern 1a – 1c:

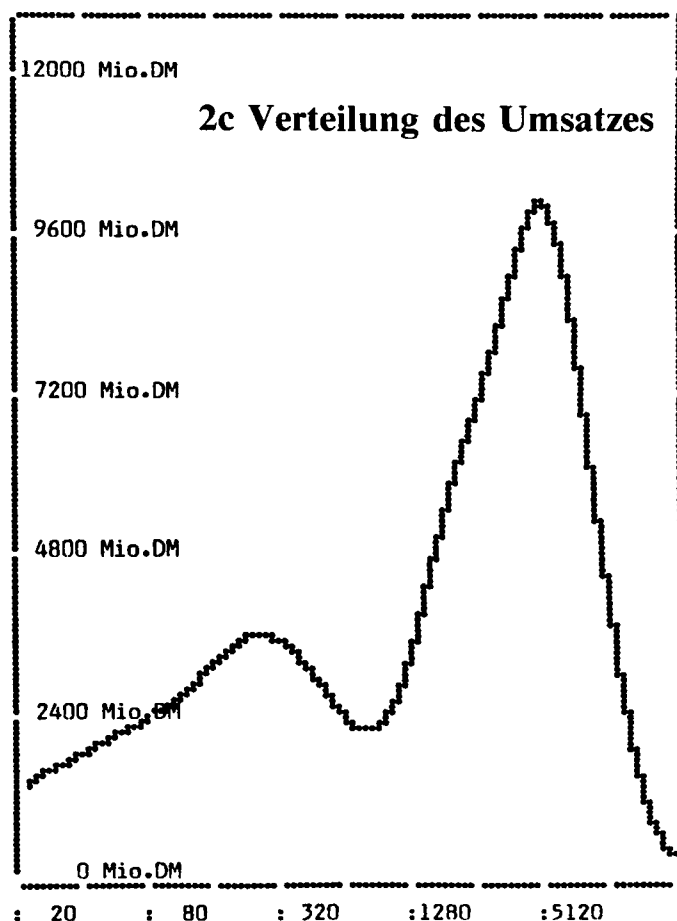
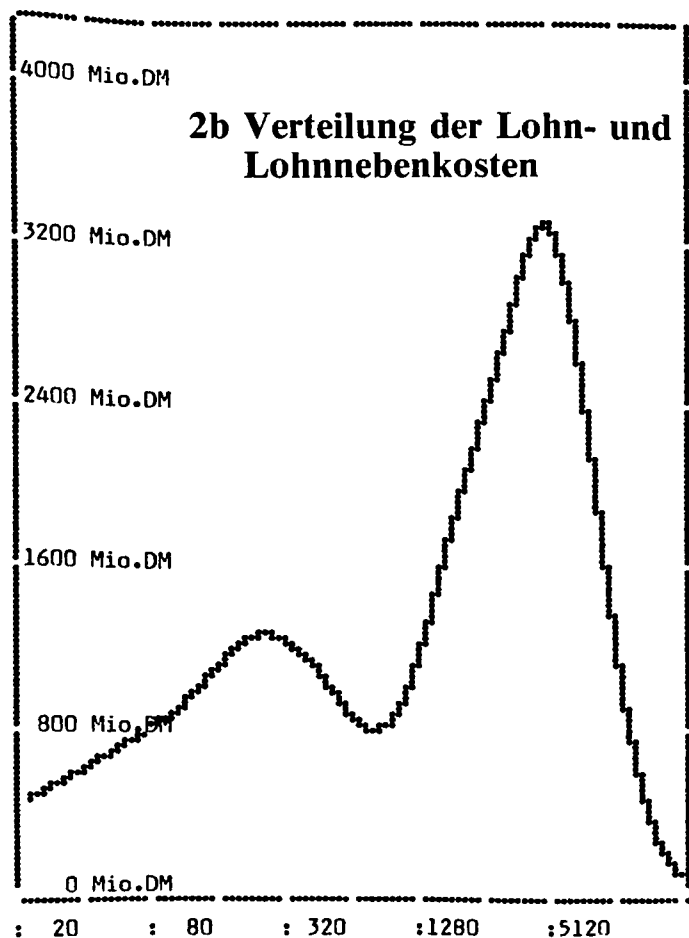
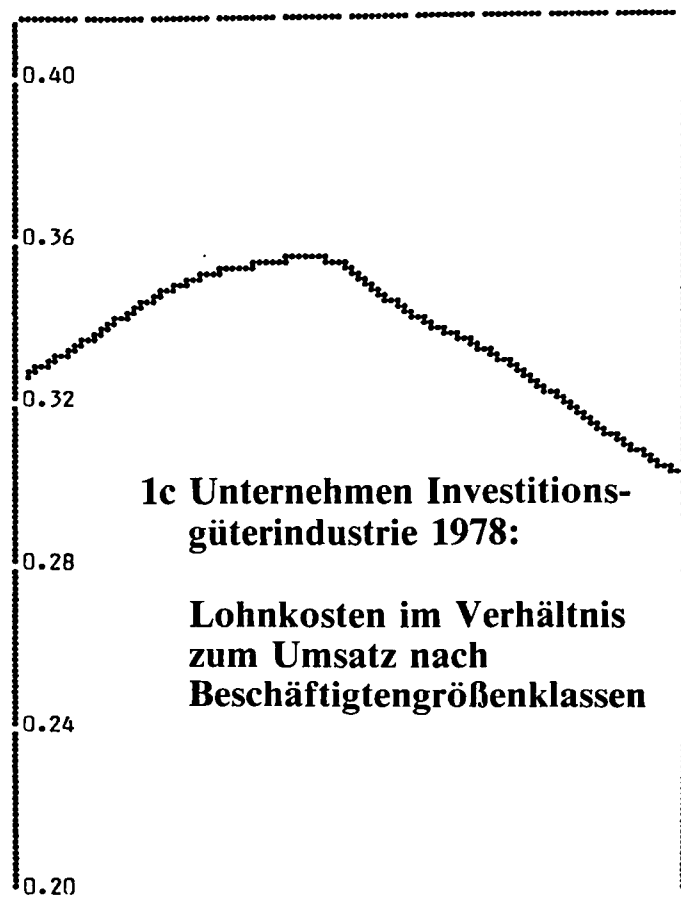
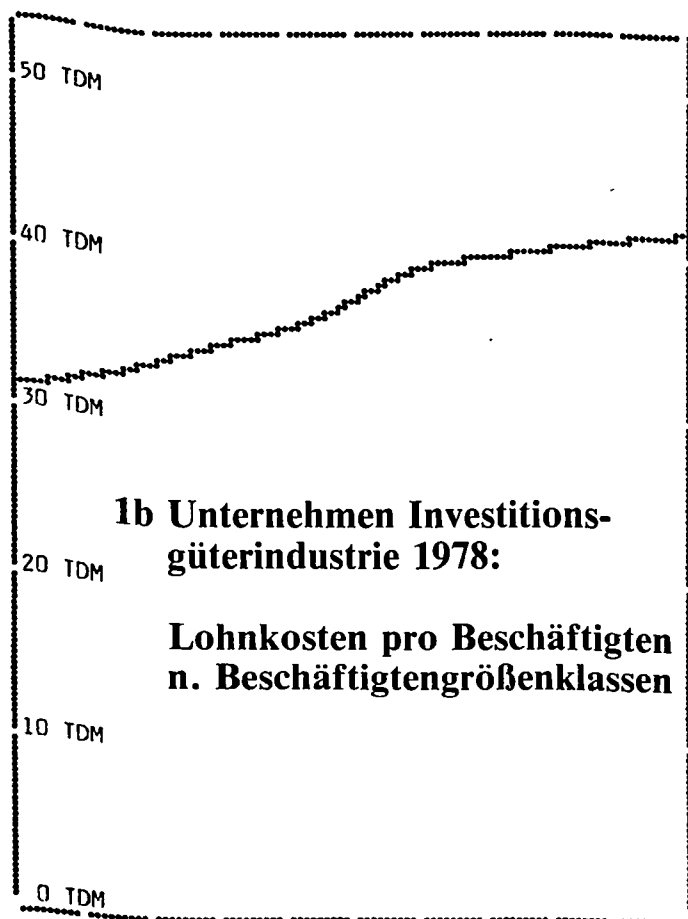
– Der Umsatz pro Beschäftigten liegt bei den Großunternehmen auf deutlich höherem Niveau. Das ist schon aus der Betriebsstättenstatistik bekannt. Umsatz ist der Gesamtbetrag aller abgerechneten Lieferungen und Leistungen eines Unternehmens. Aus dem Pro-Kopf-Umsatz z.B. auf die Ausbeutungsrate rückzuschließen, ist nicht möglich (s.u.).

– Die Lohnkosten (einschließlich gesetzlicher und sonstiger Sozialkosten) pro Beschäftigten steigen mit der Unternehmensgröße, um allmählich in eine Sättigungskurve überzugehen. Ein Grund dafür dürfte sein, daß sich größere Belegschaften besser wehren können. Damit ist aber nichts über das Verhältnis von durchschnittlicher Lohnhöhe und den notwendigen Reproduktionskosten ausgesagt: Erstens bedeuten 30% höhere Pro-Kopf-Lohnkosten in Großunternehmen nicht durchschnittlich 30% höhere Bruttolöhne, sondern weniger. Zweitens kann die Intensität der Arbeit (und damit die notwendigen Reproduktionskosten) in Großunternehmen weit höher liegen als die durchschnittliche Lohnhöhe im Verhältnis zu den mittleren Unternehmen, d.h. höhere Löhne können trotzdem sinkende Reproduktionsmöglichkeiten bedeuten im Verhältnis zu den Beschäftigten mittlerer Unternehmen. – Unterstellt man für die größeren Unternehmenseinheiten eine höhere Wertübertragung pro Beschäftigten, so liefern die höheren Pro-Kopf-Lohnkosten einen weiteren Beleg für eine schon früher (vergl. Pol. Ber. 5 – 9/81) nachgewiesene Gesetzmäßigkeit: Daß die Löhne in der Industrie um so höher sind, je mehr Wertübertragung bei der konkreten Arbeit stattfindet. Dieser u.a. durch Branchenvergleiche ermittelte Sachverhalt dürfte sich beim Vergleich unterschiedlicher Unternehmensgrößen innerhalb desselben Industriezweiges (hier: Investitionsgüterindustrie) bestätigen.

– Der Anteil der Lohnkosten am Umsatz ist bei Großunternehmen erheblich niedriger als bei mittleren Unternehmen. Läßt sich daraus auf eine höhere Ausbeutungsrate in Großunternehmen schließen? In die Kategorie „Umsatz“ geht sowohl der Zusatz von Wert durch Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im kapitalistischen Produktionsprozeß ein wie auch die bei der konkreten Arbeit stattfindende Wertübertragung der fixen (Maschinerie, Gebäude etc.) und der flüssigen (Roh- und Hilfsstoffe) Bestandteile des konstanten Kapitals. Außerdem gehen in den Umsatz andere Posten wie Steuern oder Handelsware ein, die nichts mit der Wertbildung und Wertübertragung zu tun haben. Um über die unterschiedliche Ausbeutungsrate und Wertübertragung nach Unternehmensgrößen Aufschluß zu gewinnen, sollen zunächst Größen wie Abschreibungen, Materialverbrauch, Investitionen und Nettoproduktionswert untersucht werden.



Zu den Schaubildern: Die den Berechnungen zugrundeliegenden Daten sind der vom Stat. Bundesamt jährlich veröffentlichten Reihe 4.3.1 „Kostenstruktur der Unternehmen im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe“ (Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe) entnommen. Zur Verbesserung der Datenbasis wurden nicht die zusammengefaßten Daten für die



gesamte Investitionsgüterindustrie verwandt, sondern die Daten für die Hauptzweige der Investitionsgüterindustrie (z.B. Maschinenbau, Elektroindustrie) erfaßt. Der Schritt war notwendig aufgrund der groben Klassenbildung (nur 6 Beschäftigtengrößenklassen) in der Unternehmensstatistik. Die Verteilungen wurden mit der Varianz 0,5, die Quotienten aufgrund von Verteilungen mit der Varianz 0,75 berechnet. Zu den verwand-

ten Größen: In die Lohnkosten (in der Statistik erfaßt als Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit) gehen auch die sog. Lohnnebenkosten – gesetzliche und betriebliche – mit ein, z.B. aber auch Zuschüsse für das Kantinenessen etc. Als Umsatz wurde der Gesamtumsatz (einschl. Handelsware von anderen Herstellern einschl. Umsätzen aus sonstiger nichtindustr. Tätigkeit, z.B. Vermietungen) erfaßt.

Libanon-Aggression

Übernimmt die NATO die direkte Herrschaft im Nahen Osten?



Begeisterte Frontberichterstattung über die zionistische Aggression steht im Vordergrund. Im Hintergrund dieser Aggression stehen indessen direkt die NATO-Staaten. Allen voran die USA und BRD, deren Außenminister sich kurz vor der Aggression vor Ort unterrichten ließ. Gelingt den zionistischen Kolonialtruppen die Zerschlagung der PLO? Das könnte den Anfang direkter NATO-Herrschaft im Nahen Osten bilden! Welche Unterstützung erwartet die PLO?

VR Polen

Die Produktionsverhältnisse auf dem Land sind die Ursache der „Agrarkrise“

Die Bourgeois behaupten, die polnische Krise in der Lebensmittelversorgung sei ein Beweis für das Scheitern des Sozialismus gegenüber den Bauern. Wahr ist, daß bis heute trotz mehrmaliger Versuche die Kollektivierung der polnischen Landwirtschaft nicht gelungen ist. Noch immer erwirtschaften die kleinen Bauern einen großen Teil des landwirtschaftli-

chen Produkts des Landes. Die polnische Regierung erklärt jetzt, sie wolle die Nahrungsmittelversorgung steigern und die Lage der Bauern bessern. Aber ohne die Befreiung der Bauern von den Fesseln der privaten Parzellenwirtschaft ist nicht abzusehen, wie die Lage der Bauern und die Lebensmittelversorgung des Landes verbessert werden soll.



Gaststättengewerbe

Aushilfskräfte organisieren NGG-„Thekenversammlung“



In den etwa 140000 Gaststätten in der Bundesrepublik arbeiten rund 520000 Beschäftigte. Mit über 30% ist der Anteil von Teilzeitkräften besonders hoch, die Betriebsgröße mit durchschnittlich unter vier Beschäftigten extrem niedrig. Bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit führt diese Zersplitterung der Lohnabhängigen zu besonders üblen Arbeitsbedingun-

gen. Mit Unterstützung der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten haben sich in Göttingen die vorwiegend studentischen Aushilfskräfte zur „Thekenversammlung“ zusammengeschlossen und erste Erfolge gegen willkürliche Lohnsenkungen, Entlassungen, Nichteinhaltung von tariflichen Bestimmungen usw. erkämpft.

Lateinamerika

Staaten verstärken wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die „Gruppe der lateinamerikanischen Länder“, ein Zusammenschluß aller lateinamerikanischen Staaten für die Verbindung mit der EG, hat am 27.5. alle Verhandlungen abgebrochen, nachdem die EG beschlossen hatte, die Wirtschaftssanktionen gegen Argentinien zu verlängern. Die SELA (Sistema Economista Latinoamericano) bildete einen Sonderausschuß zur Unterstützung Argentiniens gegen die Sanktionen.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457